

REINHARD HEMPELMANN / HARALD LAMPRECHT (HG.)

Rechtspopulismus und christlicher Glaube



Evangelische Zentralstelle
für Weltanschauungsfragen

Reinhard Hempelmann	
Einführung	3
Phänomene – Deutungen – Einschätzungen	7
Harald Lamprecht	
Rechter Nationalismus und das Christentum	7
Liane Bednarz	
Christen in der AfD	25
Ulrich H. J. Körtner	
Kirchen und Rechtspopulismus in Deutschland und Österreich	48
Soziologische Aspekte	63
Armin Nassehi	
Fallen der Erzählbarkeit	
Wovon sich rechter und linker politischer Protest nährt	63
Gert Pickel	
Vorurteile und Feindbilder in offenen Gesellschaften – und was Religion damit zu tun hat	72
Biblisch-theologische Orientierungen und Handlungsperspektiven	85
Eckhard Zemmrich	
Die Universalität des Liebesgebotes	85
Johannes Berthold	
„Gott schuf den Menschen zu seinem Bilde ...“	
Soziale und politische Konsequenzen eines alten Bekenntnisses	98

Harald Lamprecht	
Zu grob gerastert	
Warum mehr Streitkultur helfen könnte, die gesellschaftliche Spaltung zu überwinden	105
Dokumentation	111
Auszüge aus Wahlprogrammen der AfD	111
AfD-Austritt: „Da war das Maß voll“	
Maria Fiedler im Gespräch mit Anette Schultner	116
Grundpositionen der AfD und die katholische Soziallehre	
Zusammenfassung einer sozialetischen Expertise	120
„Kirchen als Akteure für Gerechtigkeit und gegen Populismus“	
Ergebnisse einer internationalen Konferenz	124
Die Autoren	129

Reinhard Hempelmann

Einführung

In Europa erfahren rechtspopulistische Parteien eine zunehmende Resonanz. Sie verzeichnen beachtliche Wahlergebnisse in zahlreichen Ländern: in Frankreich der Front National (FN), in Großbritannien die United Kingdom Independence Party (UKIP), in Österreich die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), in den Niederlanden die Partei für die Freiheit (PVV), in Belgien Vlaams Belang (VB, Flämische Interessen), in Italien die Lega Nord (LN), in Finnland (Wahre Finnen), in Schweden (Schwedendemokraten), in der Slowakei (Slowakische Nationalpartei), ebenso in Estland, Lettland und Litauen. Ungarn und Polen haben rechtspopulistische Regierungen, ein Rückbau demokratischer Prinzipien kann in diesen Ländern beobachtet werden. Die Aufzählung ließe sich fortsetzen. Auch in Deutschland können seit den Wahlerfolgen der AfD ein Rechtstrend und eine zunehmende Polarisierung in der Gesellschaft beobachtet werden.

Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien weisen auf die Krise des europäischen Projektes hin. Sie unterstreichen die Notwendigkeit einer kritischen Auseinandersetzung mit den ideologischen Grundlagen rechtspopulistischer Bewegungen, ebenso die Aufgabe, den Zusammenhalt der durch zunehmenden religiösen und weltanschaulichen Pluralismus fragmentierten Gesellschaft zu stärken.

In gegenwärtigen Populismuskursen ist es wichtig, Differenzierungen vorzunehmen. Konservatismus und Rechtspopulismus sind zu unterscheiden. Rechtspopulismus sollte nicht gleichgesetzt werden mit Rechtsextremismus oder Rechtsterrorismus. Die ablehnenden Haltungen und Aktionen gegenüber demokratischen Prinzipien haben in pluralistischen Gesellschaften unterschiedliche Gesichter, rechte, linke und islamistische. Sie dürfen – wie immer sie sich artikulieren – nicht verharmlost werden. Sie fordern alle gesellschaftlichen Gruppen heraus, auch die christlichen Kirchen. Die Zahl der gewaltbereiten Anhänger hat in allen Milieus zugenommen, auch wenn Methoden und Ausmaß der Gewaltanwendung differieren. Gemeinsam ist allen die Frontstellung gegen den demokratischen Rechtsstaat. Antizionistische und antisemitische Tendenzen lassen sich in allen drei Ausprägungen beobachten. Die ideologischen Orientierungen sind freilich verschieden.

Populismus ist zunächst ein rhetorisches Stilmittel, das komplexe Sachverhalte vereinfachend darstellt. In einer weiteren Stufe wird die populistische Rhetorik durch inhaltliche Aspekte einer (schwachen) Ideologie ergänzt. Rechtspopulismus als pointierte Ideologie stellt eine weitere, dritte Stufe dar und ist bestimmt durch die Gegenüberstellung von Volk und Elite. Das Volk wird als homogene Gemeinschaft betrachtet, der Volksbegriff hat eine identitätsstiftende Wirkung und ist verbunden mit klaren Abgrenzungen gegen-

über Fremden bzw. Migranten. Insofern ist Rechtspopulismus vor allem durch zwei Merkmale charakterisiert: die Abgrenzung zwischen Volk und Elite und die Abgrenzung zwischen Volk und den Fremden, den Anderen. Weitere Merkmale kommen hinzu bzw. können hinzukommen: europafeindliche Einstellungen, Ethnopluralismus etc.¹

In einer wichtigen Veröffentlichung der Kammer für Öffentliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) mit dem Titel „Konsens und Konflikt: Politik braucht Auseinandersetzung“ vom August 2017 werden populistische Politikmuster treffend charakterisiert.

„[Sie] betonen die Differenz zwischen den ‚Eliten‘ und dem ‚eigentlichen Volk‘, das sie und nur sie zu vertreten beanspruchen. Sie stehen dem gesellschaftlichen und politischen Pluralismus grundsätzlich kritisch gegenüber. Mit dem Rekurs auf einen vermeintlichen Volkswillen, dem die politische Willensbildung zu folgen habe, nutzen und unterlaufen sie zugleich die komplexen Verfahren der Aushandlung von Kompromissen, der Machtbegrenzung und Gewaltenteilung. Vielfach leben sie vom Ressentiment und schüren dazu dieses Ressentiment und damit den Ausschluss von Fremden oder Minderheiten. Ihr Terrain und ihre Chance sind der politische Raum, den die demokratischen Parteien nicht mehr abdecken. Sie beanspruchen, den Stimmen Gehör zu geben, die in der ‚etablierten‘ Politik nicht mehr gehört werden“ (24).

Populistische Politikmuster verwenden eine Rhetorik der Exklusion. Die Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD empfiehlt der demokratischen Politik, auf Ausgrenzung nicht mit Ausgrenzung zu reagieren und populistischen Positionen die Auseinandersetzung nicht zu verweigern.

„Dabei geht es einerseits darum, die Menschen für demokratische Politik zurückzugewinnen, die populistische Politikmuster für eine plausible Antwort auf ihre Sorgen und Fragen halten. Und es geht andererseits darum, dem Populismus mit Argumenten für bessere Politiken zu begegnen. Dies wird nur durch ein Mehr an Zuhören, Kommunikation und Begegnung gelingen. Die Sprache dieser politischen Auseinandersetzung muss bei aller Komplexität der Probleme verständlich sein und sie darf Emotionen als Quellen und Mittel des Politischen nicht scheuen“ (25).

Mit Recht wird unterstrichen, dass Demokratie auch vom Streit lebt. Heute besteht die Gefahr, dass notwendige Auseinandersetzungen ausbleiben, wenn und weil die politische Meinungsbildung hauptsächlich in „positionell homogenen Teilöffentlichkeiten“ („Echokammern“ oder „separierten Wirklichkeiten“) stattfindet (12). Grenzen

¹ Vgl. dazu Tanja Wolf: Rechtspopulismus. Überblick über Theorie und Praxis, Wiesbaden 2017; Jan-Werner Müller: Was ist Populismus? Ein Essay, Berlin 2017; Everhard Holtmann, Völkische Feindbilder. Ursprünge und Erscheinungsformen des Rechtspopulismus in Deutschland, Bonn 2018.

der Auseinandersetzung müssen allerdings dort markiert werden, wo Populismus zum Extremismus wird.

„Mit denen, die das demokratische System in seinem Kern angreifen möchten, gilt es nicht, den Dialog zu suchen, sondern ihnen ist entgegenzutreten. Da die Grenzen hier fließend sind, muss bei Gesprächen sehr sorgsam unterschieden werden: zwischen den Sorgen und Ängsten von Menschen, die zur Sprache und in den öffentlichen Raum gebracht werden müssen, und einer in diesem Kontext vorgebrachten, bewussten Grenzüberschreitung, mit der die Grundlagen der politischen Kultur verschoben werden sollen. Die Grenzen des Sich-Einlassens liegen dort, wo physische oder psychische Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung legitimiert wird, wo das Politische durch Ideologien der Ungleichwertigkeit vermessen wird, die auf bestimmte Eigenschaften von Personen zielen (z. B. die Zugehörigkeit zu Volk, Rasse oder Religion sowie geschlechtliche Identität und sexuelle Orientierung), und wo vermeintliche Eindeutigkeiten der Vielfalt und den Machtbegrenzungen der Demokratie entgegengesetzt werden. Allerdings dürfen die Maßnahmen, mit denen den populistischen Akteuren entgegengetreten werden soll, nicht selbst deren Strategie übernehmen“ (26).

Mit solchen Sätzen sind wichtige Hinweise zur Analyse und zum Umgang mit populistischen Bewegungen formuliert. Sie konvergieren mit den Absichten und Anliegen der Beiträge des EZW-Textes 256.

Harald Lamprecht skizziert in seinem ersten Beitrag das breite Spektrum rechtspopulistischer und neurechter Bewegungen. Er zeigt Zusammenhänge und Richtungen auf, ebenso nimmt er Differenzierungen und Begriffserklärungen vor. Der Beitrag von *Liane Bednarz* untersucht die Frage, wie und inwiefern die AFD auch im christlichen Kontext Resonanz gewinnt und an welchen Phänomenen dies beobachtet werden kann. Eine weitere wichtige Stimme zum Thema stellen die Ausführungen von *Ulrich Körtner* dar. Er wirft einen kritischen Blick auf migrationspolitische Perspektiven und Debatten in Österreich und Deutschland und den kirchlichen Umgang mit der AfD. Zwar sei es christlich geboten, gegenüber fremdenfeindlichen Positionen „klare Kante“ zu zeigen. Die richtige Antwort auf die Herabsetzung des Anderen in der rechtspopulistischen Rhetorik könne aber nicht Ausgrenzung sein. Perspektiven zum Multikulturalismus werden unter Bezugnahme von Ruud Koopmans entfaltet.

In dem Beitrag von *Armin Nassehi* wird der Blick nicht nur auf rechtspopulistische Bewegungen, sondern das Populismusphänomen als solches gerichtet. Denn dieses kommt nicht allein im rechten Spektrum vor. Nassehi macht darauf aufmerksam, welche Bedeutung digitale Kommunikationsformen in populistischen Kontexten gewonnen haben und unter welchen Bedingungen populistische Orientierungen wachsen. *Gert Pickels* Überlegungen zeigen auf, inwiefern der Islam Rechtspopulisten oder mit

rechtspopulistischen Parolen arbeitenden Politikern als ein zentrales Feindbild und als Argumentationshilfe für eine auf kulturelle Homogenität ausgerichtete Politik dient. Seinen Ausführungen liegen empirische Befragungen und sozialwissenschaftliche Studien zugrunde.

Eckhard Zemmrich legt das biblische Doppelgebot der Gottes- und Nächstenliebe aus und erläutert es im Gegenüber zu Aussagen des Grundsatz- und Wahlprogramms der AfD, ebenso angesichts der grundlegenden Erfahrung des menschlichen Zurückbleibens gegenüber dem universalen Gebot der Nächstenliebe. Die Darlegungen von *Johannes Berthold* deuten die Gottebenbildlichkeit als menschliche Bestimmung und – über den Begriff Würde, die jedem Einzelnen zukommt – als Grundlage für das menschliche Zusammenleben und die Absage an Diskriminierung.

Der abschließende Beitrag von *Harald Lamprecht* analysiert die gesellschaftlichen Polarisierungen zu den Themen Flüchtlingspolitik und Fremdenfeindlichkeit und fragt nach Möglichkeiten der Verständigung und Perspektiven für eine respektvolle Streitkultur.

Der EZW-Text enthält einen Dokumentationsteil. Darin sind zentrale Aussagen in *AfD-Parteiprogrammen* zusammengestellt. *Anette Schultner* nennt in einem im Berliner Tagesspiegel publizierten Interview Gründe für ihren Austritt aus der AfD, der Ende 2017 erfolgte. In der *Zusammenfassung einer sozialetischen Expertise* werden Grundpositionen der AfD mit der katholischen Soziallehre verglichen und bewertet. Dokumentiert werden ebenso auszugsweise die Ergebnisse einer internationalen Konferenz, die 2018 in Berlin unter dem Motto stattfand: „Kirchen als Akteure für Gerechtigkeit und gegen Populismus“.

Allen Autorinnen und Autoren, die ihre Beiträge für diese Veröffentlichung zur Verfügung gestellt haben, danke ich sehr herzlich. Der Dank gilt auch dem Mitherausgeber *Harald Lamprecht*, der das Projekt von Anfang an begleitet hat. Möge dieser Text in politisch bewegten Zeiten zur differenzierten Wahrnehmung und zur notwendigen Kritik an völkischer Freund-Feind-Ideologie beitragen.

Berlin, im September 2018

Phänomene – Deutungen – Einschätzungen

Harald Lamprecht

Rechter Nationalismus und das Christentum

Das Verhältnis von rechtsnationalistischen Bewegungen zum Christentum ist vielfältig und schillernd. Auf der einen Seite gibt es eine unübersehbare gegenseitige Abgrenzung. Wie beispielsweise Diskussionsverläufe und Abstimmungsverhalten bei der Partei „Alternative für Deutschland“ zeigen, hat die Mehrheit dort keine enge Verbindung mit dem Christentum.¹ Kursbestimmend ist der nationalkonservative Flügel mit Björn Höcke als Galionsfigur, der in Rhetorik und eigener Vergangenheit im NPD-Umfeld² stärker an neuheidnische Traditionen anknüpft. Das institutionalisierte Christentum, insbesondere in Gestalt der evangelischen und katholischen Kirche in Deutschland, wird oft pauschal als „linkliberal“ charakterisiert und als Teil des politischen Gegners klassifiziert. Dass sich nicht nur zahlreiche Initiativen innerhalb der Kirche, sondern auch die kirchenleitenden Personen und Gremien für die Belange Geflüchteter eingesetzt und deutlich gegen rechtsnationalistische Tendenzen Position bezogen haben, verstärkt diese Distanz. Auf der anderen Seite gibt es in bestimmten christlichen Milieus durchaus eine empfundene Nähe zu einigen Punkten in der Argumentation rechtspopulistischer Organisationen. Die Protestbewegung „PEGIDA“ in Dresden trug bei ihren Demonstrationen regelmäßig ein illuminiertes christliches Kreuz umher, das in den Farben Schwarz/Rot/Gold gehalten ist. Die Rhetorik vom „Abendland“ rekurriert auf eine Verteidigungshaltung, die „unsere“ christliche Kultur und deren Werte durch „kulturfremde“ muslimische Einwanderer bedroht sieht. Bei PEGIDA ist mehrfach ein Redner aufgetreten, der ausführlich theologische Themen referiert hat und deshalb als „der Pfarrer“ titulierte wurde (obwohl er eigentlich EDV-Dienstleister und Diplomingenieur ist). In der zur neurechten Bewegung gehörenden Zeitschrift „Sezession“ publiziert auch ein ehemaliger sächsischer Pfarrer,

¹ In der SWR-Dokumentation „Wahre Christen oder böse Hetzer? Spaltet die AfD die Kirchen?“ (Ersausstrahlung 14. September 2017) wird die Minderheitensituation der engagierten Christen in der AfD sehr deutlich.

² Die investigative Enthüllung seiner Identität mit dem Pseudonym „Landolf Ladig“ wurde zwischenzeitlich auch vom Bundesvorstand der AfD übernommen. Vgl. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article163669673/AfD-Spitze-ist-sicher-Hoecke-hat-fuer-NPD-geworben.html> (Abruf der in diesem Beitrag angegebenen Internetseiten: 8.5.2018).

der nach seiner Entlassung aus dem kirchlichen Dienst noch im Talar eine „Andacht“ bei einer Mahnwache der Neuen Rechten in Berlin im Dezember 2016 gehalten hatte.³ Selbst Vorstandsmitglieder von evangelischen Schulvereinen engagierten sich bei asylkritischen Organisationen oder organisierten islamfeindliche Veranstaltungen in Kirchen, die nach außen hin als Einsatz für verfolgte Christen beworben wurden.⁴ Im Dezember 2017 forderten an bayrischen Kirchen angebrachte Flugblätter im Namen aller „Patriotischen Christen Deutschlands“ von den Kirchen den Erhalt der deutschen christlichen Kultur, ein Ende des Schuldkultes, das Recht auf Selbstverteidigung und den Schutz der abendländischen Tradition gegen „kulturmarxistische Zersetzungsprojekte“⁵. Dazu tritt, dass vonseiten rechtsnationalistischer Organisationen gezielt in diesem Milieu geworben und versucht wird, bestimmte gewohnte Sichtweisen und Empfindungen für das eigene politische Interesse nutzbar zu machen. Dieses spannungsreiche Nebeneinander aus Abgrenzung und Vereinnahmung zieht sich bis in bestimmte Kirchengemeinden und einzelne Biografien. Dazu kommt, dass die Wirklichkeit immer komplexer ist, als schablonenhafte Zuordnungen erlauben wollen. Eine klare Gesamtzuordnung fällt darum mitunter schwer.

Die nachfolgenden Ausführungen handeln davon, worin Anknüpfungspunkte bestehen, welche Ideen und Konzepte die rechtspopulistische Agitation bestimmen, benennen wichtige Akteure in diesem Feld und fragen, welche Antworten darauf aus theologischer Perspektive gegeben werden können und welche Handlungsempfehlungen sich daraus ableiten lassen.

1 Resonanzräume: Anknüpfungspunkte rechtspopulistischer Agitation im christlichen Bereich

In der Praxis ist vielfach zu beobachten, dass vonseiten rechtspopulistischer Akteure gezielt versucht wird, Einfluss auf konservativ eingestellte Christen zu nehmen. Bereits bestehende innerkirchliche Debatten und Konflikte zwischen konservativ bzw. evangelikal geprägten Christen einerseits und sich eher als liberal verstehenden Christen andererseits werden aufgegriffen und mit eigenen Beiträgen polemisch verschärft. Dabei soll eine Parteienbildung provoziert werden, welche die gemeinsame Gegnerschaft zu

³ Vgl. <https://www.sonntag-sachsen.de/2017/02/rechts-abgebogen>.

⁴ Vgl. <https://www.sonntag-sachsen.de/2018/02/gott-und-vaterland>; <https://www.confessio.de/artikel/1054>.

⁵ Vgl. <http://www.pi-news.net/2017/12/fuerth-patriotische-christen-haengen-flugblaetter-an-vier-kirchen>; <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/dachau/polizei-ermittelt-rassistische-flugblaetter-an-kz-gedenkstaette-dachau-verteilt-1.3799657>.

als „linksliberal“ deklarierten Positionen in einzelnen Feldern nutzt, um diese auch auf andere Felder zu übertragen. Über diesen Umweg soll auch Akzeptanz für rechtsnationale Einstellungen in diesen Kreisen generiert werden. Dazu werden Resonanzräume gesucht und vor allem in den drei Themenfeldern Familie, Islamangst und Ordnungsdiskurs gefunden.

1.1 Familienorientierung

In den Kirchen gibt es ungeachtet verschiedener theologischer Prägungen durchweg eine hohe Wertschätzung für Ehe und Familie. In sich als konservativ verstehenden Kreisen wird das Thema teilweise als Identitätsmarker mit traditionellen Werteordnungen und Rollenbildern verknüpft. Es ist nun zu beobachten, dass die bestehenden Auseinandersetzungen instrumentalisiert werden. Bemühungen um Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern und zum Ausgleich von Nachteilen werden als „Genderwahn“ diskreditiert. Die in manchen Kreisen im familiären Bereich vorherrschende Tabuisierung von Sexualität soll in den Bereich der Schule ausgedehnt werden. In diesem Sinn wird gegen eine angebliche „Frühsexualisierung“ durch schulische Sexualaufklärung Stellung bezogen. Homosexualität wird zumeist abgelehnt, ebenso das Werben für Akzeptanz unterschiedlicher sexueller Identitäten in Lehrplänen.

Ein Beispiel für solche Aktionen ist das Faltblatt „Ein Fisch ist kein Fahrrad und eine Frau ist kein Mann“ der „Initiative Familienschutz“. Herausgeber ist die Zivile Koalition e. V., die historisch und personell eng mit der AfD verwoben ist. Das Faltblatt betont die Unterschiedlichkeit der Geschlechterrollen und steckt voller Übertreibungen, Ungenauigkeiten und Unterstellungen (Haben Männer und Frauen wirklich so wenig gemeinsam wie ein Fisch und ein Fahrrad?). Weil es aber suggeriert, Anliegen der evangelikalen Bewegung zu vertreten, ist es z. B. von Idea-Spektrum massiv beworben und auch von einzelnen Kirchgemeinden den Gemeindebriefen beigelegt worden.⁶

Auch kirchliche Initiativen zum Lebensschutz können aufgegriffen und völkisch instrumentalisiert werden, wenn die Unterstützung von Abtreibungsgegnern damit motiviert wird, dass mehr „deutsche“ Kinder geboren werden sollen.

1.2 Islamangst

Christentum und Islam sind unterschiedliche Religionen, die zwar gemeinsame geschichtliche Elemente aufweisen, im Blick auf den Offenbarungsanspruch des Korans aber in Konkurrenz zueinander stehen. Diese Spannung wird nun von rechtspopu-

⁶ <http://www.familien-schutz.de/2016/01/01/pdf-faltblatt>.

listischer Argumentation aufgegriffen und zu einer grundsätzlichen und wesenhaften Gegnerschaft ausgebaut. Weil es keinerlei Gemeinsamkeiten zwischen Christentum und Islam geben darf, wird ein Negativ-Zerrbild des Islam gezeichnet: Der Koran wird als reines Buch der Gewalt dargestellt (entsprechende biblische Passagen werden negiert). Gleiches gilt für die Geschichte: Der Islam wird als eroberungswillige Religion beschrieben, während der gewaltsame Ausbau von Machtansprüchen im christlichen Bereich nur der Politik, aber nicht der Religion zugerechnet wird (z. B. Sachsenkriege Karls des Großen, Irak-Krieg der USA). In Bezug auf Allah wird betont, dass es sich keinesfalls um „denselben“ Gott wie bei den Christen handeln könne, weil Muslime die Trinität ablehnen (was freilich auch für die Juden gilt) und weil der eine Gott Gewalt und der andere hingegen Frieden verkündigen lasse. Stattdessen wird Allah häufig dämonisiert und als altarabischer Wüstendämon dargestellt, der von Mohammed verehrt worden sei. Der Einsatz für verfolgte Christen wird nicht selten von entsprechenden islamfeindlichen Ausfälligkeiten begleitet.

Ein markantes Beispiel dafür ist die syrisch-orthodoxe Ordensschwester Hatune Dogan, die für ihr eigenes Hilfswerk Spenden sammelt, um damit nach ihren Angaben insbesondere verfolgte Christen zu unterstützen. Ihre Vorträge in Deutschland sind so stark mit einer pauschalen Negativzeichnung des Islam und Ausfälligkeiten gegen (muslimische) Geflüchtete verbunden, dass sie bevorzugt von rechtsnationalen Kreisen eingeladen wird.⁷

1.3 Ordnung

In christlich-konservativen Kreisen ist traditionell das Denken in Hierarchien und Unterordnung stärker ausgeprägt, weil es dem Individuum das Gefühl von Sicherheit in einer unübersichtlichen Umgebung vermitteln kann. Darin liegt ein weiterer Anknüpfungspunkt für rechtsnationale Argumentationen, die ebenfalls tendenziell geneigt sind, Sicherheit der individuellen Freiheitsentfaltung vorzuziehen. Das zeigt sich dann z. B. bei Wahlkampfplakaten der AfD mit dem Slogan „Sicherheit statt Willkommenskultur“. Im Blick auf die Berechtigung völkischen Denkens wird gelegentlich mit der Schöpfungsordnung argumentiert und die Aufteilung der Menschheit in Völker und Nationen als gottgewollte Ordnung dargestellt, die nicht durch Vermischung zerstört werden dürfe. Die christliche Rede von der Nächstenliebe wird mitunter als „Fernstenliebe“ diskreditiert, sofern sie sich nicht auf das eigene Volk beschränkt.⁸

⁷ Vgl. Confessio 2/2017, 18, www.confessio.de/artikel/1054.

⁸ Vgl. den Artikel von Sven von Storch „Fernstenliebe statt Nächstenliebe“, <http://www.freiewelt.net/blog/fernstenliebe-statt-naechstenliebe-angela-merkel-ist-dem-eigenen-volke-entruueckt-10068795>.

1.4 Separationsaufrufe

Diese Anknüpfungsversuche an Vertrautes werden mit mehr oder weniger offen formulierten Aufforderungen zur Kirchenspaltung verbunden. Im Selbstverständnis sehen sich die Anhänger eines rechtsnationalen Christentums als die eigentlichen Bewahrer christlicher Identität und entsprechender Inhalte, während die großen Kirchen (EKD, Bistümer) einem globalisierten Zeitgeist huldigen würden. Dieser sei so von „linksliberalen“ Positionen durchdrungen, dass biblische Aussagen verwässert würden. Damit ist oft eine heftige Polemik gegen kirchliche Leitungsgremien und Verantwortungsträger verbunden.

In einem Artikel des neurechten Magazins „Blaue Narzisse“ wurde dazu aufgerufen, anlässlich des Reformationsjubiläums 2017 eine neue „deutsche Kirche“ zu begründen, welche die Unzufriedenen aus den Gemeinden sammeln und einen „auf das Nötigste beschränkten Glaubenskompass“ mit einer „klaren Absage“ an die „Zerstörung der Völker als Träger der gottgewollten Nationen“ verbinden solle. Mit einer „Wiederentdeckung der deutschen Theologie“ solle ein vollwertiger Kirchenbetrieb erreicht werden.⁹ Eine Distanzierung von den theologischen Verirrungen der Deutschen Christen ist hier nirgends zu bemerken, sondern eine direkte Anknüpfung an die christlich verbrämte Blut- und Boden-Ideologie.

2 Ideen und Konzepte rechtsnationalistischer Argumentationen

Das Spektrum an Ideen und Konzepten hinter rechtsnationalistischen Gruppen und Argumentationen, die auf konservative Christen Einfluss nehmen wollen, ist vielfältig. Dennoch lassen sich einige typische, immer wiederkehrende Motive und Denkfiguren benennen.

2.1 Rechtspopulismus

Der Begriff des Rechtspopulismus hat sich mit dem Erstarken der AfD zu einem Kampfbegriff entwickelt, der nicht immer in scharf gezogener Definition verwendet wird. Insbesondere Verwechslungen mit „populären“ Aktionen oder Reden tragen zur Verunklarung bei. Im Kern der Definition steht der Anspruch einer Person, Partei oder Gruppe,

⁹ Robin Classen: Neues Deutsches Christentum, in: Blaue Narzisse vom 27.6.2016. Vgl. dazu confessio.de/artikel/346.

als einzige *den* Willen *des* Volkes zu vertreten. Entgegen der offensichtlichen Faktenlage konstruiert dies sowohl eine Einheitlichkeit eines Volkswillens wie auch eine innere Homogenität dieses Volkes. Um diese innere Einigkeit herzustellen, werden äußere Feinde konstruiert und stark gemacht. Der immer wieder bemühte Gegensatz von „Wir“ auf der einen Seite und „den Anderen“ als Gegenüber ist daher ebenso konstitutiv für populistisches Denken und Handeln wie die Beschwörung des Volkswillens. Wie die jeweiligen Gruppen definiert werden, kann schwanken. Vorhanden sind diese Grenzziehungen immer. Mal geht es um „Wir, das Volk“ gegen „die da oben“ an der Regierung, mal lautet es „Wir, das Volk“ gegen „die Ausländer“. Diese Gegenüberstellung lässt sich nur aufrechterhalten, wenn zugleich die Personen und Positionen „der Anderen“ in grober Weise überzeichnet und negativ pauschalisiert werden. Darum gehört das systematische Erzeugen und Pflegen von Feindbildern ebenfalls zum Wesenskern des Populismus, während faire, sachbezogene, differenzierende Umgangsweisen strukturbedingt nicht in sein Repertoire passen wollen.

2.2 Konservative Revolution

Verbindendes Element und Identifikationsbegriff ist vielfach der Begriff des Konservativen – allerdings gedehnt bis an den äußersten rechten Rand. Grundlegend dafür war in besonderer Weise Armin Mohler (1920 – 2003). In seiner Dissertation „Die Konservative Revolution in Deutschland 1918 – 1932“ unternahm er den Versuch, mit diesem Begriff des Konservativen viele Wegbereiter des Nationalsozialismus aus dem Bereich der völkischen Bewegung von dem Vorwurf der Nazikumpanei reinzuwaschen. Die von Mohler dargestellten Protagonisten standen der Weimarer Republik und damit der Demokratie überwiegend ablehnend gegenüber.¹⁰ Drei Begriffe bezeichnen die Hauptrichtung der Argumentation Armin Mohlers und in seinem Gefolge auch der sog. Neuen Rechten:

- *Antiliberal*: Der Liberalismus gilt als Hauptgegner. „Am Liberalismus gehen die Völker zugrunde“ ist ein auch von der Identitären Bewegung aufgenommenes Zitat Mohlers. Die Freiheit des modernen Individuums als Ideal wird rundweg abgelehnt und demgegenüber die Einbindung des Individuums in vorgegebene Strukturen – Volk, Sippe, Familie etc. – und daraus erwachsende Verantwortlichkeiten und Verpflichtungen betont.
- *Antidemokratisch*: Wie Mohlers Protagonisten mehrheitlich Gegner der Weimarer Republik waren, so stehen auch seine heutigen Anhänger der parlamentarischen Demokratie oft skeptisch gegenüber.

¹⁰ Zum Folgenden vgl. Volker Weiß: Die autoritäre Revolte, Stuttgart 2017, bes. Kap. 2: „Armin Mohler – Die Erfindung einer Tradition“.

- *Antiegalitär*: Die Auffassung, dass alle Menschen (weil sie alle von Gott geschaffen sind) grundsätzlich gleich sind, mit gleichen Rechten und gleicher Würde ausgestattet, wird explizit bestritten und mitunter als „linke Lebenslüge“ diskreditiert. Die Menschen seien nicht gleich, sondern unterschiedlich in ihrem Wesen, in Geschichte, Herkunft, Nation, sozialem Status, Geschlechterrollen, intellektuellem Vermögen etc. Darum sei eine ungleiche Behandlung, Bezahlung und eine Privilegierung auch gerechtfertigt.

2.3 Ethnopluralismus und völkischer Nationalismus

In Abgrenzung vom deutschen Nationalsozialismus vertreten neurechte Bewegungen ein moderner konstruiertes Konzept des sogenannten Ethnopluralismus. Demnach habe jedes Volk seine Eigenheiten: seine Kultur, seine Geschichte, seine Bräuche, seine Religion, seine Prägungen. Diese müssten in ihrer Eigenartigkeit erhalten werden und dürften daher nicht vermischt werden. Gegen die globalisierte Gleichmacherei gilt dies als „nationaler Artenschutz“. Es ist damit so etwas wie eine internationalisierte Version des Nationalismus. Bestimmte Menschen, Kulturen (und Religionen) hätten demnach ihre traditionellen Siedlungsräume, die sie nicht verlassen dürfen. In diesem Kontext versucht die kontrovers diskutierte Frage „Gehört der Islam zu Deutschland?“ aus einem historischen Negativbefund ein Normativ abzuleiten. Das ist nur mit einem ethnopluralistischen Konzept im Hintergrund plausibel. Mit Anknüpfung an die positiv besetzten Begriffe „Heimat“, „Familie“ und insbesondere „Volk“ wird versucht, ethnopluralistische Denkweisen zu etablieren.

Konkretisiert wird das Konzept des Ethnopluralismus im völkischen Nationalismus: Die Völker erscheinen als von Gott gegebene Ordnung der Welt. Jedes Individuum ist stets eingebunden in übergeordnete Strukturen, die sein Leben prägen und bestimmen: Familie, Sippe, Heimat, Volk. Die Bindung an das eigene Volk gilt als letztlich unhintergebar. Sprachlich zeigt sich dies auch in der permanenten Rede vom „Volk“ anstelle des abgelehnten Begriffs „Bevölkerung“, der alle im Lande lebenden Ethnien einschließen würde.

Auch wenn das Theoriekonstrukt des Ethnopluralismus an sich noch keine Abwertung anderer Völker bedeuten muss, ist es in der Praxis sehr stark damit verbunden, zumindest in der Gegenüberstellung europäischer und „südländischer“ Völker, insbesondere aus dem afrikanischen und dem arabischen Bereich.

Das aus dem biblischen Schöpfungsbericht abgeleitete Prinzip der Menschenwürde als universales Menschenrecht wird im Ethnopluralismus relativiert und seine universale Geltung bestritten, indem es nur einer spezifischen Kultur zugeordnet wird.

Das Motto der Identitären Bewegung „Multikulti Endstation – Heimat, Freiheit, Tradition“ verweist darauf, dass die Anhänger das friedliche Zusammenleben von Menschen aus unterschiedlichen Völkern im Grunde für unmöglich halten und Multikulturalität als ein „Ex-

periment“ betrachten, das grundsätzlich gescheitert sei. Im Rahmen einer „Reconquista“ analog zur Rückeroberung Spaniens im 14. Jahrhundert müssten gemäß dieser Argumentation die Europäer sich ihre Territorien zurückerobern. Migranten und deren Nachkommen (!) sollten in die jeweiligen Heimatländer zurückgeführt werden („Remigration“).¹¹

2.4 Islamfeindschaft

Im Blick auf die Ablehnung des Islam sind zwei Richtungen zu unterscheiden:

- Die islamfeindlichen Aktivisten sehen im Islam grundsätzlich eine Bedrohung. Die Gewalttaten terroristischer Dschihadisten werden als typisch für das Wesen des Islam dargestellt (ungeachtet der Ablehnung durch die maßgeblichen muslimischen Autoritäten und der Jahrhunderte friedlichen Zusammenlebens), und eine Unterscheidung von Islam und Islamismus wird grundsätzlich abgelehnt. Militärische Konflikte in Vergangenheit und Gegenwart werden ausschließlich der Religion zugerechnet. Ein negativ verzerrtes Feindbild des Islam wird gezeichnet, das massiv angsterzeugend wirkt. Nach Ansicht dieser Richtung ist der Islam als Religion grundsätzlich zu bekämpfen und seiner Wirkmöglichkeiten in Europa zu berauben, weil dies für den Erhalt der eigenen Sicherheit und Kultur notwendig sei. Einschränkungen in der Religionsfreiheit für Muslime werden dafür in Kauf genommen. Christliche Flüchtlinge aus arabischen Ländern sollen hingegen aufgenommen werden. Typische Vertreter sind Michael Stürzenberger (PI-News) und Hatune Dogan (s. o.).
- Im Gegensatz dazu stören sich stärker ethnisch argumentierende Personen und Gruppen grundsätzlich an der Einwanderung „kulturfremder“ Völker (wozu dann auch arabische Christen gehören) nach Europa. Der Islam selbst wird nicht so stark als Problem gesehen, solange er in seinem angestammten Siedlungsraum bleibt. Zum konservativen Islam kann sogar im Blick auf ein hierarchisches Familienbild, klare Geschlechterrollen, Traditionsorientierung etc. eine größere Nähe gesehen werden¹² als zu den gegenwärtig im Westen dominanten liberalen und egalitären Gesellschaftsentwürfen. Ein typischer Vertreter dieser Richtung ist Karlheinz Weißmann.¹³

¹¹ Der Dokumentarfilm „Unter Fremden. Eine Reise zu Europas Neuen Rechten“ beleuchtet diese Thematik mit etlichen Interviews von maßgeblichen Personen, https://www.phoenix.de/content/phoenix/die_sendungen/unter_fremden/2521274; <https://www.youtube.com/watch?v=uqilEHZ-GYU>.

¹² Diesen Aspekt unterstreicht der Übertritt eines Brandenburger AfD-Politikers zum Islam, weil dieser ihm besser zu seinen konservativen Überzeugungen (u. a. im Umgang mit Homosexuellen) zu passen scheint. Die nun lautgewordenen Forderungen nach seinem Parteiaustritt beleuchten das grundsätzliche Problem, das die AfD mit der Religionsfreiheit im Blick auf den Islam hat. Vgl. <https://www.sz-online.de/nachrichten/warum-ein-afd-politiker-zum-islam-konvertiert-3871237.html>.

¹³ Die kontroverse Debatte zwischen Weißmann und Stürzenberger beim „Zwischentag“ 2012 hat Volker Weiß treffend nachgezeichnet. Vgl. Volker Weiß: Die autoritäre Revolte, Stuttgart 2017.

Die Debatten zwischen beiden Richtungen ziehen sich durch die Kommentarspalten rechtspopulistischer und neurechter Websites.

3 Protagonisten, Medien, Strukturen

Diejenigen Personen und Gruppierungen, welche die skizzierten Ideen und Konzepte vertreten, bilden selbst keine geschlossene Einheit, sondern sind im Wesentlichen drei Bereichen zuzuordnen. Auch innerhalb dieser Bereiche gibt es selbstverständlich wiederum unterschiedliche Profilierungen und Akzentsetzungen.

3.1 Rechtspopulistische Organisationen

PEGIDA und Ableger: Unter dem Namen „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (PEGIDA) entstand im Oktober 2014 in Dresden eine Bewegung mit montäglichen Demonstrationen, die in ihren Spitzenzeiten bis zu 25 000 Personen hinter sich versammeln konnte. Der Ursprungsimpuls „Gegen Glaubens- und Stellvertreterkriege auf deutschem Boden“ reichte sich schon sehr bald mit diversen weiteren Themen an. Aus allgemeiner Unzufriedenheit mit der Politik wurde eine generelle Ablehnung der etablierten Parteien. Neben die Islamfeindschaft und die Ablehnung der Flüchtlingspolitik trat eine pauschale Medienkritik („Lügenpresse“).¹⁴

Im Unterschied zum Dresdner Original waren die kurz danach entstandenen Ableger in vielen anderen Städten (LEGIDA in Leipzig, DÜGIDA in Düsseldorf usw.) in Organisation und Programmatik viel deutlicher rechtsextrem geprägt, weshalb sie auch stärkere Gegenproteste hervorriefen und nie die Bedeutung von PEGIDA erreichen konnten. Allerdings hat sich auch die Dresdner Bewegung ihr anfangs noch stärker bürgerliches Image nicht bewahren können und sich in mehreren Spaltungen immer weiter politisch nach rechts entwickelt. Es gibt enge Verbindungen zur Identitären Bewegung und zu PI-News. PEGIDA betreibt aktiven Wahlkampf für die AfD, wobei innerhalb der AfD der Flügel um Björn Höcke besondere Unterstützung erfährt.

Lokale „Bürgerbewegungen“: Während des großen Flüchtlingszustroms im Sommer 2015 entstanden an vielen Orten lokale Aktionen von Asylgegnern, die sich als „Bürgerbewegungen“ darstellten („Nein zum Heim“, „Pro Patria Pirna“, „Wir sind Deutschland“ etc.).

¹⁴ Zu den Anfängen von PEGIDA: Harald Lamprecht: Aufstand der Unzufriedenen. Das Pegida-Phänomen, in: Materialdienst der EZW 78/3 (2015), 85 – 90; vgl. auch www.confessio.de/artikel/324.

Die offen neo-nationalsozialistisch orientierte Partei „Der Dritte Weg“ veröffentlichte einen Ratgeber zur Organisation solcher Protestgruppen. Besonders in kleinstädtischen Kontexten sind diese Gruppen seitdem mit ihren Veranstaltungen ein Faktor in der politischen Meinungsbildung und können mit ihren Aktionen und personellen Verflechtungen teilweise auch weit in Kirchengemeinden und kirchliche Vereine hineinragen.

Alternative für Deutschland (AfD): Die „Alternative für Deutschland“ ist eine politische Partei, die zunächst mit einem wirtschaftsliberalen und eurokritischen Ansatz während der Bankenkrise nach 2007 entstand, sich in mehreren inneren Richtungskämpfen seitdem aber zu einer klar rechtspopulistischen Programmatik entwickelt hat. Ihr Kernthema ist die Ablehnung von Zuwanderung und die Stärkung nationaler Identität. Um ihre Nähe oder Distanz zu rechtsextremen Gruppen und Positionen gibt es immer wieder interne Auseinandersetzungen. Es gibt Personen und Gruppen innerhalb der AfD, die um Abgrenzung vom Rechtsextremismus bemüht sind, was auch deshalb nötig erscheint, weil die Kongruenz von wesentlichen Teilen der Programmatik auch von rechtsextremer Seite erkannt wird und Kooperationsbemühungen auslöst.¹⁵ Mit jeder Spaltung hat allerdings der rechtsnationale Flügel an Einfluss gewonnen und den wirtschaftsliberalen Flügel in der Partei weiter marginalisiert. Im Wahlkampf vor der Bundestagswahl 2017 wurde eine pauschalisierte Islamfeindschaft wesentliches Thema für die AfD. Der zeitweise diskutierte Ausschluss von Björn Höcke wegen seiner Nähe zu rechtsextremen Gruppen ist inzwischen in weite Ferne gerückt, was auch als Indikator für den politischen Kurs der Partei gelten kann.

3.2 Islamfeindliche Agitatoren

In den letzten Jahren hat sich die Gegnerschaft zum Islam zu einem zentralen Thema in rechtspopulistischen und neurechten Kreisen entwickelt. Zwar ist innerhalb der Szene umstritten, welcher Stellenwert dem Thema zukommt – gibt es doch im Blick auf Abwehr des modernen Individualismus, Autoritätsdenken, Geschlechterrollen etc. etliche Parallelen zum konservativen Islam (s. o. 2.4). In der Öffentlichkeitsarbeit erweist sich aber die Islamfeindschaft als zentrales Thema quer durch alle Richtungen. Hervortretende Agitatoren und Plattformen sind:

Politically Incorrect (www.pi-news.net) ist ein seit 2004 bestehendes Internetportal, das systematisch Negativnachrichten über den Islam sammelt und mit abwertenden Kommentaren verbreitet. Die Beiträge von PI-News werden dann wiederum von zahlreichen

¹⁵ Eine fundierte Einführung in dieses Beziehungsgeflecht liefert das „Schwarzbuch AfD. Fakten, Figuren, Hintergründe, hg. von Correctiv.org/Marcus Bensmann u. a., Essen/ Berlin 2017.

weiteren Facebook-Seiten im rechtspopulistischen Milieu geteilt und weiterverbreitet. Zwischen dem Organisationskreis von PEGIDA und PI-News bestehen enge Verbindungen, was die prominent mitgeführten Banner von PI-News auf PEGIDA-Demonstrationen belegen. Gegründet wurde das Internetportal von dem Sportlehrer Stefan Herre. Eine Besonderheit dieses Portals ist, dass es (im Unterschied zur sonstigen neurechten Szene) betont pro-israelisch und pro-amerikanisch eingestellt ist. Damit ist es wiederum gut anschlussfähig an das Milieu des evangelikal geprägten christlichen Zionismus.

Michael Stürzenberger (geb. 1964) ist ein bayerischer Politologe und politischer Aktivist, der zunächst als Pressesprecher in der CSU wirkte, dann aber ausgetreten ist. Als Kopf der Münchener Gruppe von Politically Incorrect ist die Islamfeindschaft zu seinem Kernthema geworden. Stürzenberger ist auch als Redner bei HOGESA (Hooligans gegen Salafisten) aufgetreten.¹⁶

Udo Ulfkotte (1960 – 2017) war zunächst ein angesehener Journalist und Publizist, u. a. politischer Redakteur bei der FAZ. Seit den 1990er Jahren wandte er sich zunehmend rechtspopulistischen, islamfeindlichen und verschwörungstheoretischen Positionen zu. Mit seinen Büchern¹⁷, die er im Kopp-Verlag¹⁸ publizierte, nahm er erheblichen Einfluss auf die Radikalisierung bestimmter Bevölkerungskreise. Er ist Mitbegründer der „Bürgerbewegung PAX Europa“¹⁹, die eine islamfeindliche Thematik vertritt. Im Januar 2015 trat Ulfkotte als Redner bei PEGIDA auf.²⁰

Akif Pirinçci (geb. 1959 in Istanbul) war zunächst ein beachteter Schriftsteller. Seit 2012 ist er im rechtspopulistischen Milieu aktiv und hat Kommentare und Beiträge bei der „Jungen Freiheit“, in der „Sezession“, bei der AfD und bei PEGIDA veröffentlicht. Dabei sucht er immer wieder mit seinen überspitzten Äußerungen den Skandal – so z. B. bei seiner Rede zum Jahrestag von PEGIDA im Oktober 2015 in Dresden, für die er wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe verurteilt wurde.²¹

¹⁶ Vgl. <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-11/hooligan-demonstration-hannover/komplett-ansicht>.

¹⁷ Die Titel „Die Asyl-Industrie“, „Grenzenlos kriminell“, „Vorsicht Bürgerkrieg!“, „Gekaufte Journalisten“, „Mekka Deutschland“, „Politische Korrektheit“ geben einen Eindruck von der Thematik seiner Publikationen.

¹⁸ Zum Kopp-Verlag vgl. Rüdiger Soldt: Kopp-Verlag. Auf dem Heimatplaneten für rechtsextreme Ufologen, <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/kopp-verlag-profitiert-von-fluechtlingskrise-14890834.html>.

¹⁹ <http://paxeuropa.de>.

²⁰ Vgl. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article136047773/Das-Nazi-Vokabular-der-Pegida-Wutbuenger.html>.

²¹ Vgl. <https://www.welt.de/politik/article169034495/Akif-Pirincci-wegen-Hassrede-zu-Geldstrafe-verurteilt.html>.

3.3 Neurechte Bewegung

Von erheblichem Einfluss ist die sogenannte Neurechte Bewegung. Gemeinsam mit Rechtsextremisten vertritt sie ein völkisch-rassistisches Denken und propagiert Ideologien der Ungleichwertigkeit. Vom traditionellen Rechtsextremismus unterscheidet sie sich 1. in der Ablehnung der dort vorgenommenen Anknüpfung an den Nationalsozialismus und 2. im stärkeren Bezug auf das Christentum als „europäische“ bzw. „abendländische“ Tradition anstelle der neuheidnischen Religionselemente. In der Regel versucht sie, ihre Einstellungen als lediglich „christlich-konservativ“ und „national“ zu etikettieren.

Eine der Schlüsselfiguren der Neurechten Bewegung ist der bereits genannte Schweizer Publizist *Armin Mohler*. Er gilt als grundlegender Vordenker und Basis für viele intellektuelle neue Rechte. 1942 wollte er sich der Waffen-SS anschließen. Nachdem dieses Vorhaben scheiterte, studierte er Kunstgeschichte und Philosophie. Wichtig wurde seine 1949 veröffentlichte Dissertation „Die Konservative Revolution in Deutschland 1918 – 1932“ (s. o. 2.2).

Mit Mohler arbeitete der französische Publizist und Philosoph *Alain de Benoist* (geb. 1943) zusammen. Er war in neofaschistischen Studentenorganisationen aktiv und wurde zu einem ideologischen Vorreiter der Nouvelle Droite in Frankreich, die wiederum die Neurechte Bewegung elementar geprägt hat.²² Seine Bücher werden auch in Deutschland gelesen.

Der 1970 geborene deutsche Publizist und Verleger *Götz Kubitschek* gehörte zu den engen Vertrauten Mohlers. An dessen Grab hielt er die Trauerrede. Im Jahr 2000 gründete Kubitschek das „Institut für Staatspolitik“ (IfS)²³, das fortan der ideellen und finanziellen Förderung neurechter Ideen Vorschub leistete. Mit dem IfS verbunden ist der ebenfalls von Kubitschek betreute Verlag Antaios²⁴, in dem neurechte Schriften publiziert werden. Die Zeitschrift „Sezession“, die von Kubitschek herausgegeben wird, erscheint zweimonatlich als Papierausgabe und als Internet-Magazin.²⁵

Der Gymnasiallehrer *Karlheinz Weißmann* (geb. 1959) studierte evangelische Theologie, Pädagogik und Geschichte. Seine Dissertation handelte von der politischen Symbolik der deutschen Rechten. Er war regelmäßiger Autor in der Wochenzeitung „Junge Freiheit“. Zusammen mit Kubitschek war er an der Gründung des IfS beteiligt, und er war lange Mitherausgeber der „Sezession“.²⁶

²² Vgl. Volkmar Wölk: Neue Rechte, in: Klaus Ahlheim/Christoph Kopke (Hg.): Handlexikon Rechter Radikalismus, Ulm 2017, 102 – 104.

²³ <http://staatspolitik.de>.

²⁴ <http://antaios.de>.

²⁵ <http://sezession.de>.

²⁶ Vgl. zu Weißmann: Andreas Speit: Der Oberintellektuelle, in: taz vom 21.4.2017, <http://www.taz.de/!5399096>.

Jürgen Elsässer (geb. 1957) war zunächst als linker Aktivist und Autor für die „Junge Welt“ und das „Neue Deutschland“ in Erscheinung getreten, bis er ca. 2009 in rechten Milieus aktiv wurde. Seit 2010 macht er als Chefredakteur des Monatsmagazins „Compact“²⁷ Stimmung für die AfD. Er ist bei mehreren rechtsnationalen Protestbewegungen (sowohl bei PEGIDA als auch bei LEGIDA) als Redner aufgetreten.

Felix Menzel ist Herausgeber der „Blauen Narzisse“, einer ehemaligen Chemnitzer Schülerzeitung, die sich inzwischen als szenebekanntes Internetmagazin²⁸ etabliert hat. Redaktionssitz ist mittlerweile Dresden. Der Autorenkreis steht in enger Beziehung zum neurechten Milieu. Menzel ist auch regelmäßiger Autor der „Sezession“.

Identitäre Bewegung nennt sich eine ursprünglich aus Frankreich stammende Jugendbewegung, die stark aktionsorientiert an der Verbreitung völkisch-nationalistischen Gedankenguts arbeitet.²⁹ Ihr Symbol ist ein gelbes Lambda auf schwarzem Grund. Es verweist auf den Film „300“, der auf einer Comic-Vorlage beruht und den heldenhaften Kampf der Spartaner gegen die Perser an den Thermopylen thematisiert. Es gibt enge Verbindungen zum islamfeindlichen und rechtspopulistischen Milieu. Die Identitäre Bewegung gehört seit 2016 zu den Beobachtungsobjekten der Verfassungsschutzämter.³⁰ *Einprozent.de* ist eine publizistische Plattform und ein Spendensammelportal für die Neurechte Bewegung. Gegründet 2015 von Götz Kubitschek, Jürgen Elsässer und Karl-Albrecht Schachtschneider, dient die Plattform der Vernetzung von Aktionen zwischen diversen Anti-Asyl-Protestgruppen, der Identitären Bewegung und anderen Aktionsformen.

4 Ausblick

4.1 Einschätzung

Heimatverbundenheit und Liebe zum eigenen Land, Wertschätzung von Ehe und Familie, Engagement zur Vermeidung von Fluchtursachen, sachbezogene Kritik an problematischen Elementen im Islam, Bemühen um öffentliche Sicherheit und Ordnung – all dies kann von Rechtspopulisten ebenso wie von engagierten Christen vertreten werden. Diese Elemente für sich begründen keine Kritik. Wo aber pauschalisiert gegen Menschengruppen gehetzt wird, wo aus der Unterscheidung von Völkern das Recht zur Ungleichbehandlung abgeleitet wird, wo die Religionsfreiheit eingeschränkt werden

²⁷ <https://www.compact-online.de>.

²⁸ <https://www.blauenarzisse.de>.

²⁹ <https://www.identitaere-bewegung.de>.

³⁰ Vgl. <https://www.verfassungsschutz.de/de/aktuelles/zur-sache/zs-2016-001-maassen-dpa-2016-08>.

soll, wo unterschiedliche Bürgerrechte aus der Abstammung abgeleitet werden und wo die Menschenwürde missachtet wird, da entsteht ein fundamentaler Widerspruch zum Evangelium.

Der Begriff der Nächstenliebe bezeichnet einen zentralen biblischen Grundsatz. Der Einsatz für den Nächsten, der Hilfe und Unterstützung benötigt, ist der Maßstab, an dem das Handeln der Christen in der Welt erkannt werden soll (vgl. Mt 25,35ff). Die Nächstenliebe wird damit zum Erweis der Gottesliebe. Beides gehört als „höchstes Gebot“ in den synoptischen Evangelien untrennbar zusammen. Der Nächste wiederum ist biblisch definiert als derjenige, für den ich zum Nächsten werden kann (Lk 10,36). Das sind ausdrücklich nicht diejenigen, die mir durch Verwandtschaft oder Sippe oder Volk schon immer auch so nahe sind. Auch im Alten Testament gibt es etliche Hinweise für den sozialen Umgang mit den Fremden (2. Mose 22,20; 3. Mose 19,34 u. a.). In der Anwendung dieser Prinzipien auf die Hilfe und Unterstützung für geflüchtete Menschen in Deutschland sind sich die Kirchen in ihrer überwiegenden Mehrheit quer durch alle Konfessionen einig. Den christlichen Begriff der Nächstenliebe in einen Gegensatz zur „Fernstenliebe“ (die als Begriff in der Bibel nicht vorkommt) bringen und auf das eigene Volk begrenzen zu wollen, verkehrt die eindeutigen biblischen Aussagen ins Gegenteil. Die Aussage von der Gottebenbildlichkeit des Menschen im Kontext des Schöpfungsberichts (1. Mose 1,27) begründet, dass alle Menschen als Geschöpfe Gottes das gleiche Recht und die gleiche unverlierbare Menschenwürde besitzen. Jeder Propaganda gegen Asylbewerber, die Menschen aus anderen Erdteilen und Kulturen als minderwertig darstellt und so Verhältnisse rechtfertigt, als ob sie kein Recht auf eine menschenwürdige Behandlung hätten, muss daher aus christlicher Sicht widersprochen werden.

Die Verklärung des Volkes (der Völker) hat keine biblische Grundlage. Dort erscheint die Trennung in Sprachen, Völker und Nationen als Produkt menschlicher Selbstüberhebung und des Abfalls von Gott im Turmbau zu Babel. Das hindert Gott nicht, als Herr der Geschichte auch Elemente der gefallenen Schöpfung zum Bestandteil seines Handelns werden zu lassen – insofern ist auch in der Bibel davon die Rede, dass Gott Völker lenkt. Die christliche Botschaft übergreift aber die Spaltung in Völker und Nationen und lässt alle Menschen einander zu Schwestern und Brudern im Glauben werden (Gal 3,28). Ethnopluralistische Vorstellungen von abgegrenzten Siedlungsräumen für bestimmte Religionen widersprechen dem Prinzip der Religionsfreiheit fundamental. Die christliche Mission hat sich niemals als für bestimmte Weltgegenden nicht zuständig empfunden. Das Recht, die Überzeugungen des eigenen Glaubens auch öffentlich vertreten zu dürfen, gilt analog ebenso für alle anderen Religionen und ist ebenso ein individuelles Menschenrecht.

Ethnopluralistische Konzepte können als Sonderform rassistischer Vorstellungen verstanden werden. Der Begriff der Rasse wird lediglich durch „Kultur“, „Ethnie“, „Nation“ oder „Volk“ ersetzt, die damit verbundenen Zuschreibungen, Abwertungen und

Ausgrenzungen aber werden beibehalten. Das Ziel der inneren Homogenität und der Abwehr „fremder“ Elemente läuft auf ein System der Apartheid hinaus. Bereits 1977 erklärte die Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes in Daressalam die Abwehr der Apartheid in Südafrika zur Bekenntnisfrage: Die Glaubwürdigkeit des allen Menschen ohne Ansehen von Rasse, Hautfarbe und Geschlecht verkündigten Evangeliums wird durch solche Ausgrenzungen massiv gefährdet.

Die sogenannte Goldene Regel („Alles, was ihr wollt, dass euch die Leute tun sollen, das tut ihnen auch!“; Mt 7,12) als ethische Handlungsmaxime ist als Grundsatz für das Zusammenleben quer durch die Kulturen höchst plausibel.

4.2 Hinweise zum Umgang in der Gemeinde

Im Umgang mit Personen in der Gemeinde, die sich durch Äußerungen oder andere Handlungen als Anhänger eines rechtsnationalen Christentums zu erkennen gegeben haben, sind jederzeit zwei Aspekte zu unterscheiden:

- a) Im Kontext eines seelsorgerlichen Bemühens sollte es darum gehen, bei den Betroffenen für die Akzeptanz der o. g. christlichen Grundprinzipien zu werben und den Gesprächsfaden darüber nicht abreißen zu lassen. In diesem persönlichen Rahmen sind daher Bemühungen um Gemeinschaft und Gespräch wichtig. Es muss davon ausgegangen werden, dass ein Kontaktabbruch zu einer weiteren Radikalisierung der Positionen führt. Die vorhandenen Einflussmöglichkeiten sind daher wertvoll und aktiv zu nutzen.
- b) Um der Klarheit der eigenen Verkündigung willen sind allerdings im öffentlichen Bereich deutliche Abgrenzungen und Klarstellungen zu entsprechenden Aussagen mitunter zwingend erforderlich.

Der Spagat zwischen beiden Aspekten, der auch einen Unterschied zwischen Person und Sache darstellt, ist in der Praxis nicht immer leicht. Gleichwohl ist es wichtig, stets auch den jeweils anderen Aspekt mit im Blick zu behalten. Gott liebt den Sünder, nicht die Sünde. Wenn es um kirchenleitende Funktionen (Kirchenvorstand/Gemeindegemeinderat etc.) geht, muss die Mitgliedschaft in einer Gemeinschaft, die den Grundsatz der Nächstenliebe verleugnet und Hass gegen Menschengruppen schürt, als Abkehr von christlichen Grundsätzen verstanden werden. Der Ausschluss aus dem betreffenden Gremium ist eine logische Folge.

4.3 Hinweise für Veranstaltungen

Bestandteil der Unterwanderungsstrategie sind verstärkte Versuche, Veranstaltungen mit rechtsnationalem Charakter in kirchlichen Räumen stattfinden zu lassen und dazu

gezielt konservativ-christliches Publikum einzuladen. Äußerlich z. B. als Informationsabend zum Schicksal verfolgter Christen dargestellt, dient die Veranstaltung dann in wesentlichen Teilen der Stimmungsmache gegen Muslime und Geflüchtete. In der Regel werden solche Veranstaltungen über Mittelpersonen in die Kirchengemeinden eingebracht. Eine sorgfältige Prüfung des Veranstaltungsformats und der vorgesehenen Rednerinnen und Redner ist darum bei allen kirchlichen Veranstaltungen im Vorfeld unverzichtbar.

Davon zu unterscheiden sind Dialogveranstaltungen, in denen geplant Vertreter unterschiedlicher Auffassungen zu Wort kommen und kontroverse Positionen diskutiert werden sollen. Dabei ist es extrem wichtig, für eine gute Moderation zu sorgen, die eine Instrumentalisierung der Veranstaltung als Plattform zur Verbreitung dumpfer Parolen zu verhindern weiß. Bewährt haben sich in diesem Kontext auch eher kleinteilige Formate mit Gesprächen in gemischten Zweier-, Vierer- oder Achtergruppen ohne offenes Saalmikrofon, denn im direkten Gegenüber lassen sich Schlagworte und Parolen direkt hinterfragen. Sogenannte Dialogveranstaltungen, bei denen lediglich ein weitgehend unmoderiertes Nacheinander unterschiedlicher Stellungnahmen vor dem Publikum ausgebreitet wird, sollten vermieden werden.

In der öffentlichen Auseinandersetzung mit rechtsnationalen Thesen sollten die Kernfragen in den Blick genommen werden, um sich nicht mit Nebensächlichkeiten zu verzetteln. Den internen Machtkampf in der AfD oder strategische Auseinandersetzungen innerhalb der Neuen Rechten zu thematisieren, trägt wenig aus. Entscheidend ist es, die dem biblisch begründeten christlichen Glauben widersprechenden Vorstellungen eines ethnopluralistischen Konzeptes und den völkischen Nationalismus in den Blick zu nehmen.

4.4 Problemanzeigen oder Lösungen?

In Gesprächen erscheint es wichtig, zwischen Problemanzeigen und damit verbundenen Lösungsvorschlägen zu unterscheiden. Oftmals werden nämlich von rechtsnationaler Seite Probleme vorgetragen, die sich auf tatsächlich existierende Missstände beziehen. Allerdings sind die damit verknüpften Lösungsstrategien kontraproduktiv. Eine typische Falle in der Diskussion ist nun, dass die Ablehnung der untauglichen Lösungen als Ignoranz gegenüber den Problemen missverstanden wird. Beispiele:

- Der dschihadistische Islamismus stellt in der Tat eine Bedrohung für ein freiheitliches Leben dar. Die Dämonisierung der ganzen Religion des Islam hilft aber nicht dagegen, sondern fördert durch die Ausgrenzungserfahrung die Radikalisierung von Muslimen. In der Ablehnung eines liberalen Islam sind sich militante Islamisten und Islamgegner erschreckend einig.

- Die plötzliche Unterbringung tausender geflüchteter Menschen stellt die Länder und Kommunen tatsächlich vor große Herausforderungen und Probleme. Eine pauschale Verunglimpfung der Geflüchteten als Kriminelle und Schmarotzer ist aber weder gerecht noch hilfreich.
- Politik und Verwaltung haben in der Realität in etlichen Bereichen selbstherrlich regiert und die frühzeitige Bürgerbeteiligung vernachlässigt. Die Instrumente der parlamentarischen Demokratie werden von etlichen Bürgern zu wenig gekannt und genutzt. Jedoch ist es vollkommen überzogen, zu behaupten, die Demokratie funktioniere nicht mehr. Zudem ist nicht erkennbar, dass ein anderes System auch nur ansatzweise besser geeignet wäre, unterschiedliche Interessen in der Bevölkerung bei der Gestaltung der Politik zu berücksichtigen.
- Journalisten machen auch Fehler. Medien stehen durch das hohe Tempo der Online-Berichterstattung unter großem Druck. Mitunter wird unzureichend recherchiert, einfach abgeschrieben und nicht genug kontrolliert. Dennoch ist der Vorwurf der „Lügenpresse“ als der nationalsozialistischen Propaganda entstammend und als inhaltlich vollkommen unangemessen zu charakterisieren. Die Pressefreiheit in Deutschland ist ein hohes Gut – und sie ist intakt.

Das beste Mittel gegen Feindbilder ist nach wie vor die unmittelbare Begegnung mit dem sogenannten Feind. Dies beseitigt nicht alle Differenzen, aber es ermöglicht eine realistischere Einschätzung und einen angstfreieren Umgang damit. Der Organisation von Begegnungen und Gesprächen mit Geflüchteten im lokalen Kontext kommt darum ein hoher Stellenwert zu.

Literatur

- ACK Sachsen: Nächstenliebe und Gastfreundschaft. Erklärung der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Sachsen, November 2013, <http://www.ack-sachsen.de/ack/de/dokumente/naechstenliebe-und-gastfreundschaft>
- AG Kirche für Demokratie und Menschenrechte Sachsen: Nächstenliebe leben, Klarheit zeigen. Handreichung für Gemeinden zum Umgang mit Rechtsradikalität und Fremdenfeindlichkeit, Dresden 2016, www.kirche-fuer-demokratie.de/238
- Amann, Melanie: Angst für Deutschland. Die Wahrheit über die AfD, München 2017
- Heimbach-Steins, Marianne/Filipović, Alexander u. a.: Grundpositionen der Partei „Alternative für Deutschland“ und der katholischen Soziallehre im Vergleich. Eine sozialetische Expertise, Münster 2017, <http://www.uni-muenster.de/FB2/ics/publikationen/AP8.html>
- Impulse für den Umgang mit Rechtspopulismus im kirchlichen Raum, hg. von der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus u. a., Berlin 2016 (bagkr.de)
- Leo, Per/Steinbeis, Maximilian/Zorn, Daniel-Pascal: Mit Rechten reden. Ein Leitfaden, Stuttgart 2017
- Malessa, Andreas: Als Christ die AfD unterstützen? Ein Plädoyer für ..., Moers 2017
- Orth, Stefan/Resing, Volker (Hg.): AfD, Pegida & Co. Angriff auf die Religion?, Freiburg i. Br./München 2017

- Strube, Angelika: Rechtsextremen Tendenzen begegnen. Handreichung für Gemeindeglieder und kirchliche Erwachsenenbildung, Freiburg i. Br./Basel/Wien 2013
- Thielmann, Wolfgang (Hg.): Alternative für Christen? Die AfD und ihr gespaltenes Verhältnis zur Religion, Neukirchen-Vluyn 2017
- Weiß, Volker: Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart 2017
- Zur aktuellen Situation der Flüchtlinge. Eine Erklärung der Leitenden Geistlichen der evangelischen Landeskirchen Deutschlands (10.9.2015), https://www.ekd.de/download/20150910_gemeinsame_erklaerung_fluechtlinge.pdf

Liane Bednarz

Christen in der AfD

Mit der Alternative für Deutschland (AfD) ist es in der Geschichte der Bundesrepublik erstmalig einer rechtsgerichteten Partei gelungen, sowohl in den Bundestag als auch in mittlerweile fast alle Landesparlamente einzuziehen. Schaut man sich das Personaltableau an, so fällt auf, dass sich unter den Mandatsträgern und Funktionären der AfD auch bekennende Christen finden. Mit der Gruppierung „Christen in der AfD“ („ChrAfD“ = gesprochen „Kraft“) gibt es sogar einen organisatorisch verfestigten Zusammenschluss von Gläubigen innerhalb der Partei.

Die (fortbestehende) Existenz dieser Gruppe dürfte für viele Christen auf den ersten Blick verblüffend sein, vor allem auch angesichts des strammen Rechtsrucks, den die AfD seit ihrem Essener Parteitag im Juli 2015 und erst recht seit dem Abgang von Frauke Petry nach der Bundestagswahl 2017 eingeschlagen hat. Wer nun glaubte, spätestens danach hätten sich christliche Mitglieder von der Partei abwenden müssen, irrte jedoch. Größere Absatzbewegungen blieben aus. Lediglich die bis dato amtierende Bundessprecherin der „Christen in der AfD“, Anette Schultner, sowie Beisitzer Hubertus von Below zogen die Reißleine und traten mit unmissverständlichen Begründungen aus der Partei aus. Damit stellt sich die Frage, warum ausgerechnet manche Christen bereit sind, sich nach wie vor in einer Partei wie der AfD zu engagieren. Was sind die inhaltlichen Positionen, die sie anziehen? Wer sich mit diesen Punkten beschäftigt, stellt rasch fest, dass die Affinität vieler Gläubiger zu der Partei Teil einer in bestimmten konservativen christlichen Milieus insgesamt schon länger zu beobachtenden Rechtsdrift ist. Das Phänomen ist also nicht auf AfD-Sympathisanten beschränkt. Auch am rechtskonservativen Rand der Anhängerschaft von CDU und CSU finden sich Christen, die jedenfalls gesellschaftspolitisch ähnliche Haltungen wie AfD-affine Gläubige vertreten. Lange Zeit jedoch bewegten sie sich alle außerhalb des Radars einer breiteren Öffentlichkeit. So fiel etwa nicht weiter auf, dass etliche von ihnen bereits das 2010 erschienene Buch „Deutschland schafft sich ab“ von Thilo Sarrazin verteidigt hatten, sei es auf publizistischer Ebene, sei es in den sozialen Medien.

1 Die Spaltung des konservativen christlichen Milieus und das Schlüsseljahr 2013

Wirklich sichtbar wurde die Bruchlinie innerhalb des christlich-konservativen Milieus erst ab 2013, einem Schlüsseljahr, u. a. deshalb, weil im Frühjahr jenes Jahres die AfD gegründet wurde. Ab diesem Zeitpunkt konnte man zunehmend klar erkennen, dass es zu einer immer größer werdenden Spaltung in einen moderat-konservativen Part einerseits und einen für rechte Gedankenwelten offenen Teil andererseits gekommen war. Bei den Katholiken waren und sind davon vor allem traditionalistische, aber auch klassisch-konservative Milieus betroffen. Im protestantischen Bereich ist das Ganze vor allem in evangelikalischen Milieus in- und außerhalb der Landeskirchen zu beobachten. Etwa ein Jahr nach der Gründung der AfD, nämlich im Frühjahr 2014, beklagte Thilo Sarrazin in seinem damals neu erschienenen Buch „Der neue Jugendterror“ einen angeblichen linksliberalen „neuen deutschen Tugendterror“. Quasi zeitgleich kam das hasserfüllte Werk „Deutschland von Sinnen. Der irre Kult um Frauen, Homosexuelle und Zuwanderer“ des früheren Katzenkrimi-Autors Akif Pirinçci auf den Markt. Beide Bücher wurden, wie man auf Facebook und Twitter sowie in manchen Medien sehen konnte, ebenfalls von zahlreichen konservativen Christen positiv aufgenommen. Das lag wesentlich daran, dass sie darin probate Mittel im Kampf gegen die damals schon verhasste „politische Korrektheit“ bzw. den nicht weniger unbeliebten „Zeitgeist“ sahen. In jener Zeit breitete sich zudem nicht nur in konservativen christlichen Kreisen der berühmt-berüchtigte Slogan „Das wird man ja wohl noch sagen dürfen“ aus, welcher der weitgehend hemmungslosen Artikulation von Ressentiments die Türen weit öffnen sollte. Rund eineinhalb Jahre nach Gründung der AfD, im Herbst 2014, wiederum entstand die Pegida-Bewegung, die unter manchen konservativen Christen ebenfalls positive Reaktionen hervorrief und von ihnen reflexhaft verteidigt wurde. Das beruhte hauptsächlich darauf, dass die von den Pegida-Anhängern bekämpfte angebliche „Islamisierung“ schon damals zu den angestammten Feindbildern vieler konservativer Christen zählte. Der katholische Publizist Andreas Püttmann beschrieb diese Entwicklung im Februar 2015 in der „ZEIT“-Beilage „Christ & Welt“ treffend wie folgt:

„In einem Zeitraum von kaum zwei Jahren schieden sich die Geister in eine moderat-konservative und eine radikal rechtskonservative Strömung, in welcher vordemokratische und vorkonziliare Denkmuster – ‚Keine Freiheit für den Irrtum!‘ – aufscheinen. Sie ähneln ideologisch der russischen Orthodoxie und der ‚konservativen Revolution‘ der Weimarer Zeit: Völkisch, nationalistisch, antiliberal-ordnungsfixiert, parteien- und medienverdrossen, antiwestlich (speziell anti-amerikanisch), von Ressentiments

gegen Minderheiten und von Untergangsfantasien erfüllt, eine ‚Identität‘ von Religion, Kultur und Nation, Regierung und Volk erstrebend.“¹

Damit zeigte sich im konservativen christlichen Milieu wie unter einem Brennglas genau diejenige Spaltung, die der in rechtskonservativen Kreisen beliebte Publizist Michael Klonovsky – selbst kein Christ – etwa zur selben Zeit, im Dezember 2014, auf seinem Blog „acta diurna“ ausgemacht hatte, freilich aus einer Püttmann diametral entgegengesetzten Perspektive heraus. In dem zugehörigen Eintrag, den das rechtslibertäre Medium „eigentümlich frei“ kurz darauf unter dem Titel „Pegida gießt den Tea zur Party – Die Fronten müssen völlig neu gezogen werden“ zweitverwerten sollte, fand sich dieser Passus:

„Es wird in den nächsten Jahren eine Spaltung dieses Landes in zwei Lager stattfinden, wie sie in den USA bereits weitgehend vollzogen ist. Die Bruchlinien sind mit Namen wie Sarrazin, Pirinçci, AfD und Pegida markiert, desgleichen gehören die Petitionsbetreiber gegen die Schulsexualisierung in bald vielen Bundesländern dazu, vielleicht auch die Maskulinisten, ein paar HoGeSa-Leute (Hooligans gegen Salafisten) und die Handvoll deutsche Libertäre. [...] Ich für meinen Teil werde wenig mit dieser Bewegung zu tun haben, aber ein gewisses Maß an Verständnis für sie hegen, denn mir fällt kein Argument ein, warum diejenigen, so da seit Jahren für das humanitaristische Theater blechen und sich gleichzeitig von den Lautsprechern des Zeitgeistes als dumpfdeutsche Mitte-Extremisten schmähen lassen müssen (in den Öffentlich-Rechtlichen sogar auf eigene Kosten), sich nicht endlich einmal spürbar gegen diese Plage zur Wehr setzen sollten.“²

2 Die Rolle der AfD

Die im Frühjahr 2013 gegründete AfD spielte, wie auch in Klonovskys Text deutlich wird, eine zentrale Rolle bei dem Auseinandertreiben des konservativ-christlichen Milieus in einen moderaten und einen sich gen rechts orientierenden Teil. Für viele sich als konservativ verstehende Christen wirkte die neue Partei wie ein Leuchtfeuer. In ihr meinten sie die von ihnen schon so lange herbeigesehnte vermeintlich traditionell ausgerichtete politische Alternative zur CDU, von der sie sich mehr repräsentiert fühlten,

¹ Christ & Welt vom 5.2.2015.

² <https://ef-magazin.de/2014/12/28/6110-pegida-giesst-den-tea-zur-party-die-fronten-muessen-voellig-neu-gezogen-werden> (Abruf der in diesem Beitrag angegebenen Internetseiten: 18.4.2018).

auszumachen. Denn die Partei mit dem „C“ im Namen hatte aus ihrer Sicht zu viele heilige Kühe geschlachtet, namentlich beim Lebensschutz.

Das Fremdeln des christlich-konservativen Milieus mit der CDU hatte bereits mit dem unter Bundeskanzler Kohl herbeigeführten Abtreibungskompromiss kurz nach der Wende (1992) seinen Anfang genommen und setzte sich vor allem nach dem, wenn auch knappen Parteitagsbeschluss fort, in Ausnahmefällen die Forschung an embryonalen Stammzellen weiterhin zuzulassen (2007). Auch die private Lebensführung von CDU-Spitzenpolitikern hatte schon länger für Missmut gesorgt. Der Umstand, dass die seit 2005 amtierende protestantische Bundeskanzlerin Angela Merkel in zweiter Ehe verheiratet ist, stieß vielen ebenso auf wie der Umstand, dass der katholische spätere Bundespräsident Christian Wulff es ihr gleichtat. Der inzwischen verstorbene Kardinal und Kölner Erzbischof Joachim Meisner hatte die Unionsparteien ein paar Jahre vorher, genauer 2002, sogar aufgefordert, das „C“ zurückzugeben, weil der damalige Bundeskanzlerkandidat Edmund Stoiber (CSU) die unverheiratete, mit dem zweiten Kind schwangere CDU-Politikerin Katherina Reiche als Expertin für Familienpolitik in sein Team berufen hatte.³

In den letzten Jahren kam es zu weiteren, ausgerechnet durch Regierungen mit einer CDU-Bundeskanzlerin an der Spitze herbeigeführten Richtungsänderungen, die für viele konservative Wähler und damit auch für konservative Christen nicht akzeptabel waren. Dazu zählten die Aussetzung der Wehrpflicht (2011), die Energiewende (2011) und die Eurorettungspolitik (2013). Letztere stieß vor allem in asketisch-protestantischen Milieus, aus denen auch der Co-AfD-Gründer Bernd Lucke stammt, auf große Vorbehalte. Die Vorstellung, für die Schulden anderer Staaten aufkommen zu müssen, war für Christen, die selbst eine strenge Lebensweise führen und sparsam sind, schlichtweg unvorstellbar. All das führte zu einem stark ausgeprägten Gefühl politischer Heimatlosigkeit und Frustration, zumal eine Alternative nicht in Sicht war. Als sich diese 2013 mit der AfD formierte, die den Begriff „Alternative“ als Reaktion auf die von Angela Merkel als „alternativlos“ titulierte Eurorettungspolitik sogar im Namen trug, war die Zeit für viele konservative Christen also reif, sich von den Unionsparteien abzuwenden. In der ausgeprägten Enttäuschung über die Entwicklung der Union liegt wohl der Hauptgrund dafür, dass die AfD mit ihrem abfälligen Gerede über die „Altparteien“ im konservativen christlichen Milieu bis heute so viel Gehör findet.

³ Vgl. <http://www.faz.net/aktuell/politik/streit-um-familienpolitik-reiche-will-mit-kardinal-meisner-sprechen-170428.html>.

3 Jahrzehntelange Affinität zu Medien der Neuen Rechten wie der „Jungen Freiheit“

Auch die für das AfD-Umfeld so typische Stimmungsmache gegen die „Mainstreammedien“, später auch „Lügenpresse“ (Pegida) oder „Pinocchio-Presse“ (Frauke Petry)⁴ genannt, stieß bei vielen sich als konservativ verstehenden Christen auf offene Ohren, denn auch in den etablierten Medien fühlten sie sich mit ihren Haltungen unterrepräsentiert. Hinzu kam und kommt, dass es schon lange vor der AfD-Gründung eine weit verbreitete Affinität vieler sich als konservativ verstehender Christen zu rechten Medien wie namentlich der „Jungen Freiheit“ gab. Zahlreiche prominente katholische wie evangelikale Publizisten zeigten und zeigen hier keine Berührungsängste. So veröffentlichten in der „Jungen Freiheit“ auch unter Evangelikalen beliebte Katholiken wie die Gender-Kritikerin Birgit Kelle (CDU) und der Lebensschützer Martin Lohmann (ehemals CDU, heute parteilos) seit Jahren Texte. Der ehemalige Chefredakteur der evangelikalen Zeitschrift „idea spektrum“, Helmut Matthies, erhielt 2009 sogar den von der „Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung“ (FKBF) in Kooperation mit der „Jungen Freiheit“ und Ingeborg Löwenthal verliehenen „Gerhard-Löwenthal-Preis“ für Journalisten. Birgit Kelle wiederum wurde 2013 als Preisträgerin auserkoren. In manchen evangelikalen Kreisen zählt die „Junge Freiheit“ neben „idea spektrum“ zur regelmäßigen Lektüre. Dazu trägt vor allem ihre betont christliche Ausrichtung bei. In ihrem 2011 veröffentlichten Leitbild findet sich unter dem Stichwort „Christentum“ der folgende Grundsatz:

„Die europäische und deutsche Kultur sind mit dem Christentum auch in seiner säkularen Form unauflöslich verwoben. Wir begegnen religiöser Indifferenz durch einen dominierenden, festen christlichen Standpunkt, der im Jahreslauf wiederkehrend einen deutlichen Vorrang erhält.“⁵

4 Wie rechtes Denken als „konservativ“ ausgegeben wird

Die „Junge Freiheit“ begegnete der AfD von Anfang an mit großer Sympathie. So nimmt es nicht wunder, dass sich dies zumindest auf Teile ihrer christlichen Leserschaft übertrug.

⁴ <http://www.spiegel.de/video/afd-parteitag-petry-keilt-gegen-merkel-und-pinocchio-presse-video-1630676.html>.

⁵ <https://jungefreiheit.de/informationen/ueber-den-verlag>.

Ideengeschichtlich steht die Zeitung in der Tradition des neuerechten Denkens, das sich vom altrechten Gedankengut deutlich abgrenzt, also etwa mit Hitler-Verherrlichung oder Holocaustleugnung nichts im Sinn hat, sondern an Rechtsintellektuelle der Weimarer Republik anknüpft, etwa an Protagonisten wie Arthur Moeller van den Bruck, Carl Schmitt oder Edgar Julius Jung. Das rechte Denken jener Zeit war antiliberal, antidemokratisch und völkisch. Wenngleich die „Neue Rechte“ als solche, also begrifflich, erst in den 1970er Jahren entstanden ist, hatte die rechte Weimarer Denkschule bereits seit 1945 fortbestanden und wurde von dem gebürtigen Schweizer Armin Mohler Anfang der 1950er Jahre als „Konservative Revolution“ euphemisiert, um sie so gedanklich wie personell von jeder Verstrickung mit dem NS-Regime reinzuwaschen.

Seit dieser Zeit ist die Deutungshoheit über das Konservative Schauplatz heftiger Rangeleien. Mohler schrieb etwa Anfang der 1970er Jahre: „Die Definition, was ‚konservativ‘ sei, ist bereits ein politischer Akt.“⁶ Und außerdem: „In der Politik will niemand mehr rechts sein, man will ‚in der Mitte‘ stehen“ und nenne sich höchstens konservativ.⁷ Die Historikerin Martina Steber beschreibt in ihrem 2017 erschienenen aufschlussreichen Buch „Die Hüter der Begriffe“, dass Mohler, „aus der deutschen antidemokratischen Tradition des Denkens schöpfend, ein radikales antiliberales Gegenprogramm“⁸ in der Nachfolge der Weimarer Rechten zum westlich geprägten bundesrepublikanischen Konservativismus entwarf. Mit diesem versuchte er, auch Einfluss auf Franz Josef Strauß zu nehmen, dessen Berater er eine Zeitlang war. Das mislang jedoch. Strauß blieb dem sich nach 1945 entwickelnden bundesrepublikanischen Konservativismus verpflichtet. Dieser war, wie Steber erklärt, etwas gänzlich Neues, hatte mit der rechten, antiliberalen Weimarer Variante nichts mehr zu tun. Ihm dienten die liberalen westlichen Demokratien in den USA und im Vereinigten Königreich als Vorbild. Jedoch sollten, wie Steber ausführt, beide Denkrichtungen, also beide Formen des Konservativen, die politische Kultur in Deutschland weiterhin prägen – bis in die heutige Zeit hinein. Das ist inzwischen deutlich sichtbar, wenn man sich etwa die größer werdende Debatte um die heutige Abgrenzung zwischen klassisch konservativen Christen einerseits und gen rechts gewanderten Gläubigen wie den „Christen in der AfD“ andererseits ansieht.

⁶ Armin Mohler: Der Konservative in der technischen Zivilisation, in: ders.: Von rechts gesehen, Stuttgart 1974, 14; zit. nach Volker Weiß: Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart 2017, 62.

⁷ Armin Mohler: Brief an einen italienischen Freund, in: ders.: Von rechts gesehen, Stuttgart 1974, 43, zit. nach Weiß: Die autoritäre Revolte (s. Fußnote 6), 59.

⁸ Martina Steber: Die Hüter der Begriffe. Politische Sprachen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, 1945 – 1980, London 2017, 155, zum Folgenden 155ff.

5 „Christen in der AfD“ als Katalysator der Renaissance der rechten Variante des Konservatismus

Wie die AfD insgesamt erscheinen auch die „Christen in der AfD“ sowohl programmatisch als auch personell wie eine Art Katalysator bei der in den letzten Jahren zu beobachtenden Renaissance der rechten Variante des Konservatismus. Häufig stellt man dabei fest, dass viele Christen, die sich der AfD aus Enttäuschung über die CDU zugewandt haben, gar nicht merken, dass sie nach und nach rechte Vorstellungen mitübernehmen. Gegen Abtreibung zu sein etwa, ist eine genuin christliche Haltung und hat mit rechtem Gedankengut nichts zu tun. Wird Abtreibung aber, worauf noch zurückzukommen ist, wie bei der AfD zumindest auch in einem Zusammenhang mit einer „aktivierenden“ Politik zugunsten der „einheimischen“ Bevölkerung gebracht, wird es problematisch.

Innerhalb des (neu)rechten Denkens gibt es seit einiger Zeit ebenfalls einen Riss. Während sich die „Junge Freiheit“ im Laufe der Jahre deutlich gemäßigter hat und etwa nicht länger mit dem Slogan „Jedes Abo eine konservative Revolution“ für sich wirbt, hat sich ein anderer Teil radikalisiert. Gemeint ist der Zirkel um den Verleger Götz Kubitschek, der es inzwischen zu einer gewissen Medienpräsenz gebracht hat. Er betreibt den Verlag „Antaios“ und gibt die Zeitschrift „Sezession“ heraus. Kubitschek war früher Redakteur der „Jungen Freiheit“, die ihn und seinen engen Weggefährten Björn Höcke mittlerweile immer wieder scharf kritisiert und sich von beiden distanziert. Trotz ihrer Mäßigung ist die „Junge Freiheit“ aber nach wie vor ein rechtskonservatives bzw. rechtes Blatt, wenn auch kein radikales. Mit ihren zahlreichen, kontinuierlichen Texten gegen den „Genderwahn“, gegen die „Ehe für alle“, gegen Abtreibung und „Islamisierung“ bedient sie zudem die derzeit wichtigsten Themen des rechtskonservativen christlichen Milieus. Diese Themen, und dabei vor allem die Haltung zur Abtreibung und zur „Ehe für alle“, werden dort als so zentral angesehen, dass Parteien und Politiker oftmals ausschließlich daran gemessen werden. Genau das erklärt die großen Sympathien für die AfD und namentlich die Entstehung der „Christen in der AfD“. Denn in der AfD finden ausgesprochen konservative Christen bei all diesen Aspekten genau die Haltung vor, die sie selbst vertreten. Dafür sind sie offenbar bereit, über vieles hinwegzusehen, was sie an rechtsradikalen Ausfällen und völkischem Gedankengut inzwischen mitgeliefert bekommen. Manche allerdings haben dieses inzwischen auch selbst adaptiert.

6 Organisatorische Aufstellung der „Christen in der AfD“

Der wichtigste personelle Transmissionsriemen zwischen ultrakonservativen christlichen Kreisen und der AfD ist die evangelische Berliner Politikerin und bekennende protestantische Christin Beatrix von Storch. Sie ist nicht nur Beisitzerin im Bundesvorstand der AfD und stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion der Partei, sondern auch einfaches Mitglied der „Christen in der AfD“. Der Kampf gegen die „Genderideologie“ und die „Islamisierung“ steht ganz oben auf ihrer Agenda. Schon lange vor der Entstehung der AfD hat sie außerdem über den gemeinsam mit ihrem Ehemann betriebenen Verein „Zivile Koalition“ ein großes Netzwerk Gleichgesinnter aufgebaut. Funktionell kommt Beatrix von Storch bei den „Christen in der AfD“ die Rolle eines Aushängeschildes zu. Dementsprechend war sie „besondere Gastrednerin“, als am 10. Oktober 2015 in Darmstadt die Gründungsversammlung stattfand.⁹ Insgesamt waren damals 25 Personen anwesend, die an diesem Tag eine „Grundsatzerklärung“ unterschrieben, auf die noch zurückzukommen ist.¹⁰

Neben der Anerkennung der Grundsatzerklärung,¹¹ die jeder der 25 Anwesenden unterzeichnete, standen in Darmstadt vor allem die Verabschiedung der Satzung sowie die Wahl des Vorstandes im Fokus. Während die Grundsatzerklärung die inhaltliche Ausrichtung der „Christen in der AfD“ zu bestimmten Themen fixiert, ist in der Satzung, genauer in deren Präambel, die grundsätzliche Zielsetzung der Vereinigung niedergelegt. Diese besteht darin, „eine christliche konservative Politik entsprechend der biblischen Ethik in unsere Gesellschaft und Politik hineinzutragen, insbesondere in den Bereichen Gesellschafts- und Sozialpolitik, Familienpolitik und Lebensschutz“. Als Voraussetzung für eine Mitgliedschaft wird „neben der Anerkennung der aktuellen Satzung auch die vollumfängliche Akzeptanz der Grundsatzerklärung und des Apostolischen Glaubensbekenntnisses“ verlangt. Dabei ist die „Bundesvereinigung [...] offen für alle christlichen Bekenntnisse“ und sieht das „Wort Gottes“ als das „gemeinsame Fundament der politischen Arbeit“ an, während die „Klärung von Unterschieden in der theologischen Ausrichtung nicht Gegenstand der Arbeit der Bundesvereinigung“ sei.¹² Neben ihrer Bundesorganisation verfügen die „Christen in der AfD“, die auch als Verein eingetragen sind, über eigene Regionalverbände in den Gebieten Nord, Nordost, Südwest, Ost, Süd und West. Seit dem Ausstieg Schultners werden sie auf Bundesebene kommissarisch von Joachim Kuhs geführt, einem noch näher zu thematisierenden Gemeindeältesten einer privaten anglikanischen Kirche in Baden-Baden, der seit dem

⁹ Vgl. <http://ksl.afd-fraktion-hessen.org/?p=5754>.

¹⁰ Vgl. <https://di.afd-hessen.org/bundesvereinigung-der-christen-in-der-alternative-fuer-deutschland-bv-chrafd>.

¹¹ <http://www.chrafd.de/index.php/grundsatzerklaerung>.

¹² <http://ksl.afd-fraktion-hessen.org/?p=5754>.

Hannoveraner Parteitag Anfang Dezember 2017 als neuer Schriftführer der Partei überdies Mitglied in ihrem Bundesvorstand ist.

Auch wenn die „Christen in der AfD“ schon seit 2015 existieren, spielen sie innerparteilich keine große Rolle. Das dürfte nicht zuletzt an ihrer geringen Mitgliederzahl liegen. Nach Recherchen des inzwischen verstorbenen SWR-Chefreporters Thomas Leif für seine am 14.9.2017 ausgestrahlte Fernsehdokumentation „Wahre Christen oder böse Hetzer? Spaltet die AfD die Kirchen?“ dürfte es sich um unter 200 handeln. Die Gesamtmitgliederzahl der AfD liegt bei über 20 000.

Als eine Art Vorläuferorganisation der „Christen in der AfD“ fungiert der „Pforzheimer Kreis“, eine Gruppe von christlichen AfD-Anhängern, die sich – deshalb der Name – 2013 am Rande des damaligen Landesparteitags der baden-württembergischen AfD in Pforzheim formiert hat. Allerdings blieb der „Pforzheimer Kreis“ auch nach Gründung der „Christen in der AfD“ bestehen und fiel mit im Vergleich zu Letzteren zum Teil radikaleren Positionen auf. So erschien am 13. Januar 2014 auf der Homepage des „Pforzheimer Kreises“ ein offener Brief an den Bamberger Erzbischof Ludwig Schick. Anlass war die scharfe Kritik, die der Geistliche zuvor an der Pegida-Bewegung geübt hatte. Autor des Briefs war das AfD-Mitglied Rainer Rösl. Gleich zu Beginn schrieb er: „Christen aller Konfessionen müssen bei PEGIDA mitmachen.“¹³ Die Thematik war dem „Pforzheimer Kreis“ offenbar sehr wichtig. Denn bereits rund einen Monat zuvor hatte die Gruppierung eine Erklärung zu den Pegida-Demonstrationen publiziert. Darin stand, man sei „dankbar“, dass die Pegida-Bewegung „das Thema ‚Islamisierung‘ auf die Tagesordnung der politischen Diskussion gesetzt“ habe. Zudem zeigte sich der Kreis in dieser Verlautbarung ausdrücklich „mit den friedlichen Teilnehmern der Pegida-Demonstrationen solidarisch“.¹⁴

7 Führende Köpfe der „Christen in der AfD“ und ihre inhaltliche Ausrichtung

Bis zu ihrem Austritt im Oktober 2017 war Anette Schultner das bekannteste Gesicht der „Christen in der AfD“. Gemeinsam mit Markus Dröge, dem Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO), und der Verfasserin bestritt sie etwa eine Diskussion auf dem Evangelischen Kirchentag im Mai 2017. Auch sonst meldete sie sich regelmäßig zu Wort und platzierte etwa zahlreiche Statements in dem evangelikalen Magazin „idea spektrum“. Seit ihrem Abgang kristallisieren sich

¹³ http://www.pforzheimerkreis.de/standpunkte/20141221_Standpunkt2_BriefBischofSchick.htm.

¹⁴ http://www.pforzheimerkreis.de/standpunkte/20141212_Erklarung1_PEGIDA.htm.

zunehmend der bereits erwähnte Joachim Kuhs und noch stärker der Bundestagsabgeordnete und kirchenpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion Volker Münz als prominenteste Vertreter der AfD-Christen heraus.

Münz bildet zusammen mit Beatrix von Storch und Ulrich Oehme aus dem Erzgebirge das Dreigespann, mit dem die „Christen in der AfD“ nun im Bundestag vertreten sind. Die Homepage der Vereinigung weist alle drei explizit als ihre Repräsentanten im Hohen Haus aus. Der 53-jährige Münz aus dem bei Göppingen gelegenen kleinen Ort Uhingen ist wie von Storch evangelischer Landeskirchler und im bürgerlichen Leben Abteilungsleiter einer Bank. Als Kirchengemeinderat in Uhingen und Mitglied der Bezirkssynode Göppingen ist er sogar aktiv kirchlich engagiert. Auf dem Münsteraner Katholikentag im Mai 2018 war er Teil eines Podiums, zu dem auch die kirchenpolitischen Sprecher der anderen Bundestagsfraktionen eingeladen waren.

Volker Münz ist ein gutes Beispiel dafür, wie ein konservativer Christ zur AfD kommt. Darüber gibt er selbst bereitwillig Auskunft,¹⁵ so etwa bei einer Podiumsdiskussion, die er im Mai 2017 in Uhingen organisiert hatte und bei der es um die „Christen in der AfD“ ging. Münz moderierte die Veranstaltung. Seine Gesprächspartner waren u. a. Anette Schultner, der Benediktinermönch Augustinus Kaulwell, Klaus-Reiner Latk, ein landeskirchlicher Pfarrer im Ruhestand und ehemaliger Geschäftsführer der Organisation „Märtyrerkirche“, die verfolgte Christen unterstützt, sowie Joachim Kuhs, damals stellvertretender Vorsitzender der „Christen in der AfD“.

Münz betonte in Uhingen, ihm gehe es „wie vielen anderen in der AfD darum, das Christentum zu bewahren“ und „auch politisch weiterzugeben“. Auch beklagte er, dass „unsere Gesellschaft in den Grundfesten verändert“ werde, da „Nation, Volk, Ehe und Familie als Keimzelle der Gesellschaft, Staatsgrenzen, gemeinsame Kultur und gemeinsame Religion“ „scheinbar keine Rolle mehr“ spielen. Dabei hob er hervor, dass all diese Aspekte jedoch „auf der christlich-abendländischen Kultur und damit ganz wesentlich auf dem Christentum“ gegründet seien. Überdies äußerte er sich kritisch über die „starke muslimische Zuwanderung“ und ergänzte, dass diese zwar nicht nur, aber eben auch Christen Sorgen bereite. Vor diesem Hintergrund sei er, so Münz weiter, wie viele andere „auf der Suche nach einer neuen konservativen Kraft“ gewesen, „nach einer Partei, die für die Werte einsteht, die Grundlagen unserer Kultur“.

Münz ist nicht ganz einfach einzuordnen. Hört man ihm zu, so wirkt er eher wie ein gemäßigter AfDler. Jedoch zählte er im Frühjahr 2015 zu den Unterzeichnern der maßgeblich von dem neurechten Verleger Götz Kubitschek geprägten „Erfurter Resolution“, mit der sich Björn Höcke und der bis Ende März 2018 amtierende sachsen-anhaltinische AfD-Vorsitzende André Poggenburg gegen den um Mäßigung der Partei bemühten Bernd Lucke gerichtet hatten. Die „Erfurter Resolution“ war in klar neurechtem Duktus verfasst und bezeichnete die AfD u. a. als „Widerstandsbewegung gegen die weitere Aushöhlung

¹⁵ Ein Mitschnitt der Aussagen von Volker Münz liegen der Verfasserin vor.

der Souveränität und der Identität Deutschlands“¹⁶. Allerdings, so hört man es jedenfalls auch von gemäßigten AfD-Mitgliedern, haben damals viele die Resolution aus purer Unzufriedenheit mit dem Führungsstil von Bernd Lucke unterschrieben, ohne zugleich große Sympathien für Höcke zu hegen. So oder so: Von einer Fundamentalkritik an Höcke sieht Volker Münz jedenfalls ab. Wie viele andere in der AfD neigt er inzwischen eher zur Beschwichtigung. Höckes innerparteilicher Einfluss ist längst so groß, dass es kaum noch AfD-Funktionäre gibt, die sich offen gegen ihn stellen. So verlor Münz etwa bei der Veranstaltung in Uhingen kein Wort zu den völkisch-rechtsradikalen Ausfällen von Parteivertretern wie Björn Höcke. Allerdings distanzierte er sich ungeachtet seiner eigenen Kritik der Flüchtlingspolitik der Bundesregierung Anfang 2018 gegenüber dem Kölner „Domradio“¹⁷ von einem Tweet Beatrix von Storchs, in dem diese von „barbarischen, muslimischen, gruppenvergewaltigenden Männerhorden“ gesprochen hatte, und sagte: „Also, ich hätte das so nicht getweetet. Ich bin ja selbst nicht für scharfe Äußerungen bekannt und finde, wir sollten uns da zügeln.“ Anlass für von Storchs Tweet war der Umstand, dass sich die Kölner Polizei anlässlich ihres Einsatzes in der Silvesternacht 2017/18 auf Twitter in diversen Sprachen, darunter Arabisch, an die Öffentlichkeit gerichtet hatte, um Eskalationen zu verhindern. Von Storch gehört zwar nicht zum Höcke-Flügel, fällt aber oft durch eigene schrille Töne auf.

Ende Februar 2018 erschien in der katholischen Wochenzeitung „Die Tagespost“ ein Interview mit Volker Münz.¹⁸ Auf die Frage, welche roten Linien die Partei aus seiner Sicht nicht überschreiten dürfe, antwortete er: „Ein solcher Punkt wäre sicherlich Antisemitismus. Ein anderer ist Rassismus. Ich verstehe mich als konservativ. Ich bin nicht radikal, sondern setze auf Entwicklung.“ Daraufhin hakte der Interviewer Sebastian Sasse nach und fragte, wie Münz „dann die Aussagen von Björn Höcke etwa über Afrikaner und zum Holocaust-Mahnmal“ bewerte oder was er zu den Äußerungen von André Poggenburg am „politischen Aschermittwoch“ der AfD in Sachsen sage. Dort hatte Poggenburg Mitglieder der Türkischen Gemeinde in Deutschland wegen deren Kritik an dem durch CDU/CSU und SPD geplanten neuen Heimatministerium als „Kümmelhändler“ und „Kameltreiber“ bezeichnet. Sasse fügte hinzu: „Sind da nicht längst Grenzen zum Radikalismus überschritten worden? Die ehemalige Vorsitzende der ‚Christen in der AfD‘, Anette Schultner, ist wegen solcher Entwicklungen vor kurzem aus der Partei ausgetreten?“ Münz’ Antwort ist vielsagend, weshalb sie hier in Gänze wiedergegeben ist:

„Ich missbillige das, was Höcke gesagt hat. Aber trotzdem ist aus meiner Sicht Höcke kein Antisemit oder Rassist. Auch Wolfgang Gedeon, dessen Position ich ebenfalls nicht teile, ist aus meiner Sicht ein Israel-Kritiker, aber kein Antisemit. Mit Anette

¹⁶ <https://www.derfluegel.de/erfurter-resolution>.

¹⁷ <https://www.domradio.de/themen/fluechtlingshilfe-und-integration/2018-01-10/afd-politiker-muenz-sieht-seine-partei-christlich-aufgestellt>.

¹⁸ <https://www.die-tagespost.de/politik/pl/Wir-muessen-uns-zuhoeren;art315,186170>.

Schultner war ich eng verbunden. Ich teile ihre Einschätzung nicht und glaube, dass ihr Austritt andere Gründe hatte. Sie hat damals in der NRW-Landtagsfraktion unter Marcus Pretzell gearbeitet und unterstützt jetzt ihn und Frauke Petry.“

Auffällig daran ist, dass Münz' Verteidigung von Höcke und Gedeon etwas länger als die abstrakt gehaltene Missbilligung ihrer Äußerungen ausfällt. Auch erwähnt er mit keinem Wort, dass es in den jeweiligen Debatten weniger um die Personen als um bestimmte einzelne Äußerungen von Höcke und Gedeon ging. Und da war die Einordnung nun einmal ziemlich eindeutig. Nachdem Höcke im November 2015 im sachsen-anhaltinischen Schnellroda seinen berüchtigten Vortrag zum Reproduktionsverhalten von Afrikanern und Europäern gehalten hatte, schrieb die Redakteurin Friederike Haupt in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ Folgendes:

„Afrikanern hatte er die von Biologen so genannte r-Strategie zugeordnet. Europäer folgten nach Höcke der K-Strategie. In der englischsprachigen Wikipedia wird diese ‚r/K selection theory‘ mit zwei Fotos illustriert, die wir hier zeigen. Ratten repräsentieren demnach die r-Strategie, Wale die K-Strategie. Höckes Aussage war weithin als biologischer Rassismus bewertet worden.“¹⁹

Auch was Anette Schultner betrifft, macht Münz sich einen schlanken Fuß, indem er ihr de facto persönliche Motive unterstellt, obwohl Schultner ihren Austritt ganz eindeutig mit der aus ihrer Sicht nicht mehr aufzuhaltenden Radikalisierung innerhalb der Partei begründet hatte. Hinzu kommt, dass – wie eingangs angerissen – einen Monat zuvor auch Hubertus von Below, damals Beisitzer im Bundesvorstand der „Christen in der AfD“, die Partei verlassen hatte, weil er sich von radikalen Mitgliedern „nicht fertigmachen lassen“ wolle.²⁰ Auch das hat Münz offenbar nicht weiter beeindruckt. Tatsächlich bestehen keine Zweifel daran, dass Schultner die fortschreitende Radikalisierung innerhalb der AfD nicht mehr mittragen wollte. Das führte sie etwa in einem Interview mit dem „Tagesspiegel“ kurz nach ihrem Rückzug im Oktober 2017 aus.²¹

Rund zwei Monate vorher, im August 2017, war ebenfalls aufgrund von Recherchen für die Fernsehsendung „Wahre Christen oder böse Hetzer? Spaltet die AfD die Kirchen?“ publik geworden, dass Hardi Schumny, der Finanzvorstand der „Christen in der AfD“, 2009 der NPD im Saarland 40 Euro gespendet hatte. Zur großen Frustration von Anette Schultner blieben sowohl eine Empörung als auch eine Distanzierung der „Christen in der AfD“ von Schumny angesichts dieses Umstands aus. Für Schultner war damit endgültig der Zeitpunkt zum Handeln gekommen, wie sie wenig später in dem Interview mit dem „Tagesspiegel“ deutlich machte. Zwar sei sie „zu diesem Zeitpunkt ohnehin

¹⁹ <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/bjoern-hoecke-hat-die-afd-in-der-hand-13975594.html>.

²⁰ <http://www.idea.de/politik/detail/zaesur-anette-schultner-verlaesst-die-afd-102809.html>.

²¹ Tagesspiegel vom 17.10.2017 (siehe in diesem EZW-Text S. 116 – 119).

schon recht weit beim Gedanken des Gehens“ gewesen, jedoch habe es sie „dann aber noch mal sehr befremdet, wie die Spende von Parteikollegen verharmlost wurde“. Wie diese Verharmlosung aussah, beschreibt Schultner wie folgt:

„Nachdem ich in einer schriftlichen Erklärung klargemacht habe, dass ich diese Spende für völlig inakzeptabel halte, bekam ich eine Reihe Mails und Telefonate. [...] Da warf mir einer zum Beispiel vor, meine Haltung sei verzerrt, denn die NPD habe diesem Land lange nicht so sehr geschadet wie die CDU. Aus einem unserer Regionalverbände kam dann noch eine solidarische Unterschriftenliste für den Spender, in der es aber keinerlei kritische Einordnung zum Vorgang oder zur NPD gab. Da war das Maß voll und für mich klar: Ich vertrete nicht das und will es nicht vertreten, was offenbar mancher bisheriger Mitstreiter vertritt.“²²

Es sagt viel über die „Christen in der AfD“ aus, dass sich niemand Schultner angeschlossen hat. Selbst die Gemäßigten halten entweder an der Illusion fest, das Ruder noch herumreißen zu können, oder gehen wie so viele andere in der AfD Kompromisse ein, weil gegen die Radikalen inzwischen nichts mehr zu gewinnen ist. Der „Welt“-Journalist Matthias Kamann skizzierte im Februar 2018 treffend, wie der Zustand der AfD insoweit längst ist:

„Gewiss, keineswegs alle AfD-Politiker sind rechtsradikal. Aber wenn sie sich nicht so äußern und gebärden, dann haben sie keine Chance, es in der Partei zu etwas zu bringen oder sich auch nur auf ihrem Posten zu halten. Und diejenigen, die sich solcher Äußerungen einigermaßen konsequent enthalten, nämlich die verbliebenen Moderaten von der Alternativen Mitte, bilden ein kümmerliches Trüppchen ohne jede Bremskraft gegen die Rechtsdrift.“²³

Auch sonst lässt Münz es an eindeutigen Grenzen vermissen. Anders ist jedenfalls nicht zu erklären, warum er ausgerechnet den Theologen Thomas Wawerka auf sein Uhinger Podium eingeladen hatte. Wawerka war bis August 2016 als Pfarrer auf Probe der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens angestellt. In den regulären Pfarrdienst wurde er indes nicht übernommen. Das Wochenmagazin „Zeit“ berichtete, dass dabei auch Leserkommentare von ihm im Internet eine Rolle gespielt haben, u. a. zur Flüchtlingspolitik. Diese Kommentare hatte er unter Texte des Online-Auftritts der Zeitschrift „Sezession“ von Götz Kubitschek gesetzt. Der „Zeit“ zufolge enthielten Wawerkas Kommentare „meist sorgfältig formulierte Gedanken“, jedoch seien „hier und dort“ auch

²² Zitat aus dem Tagespiegel in diesem EZW-Text S. 116f.

²³ <https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus173748069/Die-AfD-ist-eine-rechte-eine-radikale-Partei.html>.

„knappe Zeilen in einem anderen Ton“ zu sehen, der „ruppig, zornig“ sei.²⁴ So sei es beispielsweise um „Deutschlandabschaffer“ und die „verrottete“ Republik gegangen. Inzwischen ist Thomas Wawerka selbst Autor der „Sezession“. Zudem trat er Ende 2016 auf dem Berliner Breitscheidplatz auf, als die AfD nach dem islamistischen Anschlag auf dem Weihnachtsmarkt u. a. in Gegenwart von Björn Höcke eine Mahnwache vor dem Kanzleramt abhielt. Zu dieser hatten auch die Identitäre Bewegung und die neurechte Organisation „Ein Prozent“ (einprozent.de) aufgerufen.

Schaut man sich mit Ulrich Oehme den dritten Bundestagsabgeordneten der AfD an, so wirkt Münz allerdings in der Tat noch relativ gemäßigt. Denn Oehme zeigt überhaupt keine Berührungängste gegenüber Björn Höcke. Im Gegenteil: Er teilte am 3. Oktober 2017 auf Facebook einen Beitrag des Thüringer Fraktionsvorsitzenden, der die „Notwendigkeit politischer Gelassenheit“ zum Thema hatte.²⁵ Und auch seine Sympathie für die Pegida-Bewegung zeigte Oehme im selben Monat offen, als er dieser wie folgt zu ihrem dritten Jahrestag gratulierte: „3. Pegida Geburtstag. Voller Platz, gute Redebeiträge nachdem der Ton da war. War wie immer ein grandioses Erlebnis.“²⁶ Vor seiner Zeit bei der AfD hat Oehme sich schon in der rechten, islamfeindlichen Kleinpartei „Die Freiheit“ engagiert.

8 Joachim Kuhs und die „Verzweckung“ der Abtreibungsfrage für „einheimische“ Bevölkerungspolitik

Neben Volker Münz spielt, wie schon angedeutet, das baden-württembergische AfD-Mitglied Joachim Kuhs eine zentrale Rolle bei den „Christen in der AfD“. Zwar ist er sowohl mit seiner Kandidatur für den baden-württembergischen Landtag als auch mit der für den Bundestag gescheitert, jedoch verfügt er neben seinem Vorsitz bei den „Christen in der AfD“ über einflussreiche Ämter innerhalb der Partei. Im Landesvorstand der AfD Baden-Württemberg ist er als Beisitzer vertreten. Und auf Bundesebene bekleidet er, wie oben erwähnt, mittlerweile die Position des Schriftführers. Er ist als Referatsleiter beim Staatlichen Rechnungsprüfungsamt Freiburg tätig und Vater von zehn Kindern, von denen nach Anhaben des SWR fünf ebenfalls AfD-Mitglieder sind. Auch seine Ehefrau gehört der Partei an.

Wie viele andere strenggläubige Christen ist auch der 61-jährige Kuhs über die Abtreibungsproblematik zur AfD gekommen. Bei der Veranstaltung von Volker Münz in

²⁴ <http://www.zeit.de/2016/51/evangelische-kirche-pfarrer-afd-entlassung>.

²⁵ https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=681649695365200&id=100005605277622&pnref=story.

²⁶ <https://www.facebook.com/100005605277622/videos/688808994649270>.

Uhingen²⁷ berichtete er davon, dass für ihn die Teilnahme an einem „Marsch für das Leben“ im Jahre 2013 und die dortigen Erfahrungen mit feindseligen Gegendemonstranten ein Schlüsselerlebnis gewesen seien. Danach habe er sich politisch engagieren wollen, vom konservativen „Berliner Kreis“, einer Gruppierung innerhalb der CDU, aber keine Antwort erhalten. Am AfD-Programm sei ihm positiv aufgefallen, dass dieses „besonders Familien fördern und unterstützen wolle“. Genau das, so Kuhs an dem Abend, habe er „schon lange gesucht“.

Bei Kuhs fällt immer wieder auf, wie enthusiastisch er sowohl über das AfD-Grundsatzprogramm als auch über das Programm der Partei zur Bundestagswahl spricht. In Uhingen bezeichnete er beide als „größten Schatz“ der AfD. Dabei hob er insbesondere hervor, dass vor allem das Grundsatzprogramm mit seinem Fokus auf der Menschenwürde christliche Wurzeln habe. In einem wenige Tage später, also ebenfalls im Mai 2017 ausgestrahlten ZDF-Interview meinte Kuhs gar, dass „Christen die AfD wählen sollten, weil sie eben ein christliches Programm hat“. Sie vertrete einfach nur „ganz entschieden“ diejenigen „christlichen Positionen, für die vor 20, 30 Jahren die CDU eingetreten“ sei.²⁸ Erstaunliche Aussagen angesichts des Umstands, dass Alexander Gauland schon 2016 gegenüber der „Zeit“-Beilage „Christ & Welt“ klargestellt hatte: „Wir sind keine christliche Partei. Wir sind eine deutsche Partei, die sich bemüht, deutsche Interessen wahrzunehmen.“ Die AfD verteidige nicht das Christentum, „sondern das traditionelle Lebensgefühl in Deutschland, das traditionelle Heimatgefühl“.²⁹

Laut Kuhs ist in der AfD „nichts verrutscht oder nach rechts gerutscht, wie da viele sagen“³⁰. Wirklich nicht? Bei Kuhs lohnt sich ein näherer Blick. Was zunächst einmal wie eine klassisch-konservative christliche Haltung in Sachen Abtreibung klingt, geht tatsächlich viel weiter. Aufschluss darüber gibt Thomas Leifs oben angesprochene SWR-Dokumentation, für die er Kuhs zu Hause besucht hat.³¹ Unter anderem ist darin im Hause Kuhs zu sehen: das Buch „Deutsche Geschichte für junge Leser“, das der wohl wichtigste neurechte deutsche Vordenker der letzten drei Jahrzehnte, Karlheinz Weißmann, 2016 im Verlag der „Jungen Freiheit“ veröffentlicht hat. Wieder einmal zeigt sich also, wie sehr Publikationen aus dem Umfeld der Neuen Rechten in rechtskonservativen christlichen Haushalten verbreitet sind.

Leif, dessen Stimme und Kommentare in der Doku aus dem Off erklingen, betont, dass Familienpolitik „für Kuhs und die AfD vor allem Bevölkerungspolitik“ sei. „Das deutsche Staatsvolk“ solle „erhalten bleiben“. Weiter erfährt man, dass Kuhs das AfD-Programm

²⁷ S. o., Mitschnitt liegt der Verfasserin vor.

²⁸ <https://www.zdf.de/joachim-kuhs-afd-hat-christliches-programm-100.html>.

²⁹ Alexander Gauland in einem Streitgespräch mit Thomas Sternberg, dem Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, erschienen in einer Sondernummer der ZEIT-Beilage Christ & Welt zum 100. Deutschen Katholikentag (Mai 2016).

³⁰ <https://www.zdf.de/joachim-kuhs-afd-hat-christliches-programm-100.html>.

³¹ <http://www.ardmediathek.de/tv/Wahre-Christen-oder-b%C3%B6se-Hetzer/Wahre-Christen-oder-böse-Hetzer/SWR-Fernsehen/Video?bcastId=45946660&documentId=45946712>.

insoweit mitgeprägt habe. Leif zitiert aus dem Unterkapitel „Mehr Kinder statt Masseneinwanderung“ Folgendes: „Vielmehr muss mittels einer aktivierenden Familienpolitik eine höhere Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung als mittel- und langfristig einzig tragbare Lösung erreicht werden.“ Treffend kommentiert der SWR-Reporter: „Der AfD geht es also um eine bevölkerungspolitische Verzweckung der Familie, die dem christlichen Verständnis von Familie und Lebensschutz widerspricht, so führende Sozialethiker.“ Nicht einmal vor dem Thema Abtreibung macht die AfD insoweit halt. Zwar spricht sich die Partei in ihrem Grundsatzprogramm allgemein für eine „Kultur des Lebens“ aus und verurteilt „alle Versuche, Abtreibungen zu bagatellisieren“. Jedoch erwähnt sie im Zusammenhang mit der „aktivierenden Familienpolitik“ zugunsten einer „höhere[n] Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung“ aber nun einmal auch die „jährlich rund 100.000 Abtreibungen nach der Beratungsregel“.³² Eine solche Instrumentalisierung des Abtreibungsthemas für die Stärkung der „einheimischen Bevölkerung“ verbietet sich indes für Christen, da vor Gott jeder Mensch gleich viel wert ist.

Mittlerweile sind die Äußerungen Kuhs' radikaler geworden, fügen sich aber in das, was in der zitierten Passage des AfD-Grundsatzprogramms schon angelegt ist. Als er sich für den Posten des Schriftführers Anfang Dezember 2017 auf dem Hannoveraner Parteitag bewarb, sagte Kuhs, Deutschland werde „infiltriert von fremden Kulturen“³³. Dieses Thema ist auch bei anderen AfD-Christen offenbar en vogue, wenngleich nicht alle so weit gehen wie Kuhs. So gab der Freiburger Wirtschaftsinformatiker Bernd Laub, ebenfalls Mitglied der „Christen in der AfD“ und Unterstützer der evangelikalen „Freien Christlichen Schule Freiburg“, bei einem Vortrag zum Thema „Ist die AfD für Christen wählbar?“³⁴ bei der „AfD Westlicher Enzkreis“ zum Thema „Einwanderung, Integration und Asyl“ die folgende Devise explizit als christlich aus: „Keine ‚schnelle‘ Vermischung verschiedener Kulturen“. Das begründete er so: „Auch das finden wir im Alten Testament immer wieder, dass Gott davor warnt, dass Kulturen zu schnell vermischt werden. Zu groß ist die Gefahr von Bürgerkriegen.“ Und die Ablehnung der doppelten Staatsbürgerschaft ist für Laub deshalb biblisch, weil man nicht „zwei Herren dienen“ könne. Auch betonte er, die AfD sei „dagegen, die Geschichte Deutschlands auf zwölf Jahre zu verkürzen“. Von einem Christen wünscht man sich deutlich mehr Sensibilität bei diesem Thema.

Zurück zum Abtreibungsthema: Die „Christen in der AfD“ selbst verbinden dieses auf ihrer Homepage nicht mit Ausführungen zur „einheimischen Bevölkerungspolitik“, sondern sprechen etwa davon, wie „bedrückend [...] das immer geringere Unrechtsempfinden bei einer Tötung“ sei, „das mit der aktuellen (de facto) Fristenlösung einher-

³² https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/01/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf.

³³ <https://www.welt.de/politik/deutschland/article171214643/Mit-diesem-Sound-zementiert-die-AfD-ihren-Rechtskurs.html>.

³⁴ Ein Mitschnitt des Vortrags liegt der Verfasserin vor.

geht“. Die „derzeitige Situation wollen“ sie daher „so nicht akzeptieren“. Allerdings müsse „[j]ede Änderung der politischen Rahmenbedingungen [...] darauf abzielen, die werdende Mutter zur Austragung ihres Kindes zu ermuntern, wobei ihr bereits vom Zeitpunkt der Feststellung einer Schwangerschaft alle erforderlichen Hilfestellungen zukommen müssen“.³⁵

Mit genau dieser Sichtweise ist die Gruppe der „Christen in der AfD“ für gläubige Menschen attraktiv, bei denen das Abtreibungsthema hoch rangiert. Auch erklären sich daraus Allianzen zum Lebensschutzmilieu innerhalb der Unionsparteien. So schrieb Martina Kempf, sowohl Mitglied des Bundesvorstands der „Christen in der AfD“ als auch Mitglied einer Pfingstgemeinde, schon 2015 in einem Leserbrief, dass die unionsinternen „Christdemokraten für das Leben“ in Baden-Württemberg „in enger Zusammenarbeit“ mit AfD-Christen durch „eine gemeinsam organisierte Demonstration in Stuttgart“ die „Schließung der landesgrößten Abtreibungsklinik erreicht“ haben.³⁶

Ähnlich wie Volker Münz gibt sich auch Joachim Kuhs keine große Mühe, die Beweggründe von Anette Schultner für ihren Austritt aus der AfD zu verstehen. Vielmehr sagte er lapidar gegenüber dem katholischen Sender „domradio.de“, dass er diese „nicht nachvollziehen“ könne. Er könne nicht erkennen, „dass die Aussagen einzelner, weniger Vertreter der AfD im Wahlkampf zu einer Radikalisierung der Gesamtpartei geführt haben“. Folglich habe die AfD auch „ihr christliches Gesicht“ nicht verloren.³⁷ Wie diametral die AfD-Programmatik und das christliche Menschenbild in Wirklichkeit auseinanderliegen, verdeutlichte der konservative, aber eben nicht rechte Autor Stefan Rochow im März 2017 in der katholischen „Tagespost“. In seinem Artikel führte er namentlich drei Merkmale der Partei aus, „die aus christlicher Sicht eine grundsätzliche Kritik verdienen: eine ideologische Überhöhung der Nation, das Schüren von Ressentiments gegen Minderheiten, hier insbesondere gegen Fremde und Muslime, und ein Antiuniversalismus, der vor allem in den neurechten Zirkeln der Partei gepflegt wird“³⁸. Kuhs fehlt dafür offenbar die Sensibilität. Seine eigene Radikalisierung war mit dem Hannoveraner Parteitag übrigens keineswegs beendet. Im Januar 2017 teilte er auf seiner Facebook-Seite einen Eintrag des umstrittenen Pastors Jakob Tscharncke von der Evangelischen Freikirche Rietlingen, der mit der Pegida-Bewegung sympathisiert und 2015 selbst als Redner bei einer Veranstaltung der AfD Tübingen aufgetreten ist.³⁹ Kuhs leitete sein Posting wie folgt ein: „Mal eine etwas andere Predigt. Möge sie unsere Augen öffnen und unsere Herzen zubereiten, damit wir den Willen Gottes erkennen und tun

³⁵ <http://www.chrafd.de/index.php/grundsatzzerklaerung>.

³⁶ Leserbrief an die katholische Wochenzeitung „Die Tagespost“ im Dezember 2015.

³⁷ <https://www.domradio.de/themen/kirche-und-politik/2017-10-20/joachim-kuhs-leitet-kommissarisch-christen-der-afd>.

³⁸ <https://www.die-tagespost.de/politik/pl/Contra-Keine-Alternative-fuer-Christen;art315,177194>.

³⁹ Vgl. <https://www.tagblatt.de/Nachrichten/Der-fundamentalistische-Pfarrer-Jakob-Tscharnckewar-umjubelter-Gast-der-AfD-in-Talheim--245591.html>.

und den guten Kampf des Glaubens kämpfen!“⁴⁰ Teil von Tscharntkes Predigt waren unter anderem diese Ausführungen über Flüchtlinge:

„Daß diese Goldstücke und Bereicherer längst auch unser Gesundheitswesen bereichern, läßt sich immer weniger verheimlichen. So wurden mittlerweile bei 29 von Frau Merkels Gästen multiresistente Tuberkulosekeime entdeckt. Na Prost, Mahlzeit (<https://www.welt.de/.../Unbekannter-Erreger-Multiresistente-T...>)! Als ich das gelesen habe, dachte ich automatisch an die Endzeitrede Jesu in Matthäus 24 und von den Seuchen, die dann auftreten werden. Von Merkel und Co. werden sie offenbar reichlich eingeladen und eingeflogen. Vom Bösen getriebene Menschen schaffen die Endzeitplagen anscheinend mehr oder weniger im Alleingang. Sie brauchen das Gerichtshandeln Gottes gar nicht. ‚Wir schaffen das‘ auch ohne Gott!“⁴¹

Auch hoffte Tscharntkes in der Predigt darauf, „daß der lebendige Gott die stärkt und segnet, die nicht nur gegen den Zuwanderungswahnsinn und Islamisierung, sondern auch Gender, gegen die Frühsexualisierung unserer Kinder und gegen Abtreibung sind“. Außerdem rief er Gott an, unter anderem so:

„Im Jahre 1683 verteidigte sich die Christenheit gegen die damaligen Invasoren, die Türken. Vor der Schlacht am Kahlen Berg in Wien predigte der Kapuziner Marco d’Aviano und sprach dabei ein Gebet. In dieses Gebet können wir auch heute mit den nötigen gedanklichen Übertragungen und Anpassungen an die heutige Situation einstimmen: O großer Gott der Heere, blicke auf uns, die wir uns Deiner Majestät zu Füßen werfen, um Vergebung unserer Sünden zu erleben. Wir haben Deinen Zorn verdient, und mit Recht haben die Feinde ihre Waffen erhoben, uns zu vernichten. Großer Gott, wir bitten Dich aus innerstem Herzen um Vergebung und verabscheuen unsere Sünde [...]. Hab Erbarmen mit uns, hab Erbarmen mit deiner Christenheit, welche die Ungläubigen mit Wut und Gewalt auslöschen wollen. Es ist zwar unsere Schuld, daß dieses schöne christliche Land überfallen wurde; und die Übel, die uns nun bedrängen, sind verschuldet durch unsere Bosheit. Doch sei uns gnädig, guter Gott, und vergiß nicht das Werk Deiner Hände! [...] Du allein hast die Macht, den Sieg und den Triumph zu geben und zu verweigern, wann es Dir gefällt! So strecke ich meine Hände aus wie Mose, um Deine Soldaten zu segnen: Sei du ihr Halt, gib ihnen Deine Kraft zur Vernichtung Deiner und unserer Feinde! Deinem Namen sei Ehre! Amen.“⁴²

⁴⁰ <https://www.facebook.com/jhkuhs/posts/10210712101903532?pnref=story>.

⁴¹ Ebd.

⁴² Ebd.

Wie gesagt: alles begeistert geteilt von Joachim Kuhs, dem neben Volker Münz einflussreichsten „Christen in der AfD“.

9 Weitere Programmatik der „Christen in der AfD“

Die „Grundsatzserklärung“ der „Christen in der AfD“⁴³ fällt im Vergleich zum Grundsatzprogramm, aber auch zu den Wahlprogrammen der Mutterpartei recht knapp aus. Über die Abtreibungsproblematik hinaus beschäftigt sie sich auch mit weiteren Elementen des Lebensschutzes, namentlich der Kritik an der Präimplantationsdiagnostik (PID) sowie der Sterbehilfe. In der Präimplantationsdiagnostik sehen die AfD-Christen einen „Eignungstest“, bei dem sich das ungeborene Kind „den Wunschvorstellungen der Eltern zu stellen hat“, womit die „Büchse der Pandora“ geöffnet sei. „Die dringend notwendige Diskussion der ethischen Folgen der PID“ sei „bisher nicht geführt worden“. Auch „behinderte Kinder“ hätten ein „Existenzrecht“. Dass die Diskussion bisher nicht geführt worden sei, ist zwar maßlos übertrieben, ansonsten entspricht die skeptische Grundhaltung jedoch durchaus einem christlichen Ansatz und ist daher für sich genommen kein Ausweis rechten Gedankenguts. Gleiches gilt für die Ansicht, dass auch im Sterbeprozess das „menschliche Leben nicht zur Disposition“ stehe.

Problematisch hingegen ist das, was die „Christen in der AfD“ zum Verhältnis zwischen Demokratie und sittlichen Werten, womit die eigenen gemeint sind, zu sagen haben. Dieses Thema ist ihnen offenbar so wichtig, dass die „Grundsatzserklärung“ damit beginnt. Zu lesen ist dort Folgendes:

„In einer freiheitlichen und säkularen Demokratie verhält sich der Staat gegenüber den religiösen Ansichten seiner Bürger weitgehend neutral. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die religiösen Ansichten und das religiöse Leben seiner Bürger letztlich bedeutungslos sind. Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall. In einem oftmals zitierten Ausspruch des Staatsrechtlers Ernst-Wolfgang Böckenförde heißt es: ‚Der freiheitliche säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann‘ (‚Böckenförde-Diktum‘). Das Regelwerk der demokratischen Grundordnung ist also lediglich ‚technischer‘ Art und soll durch seine gesetzliche Verankerung sicherstellen, dass der in Wahlen zum Ausdruck gekommene Mehrheitswillen der Bevölkerung sich in Gesetzen und Verordnungen niederschlagen kann. Damit ist nichts über die sittliche Qualität demokratischer Entscheidungen gesagt. Insofern ist in der Demokratie weniger das technische Regelwerk entscheidend, nach dem Entscheidungen

⁴³ <http://www.chrafd.de/index.php/grundsatzserklaerung>.

getroffen werden, sondern vielmehr das sittliche Fundament, auf dessen Grundlage die Bürger ihre Entscheidungen treffen. Ohne dieses sittliche Fundament kann auch eine Demokratie unmittelbar in die Barbarei führen.“⁴⁴

Das klingt so, als wollten die „Christen in der AfD“ demokratische Mehrheitsentscheidungen unter einen Sittlichkeitsvorbehalt stellen. Das Grundgesetz derart zu einem reinen technischen Regelwerk herabzuwürdigen, geht an seinem Inhalt, wie er etwa in den Grundrechten zum Ausdruck kommt, jedoch vorbei, auch wenn diese natürlich durch die entsprechende Auslegung durch das Bundesverfassungsgericht mit Leben gefüllt werden müssen. Man muss zwar nicht jede Mehrheitsentscheidung inhaltlich teilen, gerade in grundlegenden Fragen etwa im Bereich der Bioethik nicht. Aber das macht die Verfassung nicht zu einem rein „technischen Regelwerk“.

Es kommt hinzu, dass hier wie nicht selten die Böckenförde-Doktrin falsch verstanden wird. Der Politikwissenschaftler Jan-Werner Müller hat in einem 2017 in der „NZZ“ publizierten Essay eingehend erläutert, wie der „Katholik Böckenförde“ mit seiner 1977 geprägten Doktrin „an seine Glaubensbrüder und -schwestern appellieren [wollte], sich auf das Risiko der modernen Demokratie einzulassen“. Damals nämlich hätten viele Bischöfe „Vorbehalte gegen die junge Demokratie im Allgemeinen und Teile des Grundgesetzes im Besonderen“ gehabt, etwa weil es den „Katholiken [...] nicht gelungen“ sei, „das ‚Elternrecht‘ zu verankern, wodurch die Bekenntnisschule als Regelschule beibehalten worden wäre“.⁴⁵ Böckenförde wollte also gerade hervorheben, dass das Grundgesetz kein Ausdruck nur der Wert- und Sittlichkeitsvorstellungen einer bestimmten Bevölkerungsgruppe – hier der naturrechtlichen der Katholiken – ist, sondern dass „die Demokratie als ein politisches System, das auf Freiheit und Gleichheit basiere“, ein „strukturell ‚offenes‘ Ethos brauche und damit der Diskussion sowie der Erprobung ganz verschiedener Ideen und Interessen Platz biete“.⁴⁶ Insofern stellt sich die Böckenförde-Doktrin gewissermaßen als das Gegenteil eines grundgesetzlichen Sittlichkeitsvorbehalts nach den Vorstellungen von AfD-Christen dar.

Darüber hinaus beklagen die „Christen in der AfD“ in ihrer Grundsatzerklärung⁴⁷ die „Verdunstung“ des Glaubenswissens (Benedikt XVI.), was „nichts weniger als die Grundlagen unseres Staatswesens und unserer Zivilisation [gefährdet]“. Ihnen sei es „ein Anliegen“, mit ihrer „politischen Tätigkeit dieser bedrohlichen Entwicklung entgegenzutreten“. Dabei sei ihnen „[a]ls politisch aktive Bürger [...] das individuelle Bekenntnis zum christlichen Glauben [...] mit am wichtigsten“. Die „gegenseitige Stärkung im Glauben“ wird insoweit als ein zentrales Anliegen ausgemacht.

⁴⁴ Ebd.

⁴⁵ <https://www.nzz.ch/feuilleton/das-boeckenfoerde-diktum-was-haelt-demokratien-zusammen-ld.1312681>.

⁴⁶ Ebd.

⁴⁷ <http://www.chrafd.de/index.php/grundsatzerklaerung>.

Des Weiteren wird wie oft auch in anderen konservativen Milieus die Ehe als „natürliche Gemeinschaft zwischen Mann und Frau“ definiert, während man „Versuchen entgegen[tritt], die Bezeichnung ‚Ehe‘ oder ‚Familie‘ aus ideologischen Gründen umzudeuten, um damit andere Formen des Zusammenlebens gleichzustellen“. Der Begriff „ideologische Gründe“ ist sehr hart, ansonsten aber ist die Ablehnung der „Ehe für gleichgeschlechtliche Paare“ ebenfalls nicht per se rechts und wie die Lebensschutzthematik einer der Gründe, warum sich viele ehemals klassisch konservative Christen zur AfD hin orientieren, auch wenn die Mehrheit der Unionsbundestagsabgeordneten bei der Abstimmung über die „Ehe für alle“ im Sommer 2017 dagegen votiert hat. Darüber hinaus spricht sich die Grundsatzerklärung der AfD-Christen dafür aus, dass Kleinkinder in den ersten drei Jahren vorzugsweise zu Hause, vor allem von der Mutter, erzogen werden sollten, während Kindertagesstätten ausdrücklich nur als „Ersatzlösung“ bezeichnet werden.

Weitere in der Grundsatzerklärung formulierte Anliegen sind die Stärkung des konfessionellen Religionsunterrichts in allen Bundesländern und der Hinweis auf die „Lage der Christen in den islamisch geprägten Staaten des Nahen Ostens“. Zwar ist die Sorge um verfolgte Christen berechtigt, jedoch geht sie in dem Papier der AfD-Christen schnell in eine allgemeine, einseitige Islamkritik über. So wird behauptet, dass „die Auseinandersetzung mit dem Islam in Deutschland von einer Mischung aus Wunschdenken und Naivität geprägt“ sei. Es sei jedoch „nicht einsehbar, dass der Islam, sollte er zu weiterem politischem Einfluss in Deutschland gelangen, sich gegenüber religiös Andersdenkenden anders verhalten sollte als in seinen Stammländern“. Darüber müsse „endlich eine freie und vorurteilslose Diskussion möglich sein, bei der keinerlei Denk- und Sprechverbote angebracht sind“. Eine seltsame Vorstellung angesichts der Tatsache, dass in Deutschland nun wahrlich keine Anzeichen für eine Unterdrückung Andersgläubiger durch den Islam vorhanden sind. Wieder maßvoller wird es, wenn die Rede auf die EU-Mitgliedschaft der Türkei kommt. Diese lehnen die AfD-Christen – wie viele andere auch – ab, da „dort die Menschenrechte und die Glaubensfreiheiten nicht uneingeschränkt gewährleistet sind“. Das ist fraglos richtig.

Fragwürdig hingegen ist das, was die AfD am Ende ihrer Grundsatzerklärung unter dem Stichwort „Zuletzt ist uns der Schutz des christlichen Glaubensbekenntnisses ein besonderes Anliegen“ thematisiert. Dort nämlich steht Folgendes:

„Derzeit sind unter dem Deckmantel der ‚Freiheit der Kunst‘ in einem Maße Beleidigungen und Schmähungen möglich, wie sie für andere Glaubensbekenntnisse zu Recht undenkbar wären. Wir sehen hier die dringende Notwendigkeit einer klaren gesetzlichen Regelung zum Schutz des religiösen Befindens der christlichen Mehrheitsbevölkerung.“

Seltsamerweise erwähnt die AfD nicht, dass der Kunstfreiheit in Deutschland durch §166 StGB (Störung des öffentlichen Friedens durch Religionsbeschimpfung) sehr wohl Grenzen gesetzt sind. Vor allem aber besteht eine erhebliche Diskrepanz zu dem Ansatz, den das Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl 2017⁴⁸ in puncto Kunstfreiheit und Muslime vertritt. Dort findet sich dieser Passus:

„Staatliches Recht steht im säkularen Staat über religiösen Geboten und Traditionen. Islamkritik, auch religiöse Satire (und Karikaturen), sind im Rahmen der allgemeinen Gesetze rechtmäßig. Sie sind Ausfluss des Grundrechts der freien Meinungsäußerung und der Kunstfreiheit.“

Das liest sich regelrecht diametral zu der Forderung, welche die „Christen in der AfD“ in puncto Kunstfreiheit und Christen postulieren.

Zudem fällt auf, wie die AfD auch anderweitig Einfluss auf die Kunstfreiheit nehmen möchte. Im Abschnitt „Bekenntnis zur Kulturhoheit der Länder – keine ‚politisch korrekte‘ Kunst und Kultur“ im Bundestagswahlprogramm heißt es:

„Die AfD bekennt sich zur Kulturhoheit der Bundesländer. Kulturelle Förderprogramme des Bundes und der EU, die an ideologische Zielvorgaben gekoppelt sind, wollen wir durch Förderlinien ersetzen, die der Bewahrung des kulturellen Erbes oder dessen würdiger Fortschreibung dienen. Für ‚politisch korrekte‘ Kunst und Kultur darf es keine staatlichen Anreize geben.“

Auch hier zeigt sich also, welcher illiberaler Geist in der AfD herrscht. Zu diesem, und so schließt sich der Kreis, passt letztlich auch der Sittlichkeitsvorbehalt, den die AfD-Christen gegenüber dem von ihnen als „technisches Regelwerk“ bezeichneten Grundgesetz aufstellen.

Für die Landeskirchen wird der Umgang mit AfD-nahen Christen in den eigenen Reihen nicht einfach sein. Gleichwohl gibt es zum individuellen Dialog mit ihnen keine Alternative, will man vermeiden, dass sich ihr oben skizziertes Gedankengut weiter verfestigt. Hier ist viel Geduld gefragt. Man wird sich die Mühe machen müssen, Punkt für Punkt aufzuzeigen, wo ihre Haltungen nicht mehr mit einem christlichen Menschenbild kompatibel sind und wo sie die hart erkämpfte liberale Gesellschaftsordnung infrage stellen, die es übrigens, das sei abschließend betont, gerade auch strenggläubigen Christen ermöglicht, ihr Leben nach ihren eigenen Vorstellungen zu leben.

⁴⁸ https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/06/2017-06-01_AfD-Bundestagswahlprogramm_Onlinefassung.pdf.

Weiterführende Literatur

- Bednarz, Liane: Die Angstprediger. Wie rechte Christen Gesellschaft und Kirchen unterwandern, München 2018
- Malessa, Andreas: Als Christ die AfD unterstützen? Ein Plädoyer für ..., Moers 2017
- Orth, Stefan/Resing, Volker: AfD, Pegida & Co. Angriff auf die Religion?, Freiburg i. Br./Basel/Wien 2017
- Thielmann, Wolfgang (Hg.): Alternative für Christen? Die AfD und ihr gespaltenes Verhältnis zur Religion, Neukirchen-Vluyn 2017

Ulrich H. J. Körtner

Kirchen und Rechtspopulismus in Deutschland und Österreich¹

1 Kirchliche Reaktionen auf die Bundestagswahl 2017

Vertreter der evangelischen wie der katholischen Kirche in Deutschland haben erwartungsgemäß entsetzt auf den Wahlerfolg der AfD (Alternative für Deutschland) bei der Bundestagswahl 2017 reagiert, die in mehreren Ländern noch besser als im Bund abgeschnitten hat und in Sachsen überhaupt die stärkste Kraft wurde. Obwohl Angela Merkel und die große Koalition im Ganzen vor allem wegen ihrer Flüchtlingspolitik abgestraft wurden, ist die Kanzlerin der Ansicht, ihre Politik sei richtig gewesen, und auch im Wahlkampf habe sie im Großen und Ganzen nichts falsch gemacht. Wie sie haben auch die Kirchen das Wahlergebnis offenbar nicht richtig verstanden. Statt nur ihre Abscheu gegenüber der AfD zu bekunden, sollten sich die Kirchen selbstkritisch fragen, was sie möglicherweise zum Wahlerfolg dieser unappetitlichen Partei beigetragen haben, indem sie Merkels Politik vehement unterstützt und moralisch überhöht haben. Inzwischen entwickelt sich die AfD immer mehr zu einer rechtsextremen Partei, wie die Vorgänge rund um den Mord in Chemnitz Ende August 2018, die anschließenden Proteste und ihre Bewertung durch AfD-Vertreter gezeigt haben. Der AfD-Vorsitzende Alexander Gauland hat zur „friedlichen Revolution“ aufgerufen, mit dem Ziel, das politische System in der Bundesrepublik zu stürzen, und AfD-Politiker wie der Fraktionsvorsitzende der AfD im Thüringer Landtag Björn Höcke sind in Chemnitz Seite an Seite mit Vertretern der fremdenfeindlichen Pegida marschiert.

Die evangelischen Kirchen zitieren gern den Satz des früheren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, die Kirchen wollten zwar nicht selbst Politik machen, wohl aber Politik möglich machen. In der Flüchtlings- und Migrationspolitik vertreten sie in ökumenischem Schulterschluss zur römisch-katholischen Kirche einen moralischen Kosmopolitismus, der in letzter Konsequenz auf eine Politik der offenen Grenzen und die moralische Infragestellung des Rechtes eines Staates und seiner Bürger hinausläuft, Migration überhaupt zu begrenzen, weil die Rechtfertigungsgründe, um Menschen den Status eines Flüchtlings einzuräumen, immer weiter ausgedehnt werden. Arnold

¹ Erstveröffentlichung in: Amt und Gemeinde 67 (2017), 318 – 332. Für die vorliegende Veröffentlichung wurde der Text aktualisiert.

Gehlen hat diese Form der Überdehnung eines Ethos der Nächstenliebe als Hypermoral bezeichnet.²

Nun kann man eine solche Position ja durchaus vertreten. Das tun übrigens keineswegs nur Kirchenvertreter und andere Christenmenschen, sondern auch säkulare Philosophen und Politikwissenschaftler wie der in Toronto lehrende Politologe Joseph H. Caren. Es gibt freilich auch gute Gegengründe, wie sie besonders prominent der amerikanische Philosoph Michael Walzer vertritt, neuerdings auch der Oxforder Philosoph David Miller oder der Kieler Philosoph Konrad Ott.³ Die Kirchen haben jedoch den Eindruck erweckt, als ob die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin nicht etwa nur aus politischen, sondern auch aus moralischen Gründen alternativlos sei, und dafür theologische Begründungen geliefert, deren Stichhaltigkeit sich durchaus hinterfragen lässt.

Nicht selbst Politik machen, aber Politik möglich machen: Zivilgesellschaftlich tragen die Kirchen, die Kirchengemeinden und die Diakonie viel zur Versorgung und Integration von geflüchteten Menschen bei. Ihre zumeist gesinnungsethischen Positionen aber sind ein Teil des Problems und nicht etwa die Lösung. Selbstkritische und nachdenkliche Worte, wie sie der Wiener Erzbischof Kardinal Schönborn zum Jahresende 2016 sprach, suchte man bei den deutschen Kirchen vergeblich, übrigens auch bei den evangelischen Kirchen in Österreich. Schönborn gestand ein Umdenken in der Flüchtlingsfrage ein, habe ihn selbst doch die anfängliche Hilfsbereitschaft angesichts der großen Zahl an Flüchtlingen irgendwann überfordert.

Im Umgang mit der AfD haben die Kirchen in Deutschland einen zweiseitigen Kurs eingeschlagen. Zwar hat es nicht an besonnenen Stimmen gefehlt, die zur differenzierten Auseinandersetzung mit Funktionären und Anhängern der Partei aufgefordert haben. Auf dem Katholikentag 2016 wurde das Gespräch jedoch noch verweigert. Anders der Katholikentag 2018, anders auch der Deutsche Evangelische Kirchentag 2017. Berlins Bischof Markus Dröge diskutierte dort mit der AfD-Vertreterin Anette Schultner und legte gekonnt die Schwächen und Widersprüchlichkeiten ihrer Positionen bloß. Nach der Bundestagswahl hat er sich für eine harte, aber faire Auseinandersetzung mit der AfD ausgesprochen.

Es ist durchaus christlich geboten, gegenüber fremdenfeindlichen, rassistischen und demokratiefeindlichen Positionen im Wahlprogramm oder von Parteifunktionären klare Kante zu zeigen. Reflexhafte Aktionen „gegen Rechts“ wie die Kölner Initiative „Unser Kreuz hat keine Haken“, mit denen Parteimitglieder und Sympathisanten unterschiedslos als verkappte oder offene Nazis denunziert wurden, waren in dieser Pauschalität jedoch unsachlich und politisch kontraproduktiv. Auch mit dem Rassismusvorwurf sollte sorgsam umgegangen werden. Er wird bisweilen gezielt in denunziatorischer Absicht

² Vgl. Arnold Gehlen: *Moral und Hypermoral. Eine pluralistische Ethik*, hg. von Karl-Siegbert Rehberg, Frankfurt a. M. 192004.

³ Vgl. Konrad Ott: *Zuwanderung und Moral*, Stuttgart 2016.

eingesetzt, um sich einer differenzierten Auseinandersetzung in politischen Sachfragen zu entziehen und sich gegen Kritik an der eigenen Position zu immunisieren.

2 Der Aufstieg von AfD und FPÖ

Tatsächlich hat sich die AfD von einer ursprünglich EU-kritischen zu einer nationalistischen, rechtspopulistischen Partei entwickelt, die in Teilen rechtsextrem ist und von der sich die Kirchen aus guten Gründen distanzieren. Es besteht aber die Gefahr, dass die gemäßigten politischen Kräfte wie auch die Kirchen in Deutschland dieselben Fehler wiederholen, die in Österreich begangen wurden und die dort zum Aufstieg der FPÖ (Freiheitliche Partei Österreichs) geführt haben, die inzwischen eine feste Größe ist.

Bei einer großen Zahl von AfD-Wählern handelt es sich um Protestwähler, die keineswegs der Parteiideologie ungeteilt zustimmen. Wie man aber an der Erfolgsgeschichte der FPÖ sehen kann, können Protestwähler im Laufe der Zeit zu Stammwählern werden. Man sollte sich in Deutschland auch nicht damit beruhigen, dass die AfD nur wenig kompetentes Personal vorzuweisen hat. Das galt – ohne die genannten Parteien auf eine Stufe stellen zu wollen – auch für die Grünen oder die Linken in ihrer Anfangszeit. Dem „dritten Lager“ in Österreich haben selbst wiederholte Spaltungen bis heute nichts anhaben können. Auf die Selbstzerstörungskräfte des rechten politischen Spektrums zu setzen, ohne die eigene Politik zu überdenken, könnte sich als fataler Fehler erweisen. Die Entfremdung zwischen der etablierten politischen Klasse und Teilen der Bevölkerung ist auch nicht nur die Folge von Kommunikationsproblemen, sondern sie resultiert auch aus Konflikten über politische Inhalte.

Auch wenn die AfD in hohem Maße von Kirchenfernen gewählt worden ist, hat sie doch auch unter treuen Kirchenmitgliedern beider Konfessionen ein Wählerreservoir. Untersuchungen zeigen, dass die Volksparteien CDU, CSU und SPD bei Kirchenmitgliedern Verluste zu verzeichnen haben.⁴ Zwar schneiden alle drei Parteien immer noch relativ gut ab, wobei evangelische Wähler die SPD stärker als katholische Wähler favorisieren. Während aber unter Katholiken die FDP mit 11 % vor der AfD (9 %) auf dem dritten Platz rangiert, liegen AfD und FDP bei evangelischen Wählern mit jeweils 11 % gleichauf. Manches deutet darauf hin, dass der Einsatz der AfD für den Schutz ungeborenen Lebens und die Ablehnung von „Gender Mainstreaming“ oder „Frühsexualisierung“ durch den Sexualkundeunterricht wichtige Gründe sind. Solche Wähler

⁴ Vgl. [http://www.die-tagespost.de/politik/So-haben-Christen-gewaeholt;art315,182014,27.9.2017](http://www.die-tagespost.de/politik/So-haben-Christen-gewaeahlt;art315,182014,27.9.2017) (Abruf der in diesem Beitrag angegebenen Internetseiten: 4.10.2017).

fühlen sich zunehmend fremd nicht nur im eigenen Land, sondern auch in der eigenen Kirche, die sich scheinbar für alle Randgruppen und Lebensformen stark macht, nicht aber mehr für das eigene, als christlich verstandene Ehe- und Familienmodell. Ähnlich dürfte übriges der Befund für FPÖ-Wähler in Österreich aussehen.

Die Grünen finden bei 10 % der Protestanten und 8 % der Katholiken Zustimmung, „die Linke“ bei 7 % der Protestanten und 5 % der Katholiken. Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Parteien am linken und am rechten Rand des politischen Spektrums bei evangelischen wie katholischen Kirchenmitgliedern deutlich schlechter als bei Konfessionslosen abgeschnitten haben. Von ihnen haben 17 % für die AfD und 16 % für „die Linke“ gestimmt.

Die Regierungsbeteiligung der rechtspopulistischen FPÖ im Jahr 2000, die bis heute einen verharmlosenden Umgang mit dem Nationalsozialismus pflegt und selbst Politiker mit rechtsextremen Anschauungen in ihren Reihen duldet, hat seinerzeit die Grundsatfrage aufgeworfen, wie man generell den Rechtspopulismus in Europa wirksam in seine Schranken weisen kann. Die evangelischen Kirchen in Österreich fühlten sich besonders herausgefordert, ist doch der Anteil an evangelischen Kirchenmitgliedern unter FPÖ-Wählern und -Funktionären mancherorts traditionell relativ hoch. Ihre Vorgängerpartei – der „Verband der Unabhängigen“ (VdU) – entstand nach dem Zweiten Weltkrieg nicht nur als Sammelbecken ehemaliger Nationalsozialisten, sondern auch als Auffangbecken für deutschnationale Kräfte. In der 1956 aus dem VdU hervorgegangenen FPÖ gibt es noch immer einen deutschnationalen und nationalliberalen Flügel, der für sich das Erbe der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848 und ihres nationalliberalen Gedankenguts reklamiert.

Die Gründe für den rasanten Aufstieg der FPÖ unter Jörg Haider und auch für ihre jüngsten Wahlerfolge liegen zu einem nicht geringen Teil in der Erstarrung des politischen Systems in Österreich nach 1945, nicht etwa darin, dass alle FPÖ-Wähler Nazis wären. Die gegen Österreich nach Bildung der schwarz-blauen Regierung unter Wolfgang Schüssel im Jahr 2000 von den übrigen EU-Staaten verhängten Sanktionen sollten den europaweit aufstrebenden Rechtspopulismus eindämmen und bewirkten doch eher das Gegenteil. Schüssel wollte die FPÖ gerade durch ihre Regierungsbeteiligung entzaubern, was teilweise, wenngleich auch nur vorübergehend, gelang. Die vom ehemaligen Bundeskanzler Franz Vranitzky ausgegebene SPÖ-Doktrin, niemals eine Koalition mit Haider oder Heinz Straches FPÖ einzugehen, hat sich im Laufe der Jahre abgenutzt. Sie ist vor der Nationalratswahl 2017 faktisch aufgegeben worden, auch wenn nun die ÖVP mit der FPÖ eine Koalition eingegangen ist. Klassische SPÖ-Wähler sind längst zu FPÖ-Wählern geworden, und im Burgenland regiert inzwischen die SPÖ in einer Koalition mit der FPÖ.

In Skandinavien liegen die Dinge ähnlich. In allen Ländern des Nordens, in denen rechtspopulistische Parteien sitzen, konnten sie ihren Stimmenanteil nicht nur halten, sondern sogar erhöhen.

Gern preist sich die FPÖ damit an, sie sei „natürlicher Partner der christlichen Kirchen“. Das ist zu bestreiten. Ein wehrhaftes Christentum à la FPÖ, das vor Antisemitismus und islamfeindlichen Parolen nicht zurückschreckt, widerspricht nach Geist und Buchstaben der neutestamentlichen Botschaft des Evangeliums. So gewiss die Auseinandersetzung mit politischem Extremismus auch auf einer moralischen Ebene geführt werden muss, so wenig können moralische Entrüstung, Menschenketten und Lichtermeere realpolitische Strategien ersetzen. Es wird dazu nötig sein, sich auf den unterschiedlichen Politikfeldern Punkt für Punkt mit der AfD auseinanderzusetzen und sie zu fordern. Eine Partei, die zum Beispiel nach eigenem Bekunden kein Rentenkonzept vorzuweisen hat, kann sich doch nicht im Ernst als politische Alternative für Deutschland aufspielen.

Der Ökumenische Rat der Kirchen in Österreich hat zur Nationalratswahl Fragen zur politischen Verantwortung veröffentlicht, die sich nicht gegen eine bestimmte Partei richteten, sondern den Zweck verfolgten, „das Gewissen zu schärfen, die eigene Meinung verantwortungsvoll zu prüfen und zu begründen und darüber freimütig mit anderen ins Gespräch zu kommen“⁵. Statt mit Pauschalverurteilungen der FPÖ haben sich Vertreter der evangelischen Kirchen in Österreich in den vergangenen Jahren anlassbezogen zu Wort gemeldet, wenn die Partei offen fremdenfeindliche Parolen verkündete oder christliche Symbole auf durchsichtige Weise für fremdenfeindliche Zwecke missbrauchte. Die Gratwanderung besteht freilich darin, die Kritik so anzubringen, dass sie nicht zur unbezahlten Wahlwerbung für die Rechtspopulisten wird, weil Skandalisierung und moralische Entrüstung für Schlagzeilen und die Mobilisierung der eigenen Anhänger sorgt. Nun haben die evangelischen Kirchen in Österreich wie in Deutschland deutliche Kritik an der Schließung der Balkanroute, die ganz wesentlich auf die Initiativen der österreichischen Bundesregierung zurückging, oder an der gesetzlichen Festlegung eines Richtwerts („Obergrenze“) geübt, wie sie auch die CSU in Bayern fordert. Solche Kritik wird freilich nicht schon allein damit ausreichend begründet, dass man dies als Übernahme „rechter“ Positionen brandmarkt. Die politische Herausforderung für die etablierten Parteien besteht darin, jene Wähler, die sie an den rechten oder linken Rand verloren haben, für eine gemäßigte Politik zurückzugewinnen. Ohne Korrekturen der eigenen Politik wird das jedoch kaum gelingen.

Bloße Ausgrenzung und Ächtung werden auch die AfD weiter stärken. Beschwörungsformeln wie die des rheinischen Präses Manfred Rekowski, man brauche jetzt eine „Koalition für ein offenes, soziales und gerechtes Deutschland, in dem Nächstenliebe und Mitmenschlichkeit mehr zählen als Ausgrenzung und Angstmache“⁶, lesen sich als unverdrossenes „Weiter so“, das Sorgen bereitet, und zwar sowohl was die Zukunft der Kirche als auch diejenige des Landes betrifft. Derartige Appelle sind zweifellos gut

⁵ <http://www.oekumene.at/site/erklarungen/article/1810.html>.

⁶ Zit. in <https://www.domradio.de/themen/kirche-und-politik/2017-09-24/religionsvertreter-zur-bundestagswahl>.

gemeint, aber auch dazu geeignet, die politische Polarisierung in Deutschland und die Entfremdung zwischen den Menschen in Westdeutschland und denen in Ostdeutschland, die sich zunehmend unverstanden fühlen, zu vertiefen.

Die AfD ist beileibe nicht nur ein ostdeutsches Problem, auch wenn sie bei der Bundestagswahl in den ostdeutschen Bundesländern deutlich höhere Gewinne als in Westdeutschland zu verzeichnen hatte. Inzwischen ist sie in 14 der 16 Landtage vertreten, darunter sind acht westdeutsche Bundesländer und Berlin. 2016 erzielte die AfD in Baden-Württemberg 15,1 % und damit deutlich mehr als bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus im selben Jahr (14,2 %) oder 2014 in Thüringen (10,6 %).

Die Wahlerfolge der AfD werden gern – ähnlich wie bei der FPÖ – mit Abstiegsängsten einkommensschwacher Schichten erklärt. Die beiden rechtspopulistischen Parteien finden aber auch unter Angehörigen der Mittelschicht und in Akademikerkreisen Anhänger. Ein Vordenker der neuen Rechten ist der Sloterdijk-Schüler Marc Jongen, wissenschaftlicher Mitarbeiter und Dozent an der Hochschule für Gestaltung in Karlsruhe und einer der beiden Landessprecher der AfD in Baden-Württemberg. 2017 wurde er in den Deutschen Bundestag gewählt. Parteivorsitzender der AfD (zusammen mit Alexander Gauland) ist der Wirtschaftswissenschaftler Jörg Meuthen, Professor an der Hochschule Kehl. Es wäre falsch, den Aufstieg der AfD als Resultat ökonomischer Konflikte zu interpretieren. Ginge es nur um mehr Gerechtigkeit in ökonomischer Hinsicht, hätte die SPD mit ihrem Wahlslogan „Zeit für mehr Gerechtigkeit“ wohl kaum eine so krachende Niederlage eingefahren.

3 Multikulturalismus und Identität

Der Konflikt um die künftige deutsche und europäische Migrationspolitik ist nicht nur ein Stellvertreterkrieg für ökonomische Verwerfungen: weiter bestehende Einkommensunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, höhere Arbeitslosigkeit und einen schwachen Mittelstand in Ostdeutschland. Es geht auch nicht nur darum, dass sich einkommensschwächere Schichten im Verteilungskampf um die Ressourcen des Sozialstaats in Konkurrenz zu den 2015/2016 eingewanderten Flüchtlingen und Migranten sehen – ob zu Recht oder nur subjektiv empfunden, sei an dieser Stelle offengelassen. Es handelt sich vielmehr auch um einen kulturellen Konflikt, was sich daran zeigt, dass es keineswegs nur unter Hartz-IV-Empfängern und Menschen mit niedrigem Einkommen oder in prekären Arbeitsverhältnissen, sondern auch in besser situierten Schichten der Gesellschaft Menschen gibt, die sich kulturell marginalisiert fühlen. Begriffe wie Identität, Heimat und Leitkultur stehen für kulturelle Werte, denen ein eigenständiger, von der Ökonomie unabhängiger Wert beigemessen wird.

Im Kern dreht sich der Konflikt um den Politikansatz des Multikulturalismus, heute gern auch Diversitätspolitik genannt. Die Kirchen stehen in diesem Konflikt erkennbar auf der Seite des Multikulturalismus. Nicht nur kulturelle, sondern auch religiöse Vielfalt wird heutzutage in kirchlichen Stellungnahmen als Bereicherung gepriesen. Selbst der Islam, obwohl er als nachchristliche Religion doch ausdrücklich den Wahrheitsanspruch des Christentums bestreitet, wird von kirchlichen Repräsentanten als „Bereicherung Europas“ begrüßt.⁷ Man kann dies als eine Frucht der ökumenischen Bewegung im 20. Jahrhundert und als Konsequenz aus den unseligen Folgen des Nationalismus begreifen, der sich in zwei Weltkriegen entladen hat. Auf unterschiedliche Weise sind Religion und Nation in der Geschichte der verschiedenen christlichen Konfessionen eine enge Verbindung eingegangen. Inzwischen betont nicht nur die römisch-katholische Kirche als Weltkirche ihren transnationalen Charakter, auch wenn es in einem Land wie Polen noch immer eine spezifische Form des Nationalkatholizismus gibt. Auch der europäische Protestantismus hat in den zurückliegenden Jahrzehnten eine Abkehr vom Nationalismus vollzogen. Beispielsweise hat die Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) auf ihrer Vollversammlung in Florenz 2012 ein Wort zur Lage in Europa verabschiedet, das einer Rückkehr zum Nationalismus eine deutliche Absage erteilt. Der Passus lässt freilich auch erkennen, wie schwierig es war, sich auf eine gemeinsame Aussage zu verständigen. Es heißt dort:

„Das Recht auf nationale Selbstbestimmung und auf Wahrung berechtigter nationaler Interessen ist von einem Nationalismus zu unterscheiden, der zu Konkurrenz und Feindschaft zwischen den Völkern und zur Unterdrückung von ethnischen Minderheiten führt. Der europäische Einigungsprozess ist gerade gegen den *Nationalismus* des 19. Jahrhunderts und seine schrecklichen Folgen im 20. Jahrhundert entstanden. Daher sind evangelische Kirchen – die z. T. selber in den Nationalismus tief verstrickt waren – diesem Prozess verbunden und unterstützen ihn.“⁸

Das Dokument verweist an dieser Stelle auf die Studie der GEKE „Kirche – Volk – Staat – Nation“ aus dem Jahr 2001.⁹ Zwischen Nationalismus und dem Recht auf nationale Selbstbestimmung wie auf Wahrung von nationalen Interessen, die man für berechtigt

⁷ Sogar der Ökumenische Patriarch Bartholomaios I. hat sich 2004 in einem Standard-Interview in diesem Sinne geäußert, zugegebenermaßen bevor unter Recep Tayyip Erdoğan die massive Re-Islamisierung der Türkei einsetzte. Vgl. <http://derstandard.at/1702247/Der-Islam-als-Bereicherung-der-Europaeischen-Union>.

⁸ Wort der Vollversammlung zur gegenwärtigen Lage in Europa, 4, <http://www.cpce-assembly.eu/media/pdf/Unterlagen/18-Wort-zur-Lage-DE.pdf>.

⁹ Vgl. Wilhelm Hüffmeier (Hg.): Kirche – Volk – Staat – Nation. Ein Beitrag zu einem schwierigen Verhältnis. Beratungsergebnis der Regionalgruppe der Leuenberger Kirchengemeinschaft Süd- und Südosteuropa (LT 7), Frankfurt a. M. 2002.

halten kann, wird also unterschieden, ohne die Frage zu klären, worin denn solche berechtigten Interessen materialiter bestehen können.

Eine Frage, die in diesem Zusammenhang durch die Globalisierung und die Zunahme von Migration an Schärfe gewinnt, ist die nach dem Verhältnis von kulturellen Mehrheitsrechten und Minderheitenrechten. Der an der Humboldt-Universität zu Berlin lehrende Soziologe und Migrationsforscher Ruud Koopmans identifiziert die Legitimitätskrise von kulturellen Mehrheitsrechten als Faktor, der den Aufstieg des nationalen Populismus in Europa wesentlich begünstigt. Als Folge der seit dem Zweiten Weltkrieg ausgeweiteten Minderheitenschutzbestimmungen ist die Verteidigung der Rechte nationaler Mehrheiten „weitgehend in einen Bereich außerhalb der akzeptierten normativen Ordnung“¹⁰ geraten. Koopmans beschreibt den daraus resultierenden Konflikt folgendermaßen:

„Für die eine Seite haben Mehrheiten keine rechtliche Grundlage, Privilegien ihrer Sprache und Kultur über andere Kulturen zu beanspruchen. Für die andere Seite, und dies ist der populistische Standpunkt, ergibt sich dieses Recht rein aus der demokratischen Legitimation von Mehrheitsentscheidungen.“¹¹

Die heute vorherrschende Interpretation der universellen Menschenrechte und des Antidiskriminierungsprinzips – insbesondere die UN-Definition von Minderheiten durch die Vereinten Nationen – schützt das Verlangen einer Gruppe, deren Minderheitsstatus betont wird, ihre kulturellen Traditionen zu erhalten. Im Unterschied zur UN-Definition indigener Völker wird der Minderheitsstatus aber nicht mit einem besonderen geographischen Territorium in Verbindung gebracht.

„Als Konsequenz ergibt sich daraus, dass sich diese Definition sowohl auf ‚nationale Minderheiten‘ (wie etwa die Schotten), als auch auf ethnische Gruppen (wie etwa die Türken in Deutschland), bezieht.“¹²

Koopmans vertritt in der politisch-philosophischen Diskussion im Anschluss an den kanadischen Philosophen Will Kymlicka eine zwischen Befürwortern und Gegnern des Multikulturalismus vermittelnde Position. Kymlicka argumentiert, dass die Verwurzelung in einer „gesellschaftlichen Kultur“ für die Entwicklung der individuellen Persönlichkeit eine wesentliche Voraussetzung darstellt.¹³ Solche Kulturen, die eine für ihre Mitglieder bedeutungsvolle Lebensweise in allen Lebensbereichen repräsentieren, basieren auf

¹⁰ Ruud Koopmans: *Assimilation oder Multikulturalismus? Bedingungen gelungener Integration* (Migration, Bd. 4), Berlin 2017, 194.

¹¹ Ebd., 195.

¹² Ebd., 202.

¹³ Vgl. Will Kymlicka: *Multicultural Citizenship. A Liberal Theory of Minority Rights*, Oxford 1995.

einer gemeinsamen Sprache und sind meist auch an ein bestimmtes Territorium gebunden. Kymlicka unterscheidet weiters zwischen historisch angestammten nationalen Minderheiten und ethnischen Gruppen, die aus Einwanderung hervorgegangen sind. Koopmans argumentiert nun wie Kymlicka, dass es nicht nur für die Anerkennung von Minderheitenrechten, sondern auch für die Anerkennung von kulturellen Rechten der Mehrheitsgesellschaft vier gute Gründe gebe. Der erste ist das Argument der logischen Konsistenz:

„Wenn Quebecer, Pueblo-Indianer und Friesen kulturelle Rechte fordern können, dann können dies auch Dänen oder Niederländer tun.“¹⁴

Der zweite Grund besteht darin, dass wir uns in puncto Minderheitenschutz nicht mehr in einer Situation wie vor dem Zweiten Weltkrieg und des Kolonialismus befinden.

„Was früher ein normativer Vorteil der kulturellen Mehrheiten war – nämlich, dass sie über ihre ‚eigenen‘ souveränen Nationalstaaten verfügten –, hat sich in eine normative Last verwandelt [...]. Dies ist gut und notwendig, insofern es Minderheiten gegen Unterdrückung durch die Mehrheit schützt, aber es hat den unvorhergesehenen und unerwünschten Effekt, dass die kulturelle Mehrheit in Nationalstaaten nicht länger eine normativ legitime Möglichkeit ist, ihre kulturelle Identität auszudrücken und ihre kulturellen Interessen zu verteidigen.“¹⁵

Der dritte Grund lautet, dass „das Fehlen einer legitimen normativen Basis für die kulturellen Forderungen von Mehrheiten“¹⁶ die öffentliche Debatte vergiftet und polarisiert. Als vierten Grund führt Koopmans an, „dass die Vorstellung, Mehrheitskulturen benötigten keinen besonderen Schutz, in einer globalisierten Welt immer weniger haltbar ist“¹⁷. Wie Kymlicka ist er der Ansicht, dass bei Konflikten zwischen den Ansprüchen einer Mehrheitskultur und einer durch Einwanderung entstandenen ethnischen Gruppe die Forderung der Mehrheitskultur stärker wiegen sollte, „weil sie keinen anderen Ort auf der Erde hat, wo sie in ihrer eigenen gesellschaftlichen Kultur leben kann. Die Minderheitengruppe hat durch Abwanderung freiwillig auf das Recht verzichtet, innerhalb ihrer eigenen gesellschaftlichen Kultur in ihrem Herkunftsland zu leben.“¹⁸ Koopmans plädiert nun allerdings nicht für die einseitige Durchsetzung der Mehrheitskultur, sondern für einen normativen Rahmen, der die kulturellen Rechte sowohl von Minderheiten als auch von Mehrheiten berücksichtigt. Solch ein Rahmen würde nicht nur der

¹⁴ Koopmans: Assimilation oder Multikulturalismus? (s. Fußnote 10), 212.

¹⁵ Ebd., 213.

¹⁶ Ebd.

¹⁷ Ebd., 214.

¹⁸ Ebd., 219.

gesellschaftlichen Realität, sondern auch „dem Gerechtigkeitsempfinden der meisten Menschen“¹⁹ genügen. Innerhalb eines solchen Rahmens bedarf es eines beständigen Aushandlungsprozesses, in dem die normativen Ansprüche der Mehrheiten wie der Minderheiten als legitim anerkannt und berücksichtigt werden.

Rechtspopulistische Parteien, wie es sie inzwischen in ganz Europa gibt, sind freilich an solch einem Aushandlungsprozess nicht interessiert. Sie vertreten eine Politik und Moral des Ressentiments, deren politische Logik dem Schema von Freund und Feind folgt, das der deutsche Staatsrechtler Carl Schmitt, der sich für den Nationalsozialismus engagierte, zum Grundmodell alles Politischen erklärt hat. In der Sprache der modernen Sozialwissenschaften gesprochen folgt die Politik des Rechtspopulismus der scharfen Logik von Inklusion und Exklusion von Einzelnen und ganzen Menschengruppen, die im Extremfall zu rechtlosen Objekten degradiert und auf ihr nacktes Leben reduziert werden, wie es der italienische Philosoph Giorgio Agamben in seinem Hauptwerk „Homo sacer“ beschreibt.²⁰

Die Logik von Inklusion und Exklusion wird auch im Umgang mit politischen Gegnern betrieben, verbunden mit einem demagogischen Missbrauch von Moral als politischer Waffe. Es sind gerade rechtspopulistische Parteien wie FPÖ oder AfD, die sich als Partei der Anständigen und Saubermänner gerieren und politische Auseinandersetzungen zu moralischen erklären, indem politische Gegner als „Verräter“ bezeichnet, Kritiker einer „Schmutzkübelkampagne“ bezichtigt oder Asylsuchende pauschal als Kriminelle diffamiert werden.

Das demokratiepolitische Problem besteht freilich darin, dass auf die rechtspopulistische Exklusionsrhetorik von demokratischen Kräften ihrerseits mit Exklusion reagiert wird. Stehen auf der einen Seite die selbsternannten „anständigen Deutschen“ oder Österreicher, so auf der anderen Seite die „anständigen Demokraten“. Auch sie konstruieren ein Wir, das kollektiv gegen die anderen steht: gegen die „Nazis“²¹, die „Faschisten“, die „Rassisten“, das „Pack“ (Sigmar Gabriel). Widersprüchlich ist diese Haltung jedenfalls dann, wenn Parteien wie die FPÖ oder die AfD nicht verboten sind und daher in den Parlamenten vertreten sein dürfen. Systemtheoretisch betrachtet finden vom politischen Mainstream ausgeschlossene Positionen auf dem Weg populistischer Parteien ihren Weg zurück in das System, das sie freilich ihrerseits auf widersprüchliche Weise für sich nutzen und zugleich bekämpfen wollen.

¹⁹ Ebd., 221.

²⁰ Vgl. Giorgio Agamben: Homo sacer. Die souveräne Macht und das nackte Leben, Frankfurt a. M. 2002.

²¹ Der frühere deutsche Außenminister Joschka Fischer kommentierte das Wahlergebnis der AfD wie folgt: „Die großen Gewinner sind die neuen Nazis von der AfD, und es ist eine Schande für unser Land! Nach 72 Jahren sind sie also wieder zurück in einem nationalen deutschen Parlament“ (Joschka Fischer: Die Zeit nach Merkel hat begonnen, in: Der Standard, 26.9.2017, <http://derstandard.at/2000064810998/Die-Zeit-nach-Angela-Merkel-hat-begonnen>).

4 Politik des Ressentiments

Das Ressentiment begegnet nicht nur auf der rechten Seite des politischen Spektrums. Es bricht sich auch in der Gestalt des „Wutbürgers“ Bahn.²² Wut ist nur ein anderes Wort für offen ausbrechende Ressentiments, die seit jeher die Politik beeinflussen oder von der Politik aktiv geschürt werden.²³ „Ressentiment“ übersetzt man am besten mit „heimlicher Groll“. Es handelt sich also nicht etwa nur um *Vorurteile*, denen allein auf der kognitiven Ebene mit guten Argumenten beizukommen wäre, sondern um negative Einstellungen gegenüber Einzelpersonen, Bevölkerungsgruppen, Völkern, Kulturen oder Institutionen, die mit Gefühlen starker Ablehnung verbunden sind. Auf der individuellen wie auf der kollektiven Ebene verbinden sich Ressentiments mit dem Gefühl, zurückgesetzt zu sein oder ungerecht behandelt zu werden.

Gängige Beispiele für kollektive Ressentiments sind Rassismus und Antisemitismus, Nationalismus, Antiamerikanismus, Antiislamismus oder Homophobie. Bei diesen Begriffen handelt es sich freilich keineswegs um neutrale Beschreibungskategorien, sondern um Termini, die ihrerseits moralisch und affektiv aufgeladen sind und im politischen Diskurs als Kampfbegriffe verwendet werden. Es gibt genügend Beispiele dafür, dass Kritik an der Politik des Staates Israel gegenüber den Palästinensern als Antisemitismus gebrandmarkt wird. Genauso gibt es aber auch Beispiele, dass eine tatsächlich latent oder offen antisemitisch motivierte Israelkritik sich vorab gegen Kritik zu verteidigen versucht, indem man schon im Vorhinein lamentiert, die eigene israelkritische Position werde bestimmt vom politischen Establishment oder vom Staat Israel und seinen Verteidigern als Antisemitismus verunglimpft. Oder es gibt, um ein weiteres Beispiel zu wählen, tatsächlich einen reflexhaften linken Antiamerikanismus, genauso aber die Strategie, Kritik an amerikanischer Politik oder an Entwicklungen in der politischen Kultur der USA pauschal als Antiamerikanismus zu verurteilen.

Ein besonders interessanter Fall ist der Begriff des Antiislamismus und sein schillernder Gebrauch. Oft wird er mit Angst vor dem Islam – Islamophobie genannt – oder Islamfeindschaft gleichgesetzt. Nun lässt sich nicht bestreiten, dass es pauschale Vorurteile gegen Muslime und den Islam als solchen gibt, die sachlich nicht gerechtfertigt sind und dazu führen, dass Muslime gegenüber anderen Menschen zurückgesetzt und ungerecht behandelt werden. Antiislamismus und Islamophobie sind aber von vornherein Kampfbegriffe eines politischen Islam, der die Strategie verfolgt, an ihm geübte Kritik auf die

²² Zum Folgenden vgl. Ulrich H. J. Körtner: Für die Vernunft. Wider Moralisierung und Emotionalisierung in Politik und Kirche, Leipzig 2017, 41 ff.

²³ Vgl. Claus Leggewie: Populisten verstehen. Ein Versuch zur Politik der Gefühle, in: Karl-Rudolf Korte (Hg.): Emotionen und Politik. Begründungen, Konzeptionen und Praxisfelder einer politikwissenschaftlichen Emotionsforschung, Baden-Baden 2015, 139–154, hier 144 ff.

selbe Ebene wie den Antisemitismus zu stellen und sich mit den Opfern des Holocaust auf eine Stufe zu stellen, dabei aber den unter Muslimen und in islamisch geprägten Ländern verbreiteten und staatlich geförderten Antisemitismus geflissentlich auszublenden. Zwischen einer der Aufklärung verpflichteten Kritik am Islam oder bestimmten Spielarten desselben und bloßem Ressentiment wird dabei nicht unterschieden.

Die Antwort auf die unterschiedlichen Spielarten von Rechts- oder Linkspopulismus wie auch von religiös motiviertem Extremismus besteht in einer Politik der Gefühle und des Ressentiments eigener Art. Aufgabe der Politik in einem pluralistischen, demokratischen Staat ist es, gegen Ressentiments vorzugehen, welche die Rechte und die Würde von Menschen verletzen und gefährden und komplexe politische Sachverhalte auf unzulässige Weise vereinfachen. Das ist nicht nur eine Aufgabe der Innen- und der Außenpolitik, sondern auch der Bildungs- und der Medienpolitik. Die Zivilisierung von Emotionen und Gefühlen ist auch eine Aufgabe der Zivilgesellschaft – man denke nur an vorhandenen Rassismus im Sport, etwa im Fußball.

Ressentiments lassen sich freilich nicht einfach durch Werbekampagnen, wie „No to Racism“ im Fußball, oder Demonstrationen „gegen Rechts“ bekämpfen. Es genügt nicht, moralisch unerwünschte Gefühle durch Gegengefühle zu bekämpfen, also beispielsweise offenkundiger Islamfeindlichkeit Bilder von sympathischen syrischen Flüchtlingen entgegenzusetzen, so wenig die Macht der Bilder unterschätzt werden soll. Demokratie lebt aber ganz entscheidend vom vernünftigen Diskurs, vom Austausch der Argumente. Diese Grundlage der modernen Demokratie müssen wir uns neu bewusstmachen. Nicht nur die Macht, sondern auch das Gefühl beugt sich in einer funktionierenden Demokratie dem Argument und nicht umgekehrt das Argument der Macht der Gefühle.

5 Schlussfolgerungen

Um der Herausforderung durch den Rechtspopulismus zu begegnen, halte ich es für notwendig, die Debatte über universelle Menschenrechte, Minderheitenschutz und Mehrheitskulturen in der von Ruud Koopmans beschriebenen Richtung auch in den Kirchen zu führen. In dieser Richtung ist auch die innerkirchliche und theologische Debatte über das schwierige Verhältnis von Kirche, Volk, Staat, Nation und Kultur zu erweitern und zu vertiefen. Die GEKE-Studie „Kirche – Volk – Staat – Nation“ aus dem Jahr 2002 zeigt exemplarisch, dass sich der innerkirchliche Diskurs bisher vor allem auf die Anerkennung und den Schutz von Minderheitenrechten konzentriert hat. Die Aufgabe der „politischen Diakonie“ wird in diesem Dokument weitgehend mit dem Eintreten der Kirchen für die Menschenrechte und ihrem Einsatz für Flüchtlinge und Asylsuchende

gleichgesetzt.²⁴ Ohne diesen Einsatz relativieren zu wollen, halte ich es für notwendig, dass politische Diakonie oder Gesellschaftsdiakonie auch den kulturellen Rechten von Mehrheiten den gebührenden Rang zuerkennt; geleitet von dem aus dem Evangelium folgenden Auftrag, das friedliche Zusammenleben aller Menschen zu fördern.²⁵

Die Fixierung auf das Konstrukt eines kulturell homogenen Nationalstaates halte ich für abwegig. Für ein historisches Fehlurteil halte ich allerdings ebenso die auch in kirchlichen Kreisen anzutreffende Vorstellung, der Nationalstaat habe sich im Grunde schon längst überlebt und gehe ganz im europäischen Einigungsprozess auf. Die Forderung nach „mehr Europa“ als Antwort auf den Rechtspopulismus und auf Autonomiebestrebungen, wie in Katalonien, kann sich auf verhängnisvolle Weise kontraproduktiv auswirken. So berechtigt die Kritik an einem neu aufflammenden Nationalismus in Europa auch ist – die Kirchen sollten Begriffe wie Nation oder Kultur nicht den Falschen überlassen. Was die AfD betrifft, so stehen den Kirchen noch schwere Zeiten bevor, sollte das kirchliche Mainstream-Milieu in Deutschland auf AfD-Wähler nur mit Unverständnis und Abgrenzung reagieren. Gerade die Kirchen sollten das Gespräch mit den Menschen suchen, und zwar nicht etwa nur, um ihnen in der Manier von Besserwissern ihre vermeintlich völlig unbegründeten Ängste auszureden, sondern um ihnen auf Augenhöhe zuzuhören und mit ihnen über ihr Verständnis dessen, was christlich und christlicher Glaube ist, ins Gespräch zu kommen. Es geht nicht nur um Probleme der kulturellen Identität, von Mehrheits- und Minderheitenrechten, sondern auch um theologische Grundfragen im Bereich der Dogmatik.

Aller Rede von Öffentlicher Theologie zum Trotz meine ich, einen gewissen Mangel an Theologie zu beobachten. So erfreulich es ist, dass sich die Kirchen heute als Anwältinnen der Menschenrechte begreifen: „Die Kirche hat nicht Menschenrechte, sondern das Evangelium zu verkündigen“²⁶, wie ihr der evangelische Sozialethiker Martin Honecker ins Stammbuch schreibt. Wenn angesichts des Wahlerfolgs der AfD von kirchenleitenden Persönlichkeiten einmal mehr das Erbe Bonhoeffers, Barmens und der Bekennenden Kirche beschworen wird, sei doch die Frage gestattet, ob denn die heutige politische Situation in Deutschland oder in Österreich mit der NS-Zeit gleichgesetzt werden darf. Der prophetische Gestus ist doch oft nur eine Attitüde besoldeter Amtsträger. Zur Flüchtlings- und Migrationskrise sollte theologisch wohl noch mehr zu sagen sein, als in biblizistischer Manier immer nur das Gleichnis vom Weltgericht Matthäus 25 zu zitieren. Wenn es um den Wandel von Ehe und Familie oder die „Ehe für alle“ geht, sucht man nach gehaltenen theologischen Argumenten weithin vergebens.

²⁴ Vgl. Hüffmeier (Hg.): Kirche – Volk – Staat – Nation (s. Fußnote 9), 68.

²⁵ Die GEKE-Studie hat dies durchaus im Blick wenn sie eine Aufgabe darin sieht, „auch die Minderheiten an ihre Verantwortung für das Gespräch und die gegenseitige Verständigung zu erinnern“ (ebd.).

²⁶ Martin Honecker: Auf der Suche nach Orientierung im Labyrinth der Ethik, Stuttgart 2017, 52.

Zumindest die EKD begnügt sich seit ihrem umstrittenen Familienpapier aus dem Jahr 2013²⁷ damit, Entscheidungen der Politik nachträglich ihren Sanctus zu geben.

Auffällig ist auch, dass sich die Kirchen mit dem politischen Islam längst nicht so entschieden auseinandersetzen wie mit der AfD und dem Rechtspopulismus. Selbst islamische Theologen wie Ednan Aslan in Wien und Mouhanad Khorchide in Münster warnen, dass Gefahren für die europäischen Gesellschaften keineswegs nur von denen ausgehen, die im Namen des Islam Gewalt ausüben, sondern auch von einem politischen Islam, der Extremismus dadurch nährt, dass er die Integration von Muslimen in Europa bekämpft. Den Erfolg der AfD wertet Khorchide als „Quittung dafür, dass die anderen Parteien die notwendige Debatte über den politischen Islam nicht wirklich geführt haben. Alle haben diese den Rechtspopulisten überlassen.“²⁸

Warnungen vor falsch verstandener Toleranz kommen noch immer vom ehemaligen EKD-Ratsvorsitzenden Wolfgang Huber, der die Kirchen auch dazu auffordert, das Evangelium als eigenen Glaubenskern wieder stärker hervorzuheben. Die EKD lässt solche klaren Worte meist vermissen. Auch die evangelischen Kirchen in Österreich üben sich in großer Zurückhaltung, wenn sie nicht überhaupt in der Absicht, für uneingeschränkte Religionsfreiheit und gegen jede Form der Diskriminierung religiöser Minderheiten aufzutreten, de facto die konservativen islamischen Kräfte unterstützen und es möglichst vermeiden, das Problem des politischen Islam anzusprechen. Das an sich richtige Bemühen um ein gutes Zusammenleben mit Muslimen darf jedoch nicht zulasten der theologischen Urteilskraft gehen, wofür die Arbeitshilfe der Evangelischen Kirche im Rheinland „Weggemeinschaft und Zeugnis im Dialog mit Muslimen“ ein trauriges Beispiel ist, weil sie nicht etwa nur berechtigterweise zur Zurückhaltung in der Frage der Mission auffordert, sondern den Missionsauftrag der Kirche praktisch aufgibt und insbesondere der Mission unter Muslimen die Berechtigung abspricht.²⁹

Das von der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD verfasste Impulspapier „Konflikt und Konsens“ vom August 2017³⁰ könnte eine Kurskorrektur in Fragen der politischen Ethik und der innerkirchlichen Debattenkultur einleiten. Sie ist schon

²⁷ Zwischen Autonomie und Angewiesenheit. Familie als verlässliche Gemeinschaft stärken. Eine Orientierungshilfe des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Gütersloh 2013. Siehe dazu Ulrich H. J. Körtner: Hauptsache gerecht. Wie die EKD Familie neu zu denken versucht, in: ZEE 57 (2013), 243 – 248.

²⁸ Mouhanad Khorchide: Warum Sebastian Kurz kein Islamhasser ist, in: Der Standard, 6.10.2017, <http://derstandard.at/2000065500010/Warum-Sebastian-Kurz-kein-Islamhasser-ist>.

²⁹ Vgl. Evangelische Kirche im Rheinland: Weggemeinschaft und Zeugnis im Dialog mit Muslimen. Arbeitshilfe, Düsseldorf 2016. Zur Diskussion siehe die Beiträge in epd-Dokumentation 30, 2016; darin: Ulrich H. J. Körtner: Offenbarung und Verborgenheit Gottes angesichts der Religionen, 15 – 27. Zur Unaufgebbarkeit christlicher Mission siehe Friedmann Eißler/Kai Funkschmidt (Hg.): Missionsverzicht? Mission, interreligiöser Dialog und gesellschaftlicher Frieden (EZW-Texte 248), Berlin 2017.

³⁰ Impulspapier „Konflikt und Konsens“, https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/20170814_konsens_und_konflikt.pdf.

deshalb notwendig, weil das Modell der Konsensdemokratie mit dem Einzug populistischer Parteien in die Parlamente an seine Grenzen stößt. Es genügt nicht mehr, einen Wertekonsens zu beschwören, wenn bislang konsensfähige Werte Gegenstand des politischen Konfliktes werden, weil sich solch ein aufbrechender Wertkonflikt nicht durch die Berufung auf die strittigen Werte unterbinden oder entscheiden lässt. Hier zeigt sich dann auch der polemogene Charakter von Moral, die politische Konflikte keineswegs befriedet, sondern geeignet ist, sie anzuheizen.³¹

Das erwähnte Impulspapier der EKD führt richtigerweise aus, dass der populistische Impuls den politischen Prozess und damit die Demokratie durchaus stärken kann:

„Und zwar insofern, als er die etablierten politischen Kräfte zwingt, ihre eigenen Positionen neu zu schärfen und ‚responsiver‘ zu gestalten, also das Erleben von Beteiligung und Repräsentation zu verstärken. Solche Bestrebungen sind ohne Scheu vor einer intensiveren politischen Auseinandersetzung zu begrüßen. Denn politisch kontroverse Positionen, Parteien oder soziale Gruppierungen aus dem demokratischen Streit auszuschließen, kann durchaus auch im Interesse des Machterhalts derer liegen, die sich für eine solche Grenzziehung einsetzen. Es kann nämlich den eigenen Einfluss stärken, konkurrierenden Standpunkten keine Gelegenheit für die politische Auseinandersetzung zu bieten.“³²

Ob sich diese Linie in der EKD durchsetzen kann, bleibt abzuwarten. Jedoch braucht es nicht nur eine neue politisch-ethische, sondern auch eine neue theologische Streitkultur über den Kern und Grund des christlichen Glaubens, nicht nur in Deutschland, sondern auch bei uns in Österreich.

³¹ Vgl. Niklas Luhmann: Soziologie der Moral, in: ders./Stephan H. Pförtner (Hg.): Theorietechnik und Moral (stw 206), Frankfurt a. M. 1978, 8 – 116, hier 54.

³² Impulspapier (s. Fußnote 30), 24.

Soziologische Aspekte

Armin Nassehi

Fallen der Erzählbarkeit

Wovon sich rechter und linker politischer Protest nährt¹

Gesellschaftliche Gruppen sind heute kaum in analoger Gestalt, sondern fast ausschließlich mit statistischen Mitteln, also: *digitalisiert*, sichtbar zu machen. Das gilt auch für die politische Kommunikation. Sie kann fast nur mit digitalen Mitteln arbeiten, will heißen: Sie muss die Komplexität ihrer Einwirkung auf die Gesellschaft immer deutlicher erklären, auch weil sich politische Konzepte kaum mehr in Paketlösungen anbieten lassen. Politik lebt aber auch von der plakativen, von der analogen, von der unmittelbar lebensweltlich anschlussfähigen Sprache – schon um ihre Funktion zu erfüllen, Kollektivitäten durch Ansprache adressierbar zu machen. Je komplexer die Situation, desto weiter freilich streben die politische und die sachliche Ebene des Politischen auseinander. Was verloren geht, ist die Erzählbarkeit des Politischen.

Die beiden großen Themen der letzten beiden Jahre, die Finanz- und Schuldenkrise einerseits, die Flüchtlingskrise andererseits, sind gute Beispiele dafür. Bei der Finanz- und Schuldenkrise tritt die sachliche Ebene schon deshalb hinter die des Politischen zurück, weil sie sogar Experten kaum erklärbar ist und somit schwer in politische und politikfähige Narration übersetzt werden kann. Das hat zu Abstiegsängsten und Unbehagen gegenüber der Steuerungs- und Handlungsfähigkeit des Staates und der europäischen Institutionen geführt.

Ähnlich hat die Flüchtlingskrise zu einer Situation geführt, die die politische von der sachlichen Ebene entfernt hat. Der Unterschied zur Finanzkrise liegt darin, dass sich hier relativ einfache Chiffren der kulturellen Differenz, der Fremdheitsangst und nicht zuletzt der lebensweltlichen Unmittelbarkeit simulieren lassen. Selbst wenn die Flüchtlingskrise unter sachlichen Gesichtspunkten eher eine logistische Herausforderung ist, wird sie als kulturelle Bedrohung kommunizierbar. Die Erzählbarkeit liegt dann auf der Hand. Erheblich narrationsfähiger als tatsächlich komplexe Sachprobleme – wie die Bereitstellung bzw. der Bau von Wohnraum oder der Umgang damit – ist, dass sich viele Flüchtlinge tatsächlich nicht in dem Maße für Ausbildungsberufe qualifizieren lassen, wie dies als Voraussetzung für die Integration in den Arbeitsmarkt notwendig wäre.

¹ Der Beitrag ist erschienen in: Materialdienst der EZW 79/11 (2016), 405 – 411.

Hier sind komplexe Fragen zu bewältigen, die zum Teil nicht einmal für die politischen Eliten narrationsfähig sind.

1 Politischer Protest von rechts

1.1 Komplexe Welt, einfache Erklärungen

Politische Opposition von außen, also politischer Protest gegen das politische System lebt von solcher Erzählbarkeit und ihrer preisgünstigen Verfügbarkeit. An den derzeit besonders prominenten Formen im rechten Spektrum lässt sich dies besonders gut ablesen. Wenn man es nur an „Pegida“ festmachen wollte, so gelingt es dieser Bewegung und ihren Derivaten, komplexe Zusammenhänge in einfachen Kategorien darzustellen. Fremde, Flüchtlinge, Muslime etc. werden dadurch als Verantwortliche adressierbar, weil sie als Fremde eine Form von Sichtbarkeit aufweisen, die der Gesellschaft sonst verloren gegangen ist. Rechte Orientierungen zeichnen sich dadurch aus, dass sie sich den Menschen nur als Angehörigen einer festen Gruppe vorstellen können. Von Armin Mohler, dem rechten Vordenker des Antiliberalismus, stammt der ebenso böse wie schöne Satz, die Liberalen beurteilten die Menschen danach, was sie sagten, nicht danach, was sie seien.²

Insofern ist politische Kommunikation stets indizierte Kommunikation. Analog dazu, dass etwa die Anpreisung eines Produkts durch einen Firmenvertreter nicht nur einen Sachaspekt hat – das Produkt kann wirklich gut sein –, sondern immer und unvermeidlich auch als Werbekommunikation oder Marketing wahrgenommen wird, enthält die Kommunikation eines Politikers stets neben dem Sachaspekt auch einen politischen Index. Was gesagt wird, wird ebenso unvermeidlich als Statement innerhalb politischer Konkurrenz um Positionen wahrgenommen.

Exakt hier setzt der Populismus an. Er bietet stets einfache Lösungen für komplizierte Probleme an, und er versucht, die Differenz von Staat und Staatsvolk aufzuheben. Nicht umsonst setzt politischer Populismus zumeist an der Kollektivität des Adressaten an, man denke etwa an die „Wahren Finnen“ oder an Marine Le Pens „Front National“, Heinz-Christian Straches Post-Haider-FPÖ oder die „Dansk Folkeparti“ mit traditionell nationalistisch-konservativen Positionen, aber auch an Geert Wilders in den Niederlanden oder die belgischen „Nieuw Vlaamse Alliantie“ von Bart De Wever, an die Wahlerfolge der polnischen PiS im Jahre 2015, an Viktor Orbáns „Fidesz“ und nicht zuletzt an die AfD in Deutschland, die im Herbst 2015 von der Diskussion um die

² Vgl. Mohler: Gegen die Liberalen, Schnellroda ³2013, 9.

Flüchtlingskrise profitiert hat und inzwischen so etwas wie der parlamentarische Arm von Pegida zu werden scheint.

So unterschiedlich diese Bewegungen auch sind, so sehr treffen sie sich in einem Punkt: Sie kommen darin überein, dass das moderne Gemeinwesen jenen Identitätskern verloren habe, den es als Nation, als Schicksalsgemeinschaft einmal hatte. Dies ist eine merkwürdig moderne und antimoderne Haltung zugleich. Antimodern ist sie darin, dass sie nicht mit der Vielfalt, dem Pluralismus und der Komplexität einer modernen Gesellschaft zurechtkommt. Modern ist sie, weil das Modell europäischer Nationalstaaten spätestens seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts darauf gesetzt hat, eine Solidarität unter Fremden zu stiften, deren Zumutung darin bestand, trotz der gesellschaftlichen Komplexität einer sich modernisierenden Gesellschaft eine Gemeinschaft zu sein, die ein gemeinsames Schicksal teilt. Dass die Bewohner europäischer Nationalstaaten ihre unveräußerlichen Rechte als Menschen in Gestalt veräußerlicher Rechte als Bürger eines konkreten Staates genossen, gehört zu den bis heute nicht geheilten Wunden des Modernisierungsprozesses – allen normativen Ideen eines neuen „Kosmopolitismus“ zum Trotz. In diese offene Wunde streut der Rechtspopulismus sein Salz. Was populistische Bewegungen freilich gemeinsam haben, ist ihre Fähigkeit, komplexe gesellschaftliche Probleme auf leicht verständliche und kommunizierbare Nenner zu bringen.

Diese Welt ist in der Tat komplizierter geworden – vor allem dann, wenn sich der immerwährende Traum wachsender Prosperität und steigender Lebensstandards nicht mehr träumen lässt. Konkurrenten um knappe Ressourcen und Lebenschancen haben es immer weniger mit kollektiven, klar identifizierbaren Gegenübern zu tun. Der Konkurrent wird abstrakter und unsichtbarer – unsichtbar unter anderem deswegen, weil die Konkurrenten nur noch in Ausschnitten ihrer Persönlichkeiten miteinander konkurrieren, nicht mehr als Exemplare von eindeutigen Gruppen, Klassen und Milieus. Der Konkurrent um Ausbildung, Arbeit, Wohnung, soziale Sicherheit, sogar um intime Zuneigung und soziale Anerkennung ist letztlich nur noch eine statistisch wahrnehmbare Größe, ein Konglomerat ähnlicher Merkmale. Konkurrenten werden, wie schon erwähnt, digitalisiert – sie treten nicht mehr als analoge pralle Formen auf, nicht mehr als soziale Gruppen, sondern als statistische Gruppen. Damit werden auch Verantwortliche und Schuldige immer weniger adressierbar und identifizierbar. Der Konkurrent wird schlicht unsichtbar. Für Sichtbarkeit sorgt dann der politische Populismus. Er macht Verantwortliche sichtbar und reduziert die Komplexität der Welt auf illegitime Interessen bestimmter Gruppen („gierige“ Manager, „korrupte“ Politiker, „kriminelle“ Nutznießer von Sozialleistungen, „Lügenpresse“ etc.). Populisten machen all das in prallen Bildern erzählbar.

Besonders aber sind Migrationsfolgen für den politischen Populismus lohnende Themen, denn Migranten erzeugen eine doppelte vermeintliche Sichtbarkeit: Einerseits kann man sie aufgrund von Sprache, Aussehen und „Kultur“ wirklich sichtbar machen. Andererseits sind sie sichtbarer Ausdruck für den schlechten Zustand der Gesellschaft.

Gerade am Migrationsthema kann man die Technik des politischen Populismus sehr schön ablesen: Er treibt die politische Kommunikation vor sich her, vergiftet letztlich bestimmte Themen, die in der Öffentlichkeit nicht mehr differenziert diskutiert werden können, weil die einfachen Lösungen auf dem Tisch liegen.

1.2 Intellektualisierung des rechten Diskurses

Es hat sich in der Bundesrepublik inzwischen eine rechte Publizistik etabliert, die weit von den eher unbeholfenen Parolen auf der Straße entfernt ist, ihr aber intellektuell den Rücken deckt. Man kann davon ausgehen, dass diese Publizistik mit Autoren wie Götz Kubitschek, Martin Lichtmesz, Karlheinz Weißmann oder Manfred Kleine-Hartlage³ durchaus ähnlich wie manche linksextreme Unterstützung aus dem Umfeld von Universitäten in den 1970er Jahren für das Umkippen der Studentenproteste den Nährboden dafür bereitstellen, Beschreibungsformeln und zitierbare Sätze zu produzieren, die nicht nur bei Pegida-Reden genutzt werden, sondern auch Blaupausen für AfD-Politiker anbieten.⁴ Womöglich ist diese Intellektualisierung des rechten Diskurses eines der deutlichsten Anzeichen dafür, dass sich diese Denkungsart etabliert und auf Dauer stellt. Solches rechte Denken ist sogar in der Lage, Toleranz und Multikulturalismus zu ermöglichen und zu begründen, wie man es bei dem sehr einflussreichen französischen Publizisten und Philosophen Alain de Benoist nachlesen kann. In seinem Buch „Aufstand der Kulturen“ plädiert er für eine Rehabilitierung der „Verschiedenheit“ als grundlegendes Ordnungsprinzip explizit als Gegenprinzip gegen das Versprechen der Gleichheit, wie es seit der Aufklärung gilt.⁵ Man kann dieses Denken von Benoist und der sogenannten „Identitären Bewegung“ auch als ein Lob der Vielfalt lesen, und zwar in dem Sinne, dass man Vielfalt insofern gutheißt, als es durchaus unterschiedliche Kulturen und Lebensformen geben darf – aber eben nicht vermischt und innerhalb eines Raumes, sondern nebeneinander. Es ist eine partikularistische Toleranz, die unterschiedliche Behälter nebeneinander gutheißt, aber mit möglichst wenig Grenzverkehr. Man kann dann Fremdenfeindlichkeit als Toleranz ausgeben und das Recht an den Boden binden.⁶

³ Vgl. dazu Armin Nassehi: Die letzte Stunde der Wahrheit. Warum rechts und links keine Alternativen mehr sind und Gesellschaft ganz anders beschrieben werden muss, Hamburg 2015, 27ff, 45ff.

⁴ Vgl. dazu Volker Zastrow: Höckes Rassentheorie, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 20.12.2015.

⁵ Alain de Benoist: Aufstand der Kulturen. Europäisches Manifest für das 21. Jahrhundert, Berlin 2003, 128.

⁶ Vgl. dazu ausführlich Nassehi: Die letzte Stunde der Wahrheit (s. Fußnote 3), 26ff.

1.3 Populismus als „Spielverderber“

Das Wirksame am Populismus ist vor allem sein Kommunikationsstil. Er weist das politische System auf die Differenz zwischen staatlichem Handeln und politischer Partizipation hin. Er geriert sich wie der unsympathische Gast auf Familienfeiern, der unausgesprochene Bedingungen des Familienlebens ausspricht. Er kann so tun, als spreche er die Wahrheit, weil er sich als Volkes Stimme stilisieren kann. Er stört politische Kommunikation, weil er die Antagonismen von Regierung und Opposition, von unterschiedlichen politischen Lösungen noch einmal von sich selbst unterscheidet. Er ist ein Spielverderber, weil er das Spiel nicht mitspielt. Aber es ist kein Spiel – und begegnen wird man dem politischen Populismus wohl nur, wenn es im politischen Prozess genug Differenzen und Alternativen gibt, zwischen denen man sich entscheiden kann. Der Satz „Wir sind das Volk“ symbolisiert dann auf geradezu ästhetische Weise, dass diese Art Populismus sich tatsächlich außerhalb der politischen Institutionen verortet.

1.4 „Ohne Arbeit kein Anspruch“

Wenn man die Polemiken und den Hass gegen Flüchtlinge richtig versteht, geht es zumeist gar nicht in erster Linie um kulturelle Differenzen oder Ähnliches.⁷ Das kann man schon daran erkennen, dass man sich vor Islamisierung am meisten dort fürchtet, wo es fast keine Muslime gibt. Das ist ähnlich manisch wie die Furcht vor der Christianisierung des Morgenlandes, die einen Teil der islamistischen Extremisten im Nahen Osten motiviert. Was wohl stärker im Vordergrund steht, ist jene angebliche Privilegierung von Flüchtlingen, die staatliche Leistungen erhalten, ohne etwas dafür zu tun. Es lohnt sich schon, O-Töne der Debatte zu beobachten – und zwar nicht diejenigen diskursgeübter Mittelschichten, sondern O-Töne jener, die weder in der Verständnissemantik geübt sind noch zu den faschistoiden Schlägern und Zündern gehören, die Wohnheime attackieren.

Das normale, kleinbürgerliche Ressentiment ist weniger ein kulturelles, schon weil man es mit der eigenen kulturellen Identifizierbarkeit nicht gar so kunstvoll hinbekommt. Das Ressentiment besteht eher darin, dass man bei den Flüchtlingen einen Mechanismus außer Kraft gesetzt wähnt, der zur ureigenen Selbstbeschreibung gehört: Dass man das, was man besitzt und worüber man verfügen kann, durch eigene Arbeit oder aus Arbeit resultierender Anspruchsberechtigung bezieht. Es ist dieser Mechanismus, der insbesondere in jenen Schichten eine besondere Rolle spielen dürfte, in denen Arbeit

⁷ Vgl. Armin Nassehi: „Die arbeiten nichts“. Eine kleine Polemik gegen den „Wirtschaftsflüchtling“, in: ders./Peter Felixberger (Hg.): Kursbuch 183: Wohin flüchten?, Hamburg 2015, 101 – 110.

weniger Eigensinn hat, als Zweck ist – was sich der mittelschichtorientierte Diskursfähige nicht vorstellen kann.

1.5 Die Diskursfalle

Diese Andeutungen mögen genügen, um die Struktur der rechten *Erzählbarkeit der Welt* auf den Begriff bringen zu können. Rechtes Denken bietet sehr einfache Lösungen an, weil es die Strukturfragen der Sachdimension in einer Gesellschaft verteilter Intelligenzen in die Sozialdimension verschiebt und Personengruppen ausfindig machen kann, die über die Misere der mangelnden Beschreibbarkeit einer komplexen Welt hinweghelfen. Mein Argument kapriziert sich darauf, dass solcherart Denken, das Basis für politischen Protest ist, damit letztlich vor allem ein Beschreibungsproblem zu lösen vermag. Es ermöglicht Sätze mit klaren Kausalitäten, wo andere angesichts komplexer Verhältnisse mit komplexen Aussagen aufwarten. Und nicht zuletzt behauptet es klare Lösungen für die grundlegenden Probleme. Solche Perspektiven stellen eine Diskursfalle dar, denn es handelt sich um Kommunikation, die sich selbst gegen äußere Argumente oder Einwirkungen immunisiert. Jegliche Einwirkung von außen, jegliche Widerlegung, jeglicher Widerspruch stärkt letztlich die eigene Position, weil dadurch bestätigt wird, was die Bewegung zu einfachen Erklärungen nötigt: nämlich die Komplexität der Welt.

2 Politischer Protest von links

Linker politischer Protest folgt ähnlichen Vereinfachungen. Während bei einer rechten politischen Orientierung vor allem die kulturelle und ethnische Homogenität der Gesellschaft im Mittelpunkt steht, lässt sich ein Idealtypus des Linken an der Figur des zentralen Umbaus der Gesellschaft festmachen. Linke politische Semantiken arbeiten gerne mit der Chiffre des Umbaus: Umbau der Lebensweise, Umbau der Arbeitsverhältnisse, sozial-ökologischer Umbau etc.⁸ Die Metapher des Umbaus impliziert, dass die Gesellschaft wie ein Werkstück, wie ein Ganzes, wie ein Objekt verändert werden könnte. Folgerichtig kommt es hier zu einer eklatanten Überschätzung des Politischen. Im Falle des klassischen linken Denkens besteht die Falle der Erzählbarkeit ebenfalls in einer grotesken Form der Simplifizierung der Gesellschaftsbeschreibung. Um ein aktuelles Beispiel zu zitieren: Der britische Philosoph Raymond Geuss schreibt im Jahre

⁸ Siehe nur Ulrich Brand: Post-Neoliberalismus? Aktuelle Konflikte und gegenhegemoniale Strategien, Hamburg 2011; ders.: Das bornierte Streben nach Profit, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27.7.2014.

2015, die „existierenden politischen Systeme“ seien „Herrschaftsinstrumente unserer Wirtschaftseliten“.⁹ Dies ist zugegebenermaßen ein recht willkürlich herausgegriffenes Zitat – aber durchaus typisch für eine Form der Erzählbarkeit, die an die klassische Idee vom Staat als „Büttel der Bourgeoisie“ gemahnt. Ganz ähnlich wie die rechten Vereinfachungen enthalten auch diese Sätze ein Körnchen Wahrheit. Bei den rechten Sätzen ist dieses Körnchen dort, wo man sehen muss, dass die konkrete Lebenspraxis erheblich „rechter“ ist als das universalistische Argumentieren. Universalistische Argumente sind leicht zu kriegen, die Lebenspraxis aber richtet sich in starken Gruppensolidaritäten, in der Präferenzierung des „Eigenen“ und in einem alltäglichen Ressentiment gegen das Unbekannte ein.

Das Wahrheitskörnchen der linken Perspektive liegt darin, dass in der Tat die Machtansprüche und Erwartungszumutungen ökonomischer Akteure in einer globalisierten Gesellschaft den politischen Entscheidungsspielraum oft vermindern. Daraus aber die Konsequenz zu ziehen, die Demokratie sei damit letztlich abgeschafft, ist schlichte Denkfaulheit und populistische Vereinfachung. Also: Es gibt durchaus Probleme bestehender Staaten mit der Macht von Unternehmen und der räumlichen Disparität von staatlichen Einflussphären und ökonomischen Handlungsräumen für ökonomische Global Player. Sie offenbaren ein Steuerungsdefizit.

Das gilt insbesondere für jene Ökonomien, wie sie im Silicon Valley konzentriert sind, die nicht nur über große Summen freien Kapitals verfügen, sondern auch Technologien repräsentieren, die die Lebensverhältnisse der Menschen „regieren“. Hier entstehen völlig neue Relationen zwischen ökonomischer und politischer Macht, die mit den bisherigen Instrumenten kaum zu bewältigen und zu regulieren sind.

Umso mehr wird das Argument zur Karikatur, wenn Geuss ausführt: „Jede Rede von Demokratie steht unter der Kautel, dass demokratische Entscheidungen kapitalgerecht ausfallen.“¹⁰ Was das heißt, muss dann nicht weiter erläutert werden, denn die Ästhetik dieser Aussage und der darin enthaltenen Kausalität steht für sich. Dabei gerät aus dem Blick, dass Disparität aber gerade auf Komplexitätsprobleme verweist, die ich mit der Metapher der verteilten Intelligenz bezeichnet habe. Dass es zu einer starken Ökonomisierung von Semantiken und Denkungsarten kommt und zu einer ökonomischen Machtkonzentration in bestimmten Branchen, ist unbestritten.¹¹ Sie wird aber auf geradezu naive Weise insinuiert, um das Beschreibungs- und Erzählbarkeitsproblem angesichts der Komplexität der Welt zu lösen.

Ich habe an anderer Stelle Kapitalismuskritik dieses Typs als eine Strategie der „Selbstberuhigung“ bezeichnet und argumentiert, dass solche Beschreibungen die Komplexität

⁹ Raymond Geuss: Republik, Markt, Demokratie, in: Jacques de Saint Victor: Die Antipolitischen. Mit einem Kommentar von Raymond Geuss, Hamburg 2015, 97 – 110, hier 103.

¹⁰ Ebd., 105.

¹¹ Vgl. Armin Nassehi: Ökonomisierung als Optionssteigerung. Eine differenzierungstheoretische Perspektive, in: Soziale Welt 63/4 (2012), 403 – 420.

von Optionssteigerungen anderer Funktionen völlig unterschätzen.¹² Auch hier gilt also das Argument: Solcherart Beschreibungen haben den Vorteil, dass sie einfache Kausalitäten und damit Erklärungsmuster anbieten und damit politischen Protest mobilisieren können. Sie haben den Nachteil, dass sich solcherart Diagnosen schon aus Gründen der Ästhetik letztlich dem politischen System bzw. den politischen Institutionen und deren Kommunikationsformen entziehen.

3 Protest als Ausdruck von Vertrauensverlust

Insbesondere politischer Protest des hier angedeuteten Typs etabliert sich als eine Form der Opposition von außen gegen das politische System, nicht als Opposition innerhalb jenes demokratischen Prozesses, der den Mechanismus der Opposition in seine eigene Struktur eingebaut hat. Es ist hier nicht der Ort, eine genaue Typologie dieses Protests vorzunehmen und Tiefenschärfe in der Berücksichtigung unterschiedlicher Formen zu erreichen. Es geht eher um ein strukturelles Argument: Es sind gerade die Fallen der (leichten) Erzählbarkeit solcher Diagnosen, die letztlich politische Strategien, die Energie des Protests in den politischen Prozess zurückzuholen, so schwierig machen. Politische Kommunikation muss auf Überzeugungsmöglichkeiten und Gefolgschaftsangebote setzen. Aber gerade diese Mechanismen sind weniger die Folge als vielmehr die Quelle solcher Protestformen der Opposition von außen. Es ist eine geradezu paradoxe Situation: Die Anschlussfähigkeit der beiden Kommunikationsräume scheint aufgezehrt zu sein, was sich in kleinen linken, bisweilen *autonom* genannten Gruppen, besonders aber in der Pegida-Bewegung zeigt. Dabei handelt es sich nur um die sichtbaren Phänomene eines Trends, der sich empirisch deutlich als ein erheblicher Vertrauensverlust gegenüber den Entscheidungen des politischen Systems und dessen Personals offenbart. Pegida oder extremer linker Protest sind nicht das Entscheidende – und werden womöglich überschätzt. Die linksextremen Gruppen hat es konstant immer gegeben, und Pegida weist sicher auch einen spezifisch ostdeutschen Aspekt auf, der mit biografischen Erfahrungen zu tun hat. Der Dresdner Politikwissenschaftler Hans Vorländer zeigte in einer luziden Analyse, dass der Pegida-Protest durchaus auch eine Folge des ostdeutschen Transformationsprozesses mit seinen biografischen Verunsicherungen ist. Man müsste vielleicht noch anfügen, dass sich auch nach 25 Jahren die Folgen einer ethnisch und kulturell homogenen und immobilien Gesellschaft des damaligen Staatssozialismus widerspiegeln, der nicht nur sein Personal einsperrte, sondern auch Zuzug von außen

¹² Armin Nassehi: Kapitalismuskritik als Selbstberuhigung, in: ZEIT-online vom 7.7.2015, <https://www.l1.sozioologie.uni-muenchen.de/dateien/2015/kapitalismuskritik.pdf> (Abruf: 15.9.2016).

und pluralistische kulturelle Einflüsse weitgehend aussperrte. Wenn hier freilich von einem ostdeutschen Schwerpunkt die Rede ist, so heißt das keineswegs, dass diese Art rechten Protests, rechten Ressentiments und rechter Wählerpotenziale auf die neuen Bundesländer beschränkt wäre. Damit würde man es sich zu leicht machen.

Zugleich betont Vorländer aber, dass Pegida nur ein sichtbarer Ausdruck eines generellen Vertrauensverlustes in die Expertise der politischen Eliten ist, was meine Diagnose bestätigt, dass der Machtkreislauf des politischen Systems letztlich unterbrochen ist.¹³ Gestützt wird diese Diagnose durch den Befund, dass auf Nachfrage nach Motiven der Pegida-Teilnehmer laut einer empirischen Untersuchung von Hans Vorländer und Mitarbeitern 31,2 Prozent der Befragten Vorbehalte gegenüber Zuwanderern und Asylbewerbern angeben, aber für 71,3 Prozent eine generelle Unzufriedenheit mit der Politik und für 34,5 Prozent Kritik an den Medien im Vordergrund steht.¹⁴ Also nicht Pegida und linksautonomer Protest sind das Entscheidende, sondern die allgemeine Gemengelage, in der solche Phänomene wahrscheinlicher werden. Sie sind wohl nur ein Seismograf dafür, dass das politische System bzw. die politischen Akteure sich Gedanken darüber machen müssen, wie der Machtkreislauf des politischen Systems wiederhergestellt werden kann. Dabei geht es nicht nur um die Macht, Entscheidungen durchzusetzen, sondern auch um die Macht über die Köpfe und Diskurse, die spätestens dann verloren ist, wenn die Dinge unverständlich werden (Komplexität!) oder aber der Mechanismus der fehlenden politischen Alternativen geradezu haltlose Komplexität erzeugt. Wenn es zu einer Lösung ein Gegenmodell gibt, erscheint die präferierte Lösung in der Kommunikation sofort plausibler.

In vielen europäischen Ländern ist die Gefahr des Erstarkens insbesondere der rechtspopulistischen Parteien nicht mehr nur eine Zukunftsprognose, sondern bereits Realität. In Frankreich müssen Bürgerliche und Sozialisten womöglich auf Differenzen verzichten, um den „Front National“ zu bekämpfen. Dies ist geradezu ein ästhetisches Symbol für die „Opposition von außen“ und droht bei anhaltenden Wahlerfolgen der AfD womöglich auch hierzulande. Der gemeinsame Kampf gegen die Populisten ist jedoch nicht der einzige Weg. In Ungarn und Polen sind bereits Regierungen im Amt, die semantisch nicht einmal mehr den klassischen demokratischen *comment* pflegen, einige Regierungen sind von der Unterstützung durch rechtspopulistische Parteien abhängig. Die gefährliche Folge ist, dass innerhalb des demokratischen Spektrums dann kaum mehr politische Alternativen mit Rekurs auf die sachliche Komplexität diskutiert werden können, wie das im Falle der Flüchtlingskrise der Fall ist. Auf diese Weise gewinnen die einfachen Narrationen überhand. Erzählbarkeit ist nicht die Lösung, sondern das Problem.¹⁵

¹³ Hans Vorländer: Was ist Pegida und warum?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.10.2015.

¹⁴ Hans Vorländer/Maik Herold/Steven Schäller: Wer geht zu PEGIDA und warum? Eine empirische Untersuchung, Dresden 2015, 59.

¹⁵ Vgl. zum Ganzen ausführlicher Armin Nassehi: Die Wiedergewinnung des Politischen, hg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin/Berlin 2016.

Vorurteile und Feindbilder in offenen Gesellschaften – und was Religion damit zu tun hat

1 Die offene Gesellschaft und ihre Feinde?

Der deutsche Philosoph Karl Popper diskutierte – aus seinen Erfahrungen des Nationalsozialismus heraus – bereits früh, wie eine offene Gesellschaft konstituiert sein muss und was ihre Feinde sind.¹ Verfolgt man die Medienberichterstattung, dann scheint die Zahl der Feinde sich seit diesen Feststellungen nicht nur (wieder) maßgeblich erhöht zu haben, sondern die Feinde scheinen in ihrem Verhalten auch (wieder) radikaler geworden zu sein.² Demonstrationen mit populistischen bis hin zu extremistischen Parolen, Parteien, die stereotype Feindbilder in ihre Außendarstellung aufnehmen, und der massenhafte Versand von sogenannten Hass-Mails scheinen heute an der Tagesordnung zu sein. Und dies nicht nur von schon lange Zeit klar als extremistisch auszumachenden Kräften, die es faktisch in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg in unterschiedlicher Größenordnung schon immer gab, sondern teilweise tief hinein in die Bevölkerungen des modernen Europa.

Dabei nimmt, allen Debatten zu Säkularisierung und zum Verschwinden der Religion zum Trotz, gerade religiöse Zugehörigkeit eine wesentliche Rolle in diesen öffentlichen Diskursen ein. Zwar wird immer wieder von Flüchtlingen und Migranten als Ziel der Abgrenzung geredet, auf den Plakaten der europaweit zu findenden Demonstrationen sowie in entsprechenden öffentlichen Reden richtet sich die Argumentation allerdings schnell auf den Islam, also eine Religion, und dessen Mitglieder. So scheinen die jüngsten Fluchtbewegungen nach Europa vor allem deswegen ein Problem zu sein, weil sie mehrheitlich Fluchtbewegungen von Muslimen sind. Manchmal gewinnt man beim Konsum medialer Darstellungen und in diesen Diskussionen den Eindruck, jeder Geflüchtete sei ein Muslim. Und dieser Eindruck hat sich auch unter vielen europäischen Bürgern verbreitet.

¹ Als zentrales Merkmal nennt er die unblutige Abwählbarkeit von Regierungen, fordert aber auch die Bereitstellung von individuellen Freiheitsrechten sowie eine umfassende Gewaltenteilung. Vor allem wendet sich Popper gegen eine homogene, speziell nationalistisch-homogene Ideologie. Karl Popper: *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*, München 1957.

² An dieser Stelle ist es durchaus interessant einzufügen, dass Popper gerade den Medien eine nicht unwesentliche Rolle in entsprechenden Prozessen zuschreibt und sie zu einer stärkeren Selbstkritik aufruft. Karl Popper: *Alles Leben ist Problemlösen. Über Erkenntnis, Geschichte und Politik*, München 182015, 238.

Doch sind es nun religiöse Differenzen, zum Beispiel zwischen Christen und Muslimen, die hier zum Ausdruck kommen? Die Konzentration der „Verteidiger des Abendlandes“ gerade in Gebieten, wo faktisch keine Muslime leben, gibt in dieser Sache doch erheblich zu denken. Auf jeden Fall bestehen in den europäischen Bevölkerungen weit verbreitete, feste Urteile und Vorurteile, welche sich auf Religion oder genauer eine spezifische Religion und deren Mitglieder beziehen.

So dient dann auch der Islam gerade Rechtspopulisten oder mit rechtspopulistischen Parolen arbeitenden Politikern europaweit als zentrales Feindbild und Argumentationshilfe für eine auf Nationalismus und kulturelle Homogenität ausgerichtete identitäre Politik. Die Verbindung dieser Abgrenzungspolitik mit einer in den Bevölkerungen weit verbreiteten Politikerverdrossenheit, die ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber den etablierten politischen Eliten besonders markant abbildet, trägt das Ihre zu der derzeit angespannten politischen Lage bei. Gerade die liberalen Politiker hat man in manchen Bevölkerungsgruppen als diejenigen ausmacht, welche die durch die „Massenimmigration“ drohenden kulturellen Überfremdungsszenarien nicht verhindern. Diese Wahrnehmung führt in vielen europäischen Staaten – insbesondere in Osteuropa – zu beachtlichen Erfolgen populistischer Parolen.

Wie kommt es aber zu dieser Konstellation, und was sind die Mechanismen, die dies bewirken? Auch stellt sich die Frage, warum gerade eine religiöse Zugehörigkeit sich so gut für die Konstruktion von Feindbildern zu eignen scheint. Und was bedeutet das für die zukünftigen Debatten um Religion in Deutschland und Europa?

2 Das Feindbild Islam – Feindbilder für die eigene Identität?

Nun könnte man ja meinen, dass im Zuge der voranschreitenden Säkularisierung der Blick auf Religion sowieso nicht besonders günstig ausfällt. Als Beleg dafür können breite öffentliche Debatten um die Finanzierung von Kirchentagen dienen oder über den Einfluss, den Kirchen an verschiedenen Stellen in der deutschen Gesellschaft besitzen. So ist bei Bevölkerungsumfragen allein das Vertrauen in Politiker und Parteien niedriger als das in die Kirchen, während Umweltverbände und sogar Polizei und Bundeswehr im Spitzenbereich des Vertrauens liegen.

Gleichwohl steckt in diesen Zahlen weniger eine grundsätzliche Ablehnung von Religion als eine Mischung aus einem gewissen Desinteresse an Religion und einem oft schlechten, altmodischen Image von (christlicher) Kirche. Dies wird deutlich, wenn man nach Interventionswünschen fragt. Zwar will die Mehrzahl der Europäer eine klare Trennung zwischen Politik und Religion, gleichzeitig sind es dann aber doch nur – wenn vielleicht auch manchmal lautstarke – Minderheiten, die Konsequenzen wie das Abhängen

von Kreuzen in Klassenzimmern oder die Einschränkung des Läutens von Glocken am Sonntag fordern.³ So findet dann auch nur jeder zehnte Deutsche das Christentum bedrohlich oder steht ihm negativ gegenüber, während eine breite Mehrheit von zwei Dritteln es als bereichernd ansieht (auch in Ostdeutschland).⁴ Selbst wenn in kleineren Gruppen eine gesammelte Ablehnung gegen „die Religion“ besteht – es handelt sich eben um kleine Gruppen. Das Christentum ist immer noch kulturell verankert; außerdem scheint auch unter anderen Gruppen das Gefahrenpotenzial, welches das Christentum ausstrahlt, als eher gering wahrgenommen zu werden. So empfinden auch Atheisten oder Muslime das Christentum nur unwesentlich häufiger als bedrohlich, als das bei Christen selbst der Fall ist.

Interessant ist, dass diese Beobachtung nicht allein auf den Hintergrund der christlichen Kultur zurückzuführen ist, sondern auch ein „Image“ reflektiert. Dieses kann auch für andere Religionen durchaus positiv sein, wie Daten des Bertelsmann Religionsmonitors 2013 zeigen.⁵ Sowohl der Hinduismus als auch der Buddhismus werden ebenfalls selten als bedrohlich eingeschätzt. Genau genommen ist es in der Neuzeit vor allem *eine* Religion, die in den Fokus einer ungünstigen Fremdzuschreibung geraten ist: der Islam. Diese Religion dient dabei über ihre Zugehörigkeit und deren Wahrnehmung als Bezugspunkt für Einstellungen und Handeln. Wenn die Mehrheit der Deutschen bereits 2010 Muslime in einer pauschalen Beurteilung als gefährlich und frauenfeindlich einstuft, so handelt es sich um einen Zuschreibungsprozess.⁶ Über die Zuschreibung bestimmter Eigenschaften zum Islam werden auch Muslime – also Mitglieder dieser Religion – mit entsprechenden Vorurteilen belegt. Eine ganze Reihe von Umfragen belegt eindrucksvoll die erhöhte Ablehnung des Islam in der Bevölkerung, welche mit der erhöhten Bedrohungswahrnehmung korrespondiert. So bekennen fast 60 % der Deutschen, eine negative Gefühlshaltung gegenüber Muslimen zu besitzen (s. Diagramm).⁷

³ Vgl. Gert Pickel: Die Situation der Religion in Deutschland – Rückkehr des Religiösen oder voranschreitende Säkularisierung?, in: Gert Pickel/Oliver Hidalgo (Hg.): Religion und Politik im vereinigten Deutschland. Was bleibt von der Rückkehr des Religiösen?, Wiesbaden 2013, 87.

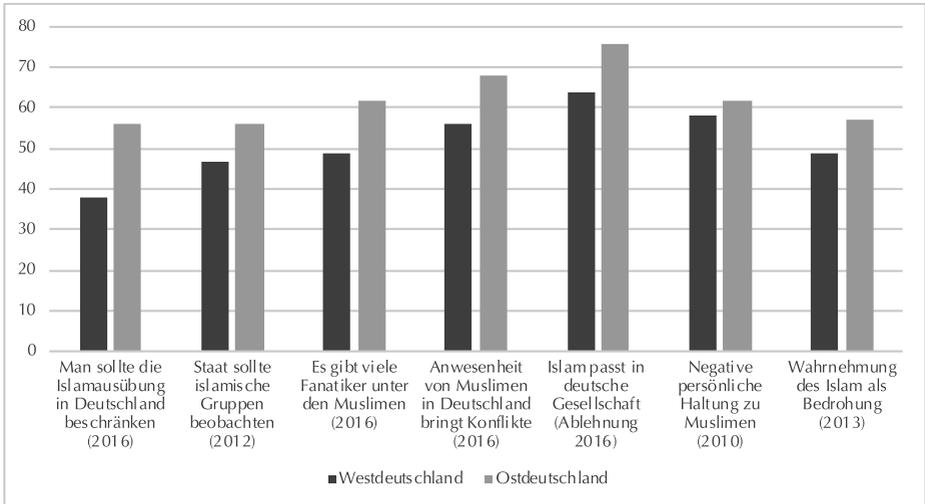
⁴ Vgl. Gert Pickel: Säkularisierung und religiöse Pluralisierung als Inkubatoren einer (neuen) Religionspolitik?, in: Antonius Liedhegener/Gert Pickel (Hg.): Religionspolitik und Politik der Religionen in Deutschland. Fallstudien und Vergleiche, Wiesbaden 2016, 219.

⁵ Vgl. Detlef Pollack/Olaf Müller: Bertelsmann Religionsmonitor 2013. Verstehen was verbindet, Gütersloh 2013.

⁶ Vgl. Detlef Pollack/Olaf Müller/Gergely Rosta/Nils Friedrichs/Alexander Yendell: Grenzen der Toleranz. Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt in Europa, Wiesbaden 2014, 22f.

⁷ Vgl. Gert Pickel: Religiöse Pluralisierung als Bedrohungsszenario? Stereotypen, Ängste und die Wirkung von Kontakten auf die Integration von Menschen anderer Religion, in: Katajun Amirpur/Wolfram Weisse (Hg.): Religionen – Dialog – Gesellschaft. Analysen zur gegenwärtigen Situation und Impulse für eine dialogische Theologie, Münster 2015, 19 – 55; Jürgen Leibold: Fremdenfeindlichkeit und Islamophobie. Fakten zum gegenwärtigen Verhältnis genereller und spezifischer Vorurteile, in: Thorsten Gerald Schneiders (Hg.): Islamfeindlichkeit. Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen, Wiesbaden 2010, 149 – 158; Jürgen Leibold/Andrea Kummerer: Religiosität und Vorurteile gegenüber Muslimen in Ost- und Westdeutschland, in: Gert Pickel/Kornelia Sammet (Hg.): Religion und

Haltungen zu Muslimen und Islam in Deutschland



Quelle: Eigene Berechnungen, Allbus 2016, 2012; Antwortkategorien 1 – 3 auf einer Skala mit 7 Antwortpunkten; verschiedene Quellen; WARV 2010; Bertelsmann Religionsmonitor 2013.

Diese Wahrnehmung des Islam drückt sich in einer weit verbreiteten skeptischen Haltung gegenüber Symbolen des Islam aus, zu denen Moscheen, Minarette, aber auch Kopftücher zählen. Sie werden als sichtbare Zeichen der Ausbreitung des „bedrohlichen“ und „fremden“ Islam angesehen und mit Einschätzungen einer kulturellen Überfremdung verknüpft. Vor diesem Hintergrund ist es dann nicht überraschend, dass die Fluchtbewegungen nach Europa die Bedrohungswahrnehmung sowie Ablehnungshaltungen massiv beförderten – oder sie zumindest sichtbar machten.

Diese Verknüpfung besteht übrigens nicht nur in Deutschland, sondern lässt sich auch in den meisten anderen europäischen Ländern empirisch stabil feststellen. Besonders stark ist die Ablehnung des Islam in Osteuropa ausgeprägt. Spätestens seit den Fluchtbewegungen 2015 und den darauf folgenden politischen Reaktionen sind wesentliche regionale Unterschiede im Niveau der Islamablehnung festzustellen bzw. ans Tageslicht getreten.

Allerdings ist zu beachten, dass die Ablehnung bestimmter kultureller Symbole des Islam sowie eine Distanzhaltung Muslimen gegenüber nicht zwingend in radikalere Forderungen nach Abgrenzung münden müssen: So fordert in Umfragen doch „nur“ ein Viertel der Deutschen, muslimische Zuwanderung einzuschränken, und genauso wenige

Religiosität im vereinigten Deutschland. Zwanzig Jahre nach dem Umbruch, Wiesbaden 2012, 311 – 323.

hätten ein Problem mit dem Bau einer Moschee oder eines Minarets im persönlichen Umfeld.⁸ Dessen ungeachtet ist aber die Haltung weit verbreitet, dass der Islam nicht in die deutsche Gesellschaft passe. An dieser Aussage problematisch ist die in ihr in Teilen enthaltene Ethnisierung des Islam, welche davon ausgeht, dass es sich um eine unveränderbare Eigenschaft von Muslimen handle und nicht um ein unter anderen Rahmenbedingungen veränderliches Merkmal.

Aufgrund des Narrativs, welches Geflüchtete generell als Muslime einordnet, wird eine enge Verbindung zwischen Migration und Islam hergestellt.⁹ Dabei sind zwei Beobachtungen interessant:

Zum einen ist die Unklarheit der Wirkung der eigenen Religion auf Islamophobie und Islamfeindlichkeit zu nennen.¹⁰ So ist in Polen, dem Land in Europa mit der wohl religiösesten Bevölkerung, die Ablehnung von Islam, Muslimen und muslimischer Zuwanderung kaum anders als in dem breit säkularisierten Tschechien. Auch Analysen innerhalb Deutschlands zeigen überwiegend weder negative noch positive Effekte von Religionszugehörigkeit oder subjektiver Religiosität auf Islamfeindlichkeit oder die Angst vor dem Islam.

Zum anderen benötigt es keine Muslime oder direkten Kontakte zum Islam, um diesen nicht zu mögen. Man kann mit Fug und Recht für viele Gebiete von einer Islamophobie und Islamfeindlichkeit ohne Muslime sprechen.

Wie kommt es aber nun dazu, dass sich ein solch stark ablehnender Bezug auf eine Religionsgruppe manifestieren kann? Hierfür verantwortlich sind gruppenbezogene Vorurteile, die auf einer Mischung aus pauschalen Zuschreibungen, geringen persönlichen Erfahrungen, mangelndem Wissen, Ethnozentrismus und der Suche nach eigenen Identitätskonstruktionen beruhen.¹¹

⁸ Interessanterweise vermuten über 60 % genau diese Probleme mit dem Bau einer Moschee bei den Bewohnern ihres Umfeldes (Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration [SVR]: Integrationsbarometer 2016, Berlin 2016; Andreas Zick/Beate Küpper/Daniela Krause: Gespaltene Mitte. Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016, Bonn 2016, 45).

⁹ Vgl. Zygmunt Bauman: Die Angst vor den anderen. Ein Essay über Migration und Panikmache, Berlin 2016.

¹⁰ Die Begriffsbildung und Begriffsverwendung in diesem Bereich ist durchaus schwierig. So wird in der Literatur die Bezeichnung Islamophobie breit verwendet, um eine Kombination aus Furcht vor dem Islam und seiner Ablehnung zu beschreiben. Der etwas unklare, aber weit verbreitete Begriff der Islamophobie kann durch klarere Benennungen von Islamfeindlichkeit, antimuslimischem Rassismus und dessen Abgrenzung zu Islamkritik besser gefasst werden. Marc Helbling (Hg.): Islamophobia in the West. Measuring and Explaining Individual Attitudes, London 2012.

¹¹ Vgl. Gordon W. Allport: Die Natur des Vorurteils, Köln 1971.

3 Gruppenbezogene Vorurteile und Stereotype – Erklärungsansätze

Gruppenbezogene Vorurteile sind eine sozialpsychologische Kategorie. Sie beschreiben über den Begriff der Vorurteile Zuschreibungen von spezifischen Eigenschaften zu einer Fremdgruppe.¹² Sie konstruieren Stereotype, welche bestimmten sozialen Gruppen helfen, andere soziale Gruppen beschreiben zu können. Vorurteile sind erst einmal eine neutrale Kategorie, die sich dadurch auszeichnet, dass man oft unter relativ geringer persönlicher Erfahrung eine Fremdzuschreibung vornimmt. Diese Zuschreibung kann dann durchaus handlungsleitenden Charakter erreichen und sich im eigenen Verständnis und Meinungsbild festsetzen. Entsprechende Vorurteile sind nicht einfach zu korrigieren, aber deutlich leichter durch einzelne Erfahrungen zu stabilisieren. So erfolgt aufgrund des Vermeidens kognitiver Dissonanzen oft eine selektive, zu den Vorurteilen passende Informationsaufnahme. Diese ist in der Gegenwart durch die breitere Streuung von Medien und sozialen Medien zudem leichter geworden. Gruppenbezogene Vorurteile unterscheiden sich von persönlichen Vorurteilen durch ihre Abstraktion und Pauschalisierung mit Blick auf eine soziale Gruppe. Es erfolgt eine Zuschreibung zu einer Gruppe, die dann meist auf dieser Gruppe zugehörige Individuen übertragen wird. Einzelne Abweichungen von dem zugeschriebenen Vorurteil werden dann gerne als Ausnahmen eingestuft.

In der Sozialpsychologie gibt es verschiedene Ansätze, welche die Konstruktion von gruppenbezogenen Vorurteilen und ihre tiefer gehende Wirkung für Abgrenzungen und Abwertungen anderer Gruppen behandeln.

- Eine zentrale Theorie ist die *Social Identity Theory*. Ihr zufolge wird das Verhalten von Individuen durch die Zugehörigkeit zu einer Gruppe (*In-Group*) bestimmt, die im Verhältnis zu anderen Gruppen (*Out-Group*) definiert wird. Vorurteile entstehen nach dieser Theorie aufgrund von Identifikationsprozessen mit sozialen Gruppen, d. h. aufgrund des Wissens um die Mitgliedschaft in einer sozialen Gruppe und der damit verbundenen emotionalen (affektiven) Bedeutung dieser Zugehörigkeit. Bei geringer Gruppenzugehörigkeitsmobilität (*social mobility*) nimmt die emotionale Bedeutung zu, und die Gruppenzugehörigkeit erlangt Bedeutung für das eigene Selbst-Konzept.¹³ Zentrale Triebkraft ist das Bedürfnis von Individuen nach einem positiven Selbstwert. Dieser wird durch die Identifikation mit der Gruppe und die Übertragung von deren (subjektiv gesehen) hoher Wertigkeit gestärkt. Die so gewonnene Möglichkeit zur Steigerung des Selbstwertes regt das Individuum an, die *In-Group* aufzuwerten und

¹² Vgl. Klaus Jonas/Wolfgang Stroebe/Miles Hewstone: Sozialpsychologie, Heidelberg 2014, 530 – 533.

¹³ Vgl. Henri Tajfel: *Human Groups and Social Categories*. Studies in Social Psychology, Cambridge 1982; Lincoln Quillian: *Prejudice as a Response to Perceived Group Threat*. Population Composition and Anti-Immigrant and Racial Prejudice in Europe, in: *American Sociological Review* 3/1995, 586 – 611.

die *Out-Group* abzuwerten. Durch die Unterstellung von (negativen) gruppenspezifischen Eigenschaften können im weiteren Zeitverlauf Ängste und Bedrohungsgefühle entstehen. Man internalisiert immer stärker das konstruierte Bild vom „gefährlichen Anderen“ – und sucht zum eigenen Schutz die Nähe zur eigenen Kollektivgruppe. Die Bindung verstärkt sich, je mehr diese Gruppe Maßnahmen zur Einschränkung der Bedrohung durch die fremde Gruppe vorlegt. Unter Umständen entwickelt sich auf diese Weise eine perpetuierte Dynamik, die zur Konstruktion weiterer gruppenbezogener Vorurteile führt. Ein Beispiel für eine starke Identifikation mit der Eigengruppe ist die Steigerung von Nationalstolz, verbunden mit dem Gefühl, anderen Völkern überlegen zu sein. Die gefühlte Zunahme von Mitgliedern der abgelehnten Gruppe im Umfeld erhöht die Abgrenzung und die Konfliktbereitschaft gegenüber den Mitgliedern der Fremdgruppe wie auch gegenüber Vertretern des Staates, der diesen Entwicklungen nicht Einhalt gebietet.

- Diesen Aspekt der Bedrohung betont die *Integrated Threat Theory* noch stärker. Sie unterscheidet realistische und symbolische Bedrohung. Die realistische Bedrohung (*realistic threats*) beinhaltet eine wahrgenommene Existenzbedrohung der *In-Group* hinsichtlich des physischen, materiellen und politischen Zustands. Kommt es zu einer realistischen Bedrohung durch eine *Out-Group*, beispielsweise durch einen terroristischen Anschlag oder ein Verbrechen, welches der *Out-Group* zugeschrieben werden kann, dann steigt die Abwertung der *Out-Group*. Die Wirkung ist besonders eindrücklich, wenn man sich bereits im Vorfeld stark mit seiner *In-Group* (beispielsweise seiner Nation oder Religionsgemeinschaft) identifiziert hat. Bei der symbolischen Bedrohung (*symbolic threats*) geht es um wahrgenommene Konflikte auf der Ebene der Werte, Normen, Überzeugungen und Weltansichten unterschiedlicher Gruppen bzw. Kulturen. Ein Beispiel ist die Angst vor der Islamisierung der westlichen Welt und ihrer kulturellen Überfremdung, die sich oft in einer deutlichen Überschätzung des Anteils der Fremdgruppe äußert. Symbolische Bedrohungen sind dabei von Stereotypen zu unterscheiden; sie benötigen einen halbwegs konkreten Bedrohungsbezug, um sich zu konstituieren. Stärker noch als in der *Social Identity Theory* werden in der *Integrated Threat Theory* die Bedrohungswahrnehmungen zum Schlüssel für die Ausbildung kollektiver und gruppenbezogener Vorurteile. Als so etwas dienen zum Beispiel Ereignisse seit dem 11. September 2001 und die angewachsene Terrorbedrohung der jüngeren Vergangenheit. Sie werden mit einer bestimmten Gruppe von „Gefährdern“ in Verbindung gebracht und auf die soziale Gruppe der Muslime übertragen.

4 Rechtspopulismus als Mobilisierung von Feindbildern und gruppenbezogenen Vorurteilen

An dieser Stelle kommen der Rechtspopulismus und seine Ausbreitung in jüngerer Zeit ins Spiel. Der Rechtspopulismus ist eine Strategie, in der Gesellschaft vorhandene gruppenbezogene Vorurteile und Ängste aufzunehmen, zu aktivieren und zu verschärfen. Ziel von Rechtspopulisten ist es dabei, Wählerstimmen oder politische Unterstützung für das eigene Handeln zu bekommen. Damit ist man bei einer Bestimmung, was Rechtspopulismus ist: Rechtspopulismus ist, folgt man den meisten einschlägigen Definitionen, vor allem eine politische Strategie. Rechtspopulisten gehen vordergründig auf den Willen des Volkes ein und geben vor, diesen direkt und ohne (politische) Hintergedanken umsetzen zu wollen.¹⁴ Allerdings verdeckt die Verwendung dieser Bestimmung als reine Strategie konzeptionelle Bestandteile, welche auch Bedeutung für den Inhalt, wo Rechtspopulismus über die Bestimmung auf der ideologischen Richtungsskala bestimmt werden kann, besitzt: Cas Mudde verweist auf eine *thin-centered ideology*, welche sich vor allem durch die Konstruktion eines Gegensatzes von Bürgern und Eliten und den Bezug auf ein (homogen verstandenes) Volk auszeichnet. Gerade mit dem „völkischen“ Bezug ist man in vielen Fällen bei einer Einordnung als rechtsextremistisch oder einfach rechts. Rechts im Sinne einer ideologischen Positionierung ist an sich kein Problem, wenn es eine eher konservative und demokratische Position zur Politik beschreibt. So werden auch in etablierten demokratischen Parteien ab und an populistische Elemente verwendet. Problematisch wird es, wenn es zu einer manifest oder latent antidemokratischen Position kommt oder wenn sich entsprechende Äußerungen permanent an der Grenze zu einer antidemokratischen Position bewegen und sich gegenüber politischem Dialog und politischer Kompromissfindung abschotten.¹⁵

Vor allem die Identifikation eines gemeinsamen Feindbildes und dessen Konstruktion tragen zur Konsensbildung in einer sozialen Gruppe bei und ermöglichen bei Ansprache von Rechtspopulisten deren Mobilisierung. Damit ist für den Erfolg des Rechtspopulismus das Zusammenspiel einer öffentlichen und gezielten Abgrenzungsstrategie mit der Existenz einer mobilisierungsfähigen sozialen Gruppe verantwortlich. Ein gemeinsames von Teilen der Bevölkerung geteiltes Feindbild, welches im Programm einer rechtspopulistischen Partei einen prominenten Platz einnimmt, bringt diese Erfolgskriterien zusammen. Dies zeigt sich in der inhaltlichen Ausrichtung von Rechtspopulisten auf einen –

¹⁴ Vgl. Cas Mudde/Cristobal Rovira Kaltwasser: *Populism. A Very Short Introduction*, Oxford 2017; Klaus von Beyme: *Rechtspopulismus. Ein Element der Neodemokratie?*, Wiesbaden 2018; Karin Priester: *Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen*, Frankfurt a. M. 2007; Jan-Werner Müller: *Was ist Populismus? Ein Essay*, Frankfurt a. M. 2016.

¹⁵ Vgl. Gert Pickel/Oliver Decker: *Extremismus in Sachsen. Eine kritische Bestandsaufnahme*, Leipzig 2016.

kollektive Identitäten ansprechenden – Nationalismus. Dieser eignet sich nicht nur besonders gut zur Konstruktion einer Abgrenzung gegenüber anderen sozialen Gruppen, sondern besitzt auch eine starke latente Verbreitung in allen Bevölkerungen.¹⁶ Wenn man bei dieser Abgrenzung auf kulturelle Differenz setzen kann, dann verbessert sich das Mobilisierungspotenzial schlagartig.¹⁷ Um nicht in den Ruch einer grundsätzlichen Fremdenfeindlichkeit und von Ethnozentrismus zu kommen, wird hier häufig auf das Konzept des „Ethnopluralismus“ zurückgegriffen: Pluralismus von Ethnien ja, aber an den ihnen angestammten Orten.

Bestimmte Parteien, wie in Deutschland die AfD, nutzen den Rechtspopulismus als eine hilfreiche Strategie zur Gewinnung von Wählerstimmen. Teile dieser Strategie sind für sich genommen nicht zu unterscheiden von Strategien anderer Parteien. Es wird dann für eine Demokratie problematisch, wenn antidemokratische, xenophobe oder rechtsextreme Haltungen über populistische Parolen Verbreitung und eine gewisse Legitimation in der Bevölkerung finden. Speziell im Bereich der Ablehnung einer offenen, pluralen und grundsätzlich toleranten Gesellschaft wird die Differenz zwischen demokratischen Parteien und Rechtspopulisten deutlich. Besonders gerne greifen Rechtspopulisten auf die erwähnten gruppenbezogenen Vorurteile gegenüber Muslimen und dem Islam zurück und kanalisieren die Wut der sogenannten Wutbürger und deren Verachtung der etablierten Politiker und Parteien über diese kulturelle Überfremdungsangst.¹⁸ Um das allerdings tun zu können, müssen die gruppenbezogenen Vorurteile in den Bevölkerungen ja verbreitet sein. Wie ist dies nun?

5 Gruppenbezogene Vorurteile und Religion

Aufgrund des begrenzten Umfangs dieses Beitrags kann hier keine tiefer gehende Analyse der Verbreitung gruppenbezogener Vorurteile vorgelegt werden. Aber ein kurzer Blick auf deren Verbreitung in Deutschland erscheint sinnvoll. So gibt es die Möglichkeit, über ein seit mehreren Jahren häufiger gefragtes Instrumentarium einige gruppenbezogene Vorurteile mit hohem Aktualitätsbezug aufzufächern. Es handelt sich dabei um das Instrumentarium der sogenannten „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“, welches weitgehend an die bereits genannten theoretischen Konzepte der Sozialpsychologie anknüpft, aber auch bewährte Indikatoren aus der Rechtsextremismusfor-

¹⁶ Vgl. Bernd Simon: *Identity in Modern Society. A Social Psychological Perspective*, Oxford 2004, 140.

¹⁷ Vgl. Stuart Hall: *Populismus, Hegemonie, Globalisierung, Ausgewählte Schriften* 5, Hamburg 2014.

¹⁸ Vgl. Andreas Zick/Beate Küpper: *Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland*, Bonn 2015.

schung einbindet.¹⁹ Die zentrale Ausrichtung dieses Konzepts ist die Erfassung von Ungleichwertigkeit und Abwertung von Fremdgruppen. Fasst man die Antworten auf die dafür gestellten Fragen nicht in der stark normierenden Skala der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ zu einer Aussage zusammen und nutzt einzelne Aussagen zur Illustration, so kann man sich ein gutes Bild über die existierenden gruppenbezogenen Vorurteile machen (s. Tabelle).

Gruppenbezogene Vorurteile in Deutschland

	West	Ost	KMit	Klos
Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet (Fremdenfeindlichkeit).	33	35	34	30
Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns (Antisemitismus).	10	9	10	8
Eigentlich sind die Deutschen den anderen Völkern von Natur aus überlegen (Rassismus).	12	12	12	11
Es gibt wertvolles und unwertes menschliches Leben (Sozialdarwinismus).	9	12	9	10
Durch die vielen Muslime fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land (Islamophobie).	48	50	49	49
Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden (Islamophobie).	37	54	39	44
Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland (Nationalismus).	25	27	26	23
Ich hätte Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in meiner Gegend aufhalten würden (Antiziganismus).	56	62	57	58
Sinti und Roma sollten aus den Innenstädten entfernt werden (Antiziganismus).	49	48	46	50
Es ist ekelhaft, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen (Homophobie).	36	60	41	39
Die meisten Asylbewerber fürchten nicht wirklich, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden.	57	67	58	61

Quelle: Eigene Berechnungen, Leipziger Mitte Studie 2016; Angaben in Prozent (unterschiedliche Antwortskalen); in Klammern die jeweiligen Bezugsdimensionen entweder im Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit oder in der Erfassung von Rechtsextremismus; West = Westdeutschland; Ost = Ostdeutschland; KMit = Kirchenmitglied; Klos = konfessionslos.²⁰

¹⁹ Vgl. Anna Klein/Eva Groß/Andreas Zick: Menschenfeindliche Zustände, in: Andreas Zick/Anna Klein: Fragile Mitte. Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014, Bonn 2014, 63 – 65.

²⁰ Siehe auch Oliver Decker/Johannes Kiess/Elmar Brähler: Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechts-extreme Einstellung in Deutschland, Gießen 2016. Ich danke hier Oliver Decker für die freundliche Überlassung der Daten der Leipziger Mitte-Studie 2016 zu Analysezwecken.

Bei einem Blick auf die Zahlen erkennt man, dass nicht alle Gruppen Ziel einer Abwertung werden. Selbst wenn über die Antwortvorgaben durchaus diskutiert werden kann, spannt sich ein weites Feld auf: Während Aspekte des offenen Rassismus oder eines Sozialdarwinismus nur bei einer deutlichen Minderheit der Deutschen zu finden sind, ist die Distanzierung gegenüber Fremden und dabei besonders Muslimen sowie Sinti und Roma deutlich stärker ausgeprägt und zieht sich bis zur Hälfte der Bevölkerung. Dabei erfassen die verwendeten Fragen durchaus ein breiteres Spektrum, zwischen einer abwertenden Ablehnung (islamische Zuwanderung beschränken) bis hin zu einem Gefühl des Unwohlseins (Probleme mit Sinti und Roma).²¹

Es zeigt sich dabei auch, dass Religion als Merkmal für die Konstruktion von gruppenbezogenen Vorurteilen bedeutsam ist. Dies gilt allerdings vor allem als Bezugspunkt für die negative Zuschreibung und die Konstruktion einer sozialen Gruppe als Feindbild. Eine geringere Rolle scheint Religion im Sinne von eigener religiöser Zugehörigkeit oder subjektiver Religiosität zu spielen. Analysiert man die gruppenbezogenen Vorurteile entlang religiöser Zugehörigkeiten, so wird dieses Bild weitgehend bestätigt – Christen sind zumeist weder besser noch schlechter als andere Bürger. Dies zeigt auch eine entsprechende Aufteilung in der abgebildeten Tabelle nach Kirchenmitgliedern und Nichtkirchenmitgliedern. Grund für dieses ambivalente Ergebnis ist allerdings auch die Disparität der Kirchenmitglieder. Unter ihnen befinden sich sowohl wenig als auch stark religiöse Menschen. Noch wichtiger dürfte aber sein, dass gerade die Gruppen in den Kirchen mit einer starken Religiosität sowie kirchlicher Bindung auf durchaus unterschiedlichen Seiten der Abwertungsgruppen stehen können. So wirkt sich religiöser Dogmatismus bestärkend auf Islamfeindlichkeit aus, während religiöses Sozialkapital im Sinne religiösen Engagements zur Dämpfung gruppenbezogener Vorurteile unterschiedlichster Prägung führt.²² Diese Zwiespältigkeit stellt dann auch Kirchenleitungen und Gemeinden vor nicht unerhebliche Aufgaben, sind es doch zumeist gerade die stärker in den Gemeinden Involvierten, welche auf den beiden Seiten des „Zauns“ zu stehen scheinen.

²¹ Dabei fällt die Zustimmung zu der Aussage „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden“ in der Mitte-Studie 2016 mit insgesamt 41 % im Bundesgebiet um einiges höher aus als im Integrationsbarometer des SVR 2016 (25 %, s. Fußnote 8) und im Bertelsmann Religionsmonitor 2013 (25 %), was an unterschiedlichen methodischen wie inhaltlichen Faktoren liegen kann. Die Differenzen dürften aber auch bei geringeren Zustimmungsraten ähnlich ausfallen. Zudem ist es 2016 der höchste gemessene Ablehnungswert in den Leipziger Mitte-Studien. Decker/Kiess/Brähler: Die enthemmte Mitte (s. Fußnote 20), 50.

²² Vgl. Gert Pickel/Alexander Yendell: Islam als Bedrohung? Beschreibung und Erklärung von Einstellungen zum Islam im Ländervergleich, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft 10 (2016), 295.

6 Fazit: Religion als Sammelfaktor für Vorurteile in modernen Gesellschaften

Die derzeitigen öffentlichen Debatten zeigen eindrücklich, dass Religion als Merkmal für die Konstruktion von Feindbildern verwendet wird. Sie dient als Markierung für bestimmte (fremde) soziale Gruppen und umfasst auf diese Weise in einem schnellen Übertrag deren Mitglieder. Dabei handelt es sich um eine pauschalisierende Fremdzuschreibung, die nur in einigen Fällen durch persönliche Erfahrungen gestützt wird. Diese Fremdzuschreibung ist für verschiedene Religionen feststellbar und möglich, sie manifestiert sich derzeit in Europa aber vor allem für den Islam und Muslime. Ein Grund hierfür sind die Ausbreitung und der Erfolg der Strategie des Rechtspopulismus. Rechtspopulisten identifizieren Fremdgruppen, konstruieren neue oder verstärken bestehende gruppenbezogene Vorurteile gegenüber diesen Fremdgruppen und offerieren Möglichkeiten, diese von einem fernzuhalten. Für Rechtspopulisten steht dahinter das Ziel des Gewinns von Unterstützung und ggf. Wählerstimmen.

Diese Strategie korrespondiert – und dies unterscheidet dann Rechtspopulismus und Linkspopulismus – mit bestimmten inhaltlichen Aspekten. Beim Rechtspopulismus sind dies konservative, nationale oder auch völkische Wertmuster, aber auch teilweise rechtsextreme Haltungen. Dabei erweist sich die Konzentration auf die Immigration und Muslime in mehrfacher Weise als günstig: Zum einen wird die Gefährdung des Volkes durch kulturelle Überfremdung beschworen, zum anderen können Rechtspopulisten auf die von ihnen immer wieder propagierte Distanz zwischen den Wünschen des Volkes und dem Handeln der abgehobenen Eliten verweisen.²³ Letztere haben ja dieses Dilemma erlaubt, wenn nicht sogar ihr Volk verkauft. Je mehr sich diese Vorgehensweise in Richtung rechtsextremer Positionen schiebt, zu denen der Übergang sowieso immer wieder fließend zu sein scheint, desto stärkere Gefahren entstehen für die Demokratie – speziell, da sich auf diese Weise antidemokratische Positionen von Kleingruppen am Rand der Gesellschaft tiefer in deren Mitte auszudehnen beginnen, an einzelnen Themen festgemacht.

Für diejenigen, welche sich auf diese Weise mobilisieren lassen, sind unterschiedliche Gründe zu nennen: Diese können von einem sowieso bereits über Jahrzehnte latent vorhandenen, tiefer gelagerten Ethnozentrismus bis hin zur Angst vor dem in den Medien so bedrohlich präsenten Islam reichen. So hat gerade die Verbreitung einer Angst vor dem Islam, die sich häufig aus einer Kombination aus Unkenntnis über den Islam und verstörenden Medienwahrnehmungen von „islamistischem“ Terrorismus und

²³ Vgl. Susanne Pickel/Gert Pickel: Angst vor Geflüchteten – Ausgangspunkt für Rechtspopulismus und AfD-Wahl, in: Oliver Hidalgo/Gert Pickel (Hg.): Flucht und Migration in Europa. Neue Herausforderungen für Parteien, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Wiesbaden (im Erscheinen).

Problemen mit Muslimen speist, dazu geführt, dass mehr Bürger als in rassistischen und rechtsextremen Gruppen versammelt eine Anfälligkeit für rechtspopulistische Mobilisierungsversuche aufweisen. Speziell sozialpsychologisch erklärbar gruppenbezogene Vorurteile in Verbindung mit einem symbolischen oder realistischen Bedrohungsgefühl helfen, das eigene Selbstbewusstsein über eine Aufwertung der eigenen Zugehörigkeitsgruppen zu stärken. Diese eigenen Gruppen müssen dann nicht christlich sein, können es aber. Entscheidend ist, dass die sich abgrenzenden Sozialgruppen nicht zum Islam zählen.

Erneut ist es also die Abgrenzung zum Fremden (und auch Gefährlichen), welche – jenseits durchaus vorhandener realer Konfliktgründe und Integrationsprobleme von Teilen der nun in Deutschland lebenden Muslime – eine entscheidende Rolle für den Aufstieg des organisierten Rechtspopulismus spielt. Es ist vor allem die Verbindung von kultureller Ablehnung und Angst, gelegentlich gestärkt durch wirtschaftliche Verlustängste und ein Grundmisstrauen gegenüber etablierten Politikern, welche einige Bürger dazu führt, sich rechtspopulistischen Vorschlägen zu öffnen. Die enge Verbindung, die dabei zwischen Migration, Migranten und der Religion des Islam hergestellt wird, begünstigt dies.

Biblisch-theologische Orientierungen und Handlungsperspektiven

Eckhard Zemmrich

Die Universalität des Liebesgebotes

„Und, liebe Freunde hier in Dresden, gestattet mir noch einen letzten Gedanken. Der ist mir besonders wichtig, weil ja immer wieder vom Mainstream und von den Politikern, von den Gewerkschaften und von den Kirchen so getan wird, als seien wir hier Egoisten und gemeine Kerle und als hätten sie die Moral und das Gute gepachtet. Liebe Freunde, in Wirklichkeit ist es anders: [...] das Gebot der christlichen Nächstenliebe ist ein Zitat aus dem Alten Testament, aus dem 3. Buch Moses Kapitel 19, Vers 18. Und da heißt es: ‚Du sollst dich nicht rächen noch Zorn bewahren gegenüber den Kindern deines Volkes. Liebe deinen Nächsten wie dich selbst, ich bin der HERR‘. Das christliche Gebot der Nächstenliebe, ihr habt es alle gehört, betrifft die Kinder deines Volkes! Christliche Nächstenliebe ist maßvoll und menschlich, und sie ist auf die Kinder des eigenen Volkes gerichtet. Den Fremden begegnen wir mit Anstand und mit Respekt. Aber die Nächstenliebe gilt dem eigenen Volk. Und Politiker und Kirchenfürsten und Gewerkschaften, die das vergessen, werden ihrer Aufgabe nicht gerecht!“

Mit dieser Verteidigung eines nach Volkszugehörigkeit definierten Liebesgebots unter Rückgriff auf eine alttestamentliche Zentralstelle schloss Hans-Christoph Berndt vom brandenburgischen Verein „Zukunft Heimat“ sein Grußwort auf der 135. PEGIDA-Kundgebung am 22. Januar 2018 auf dem Dresdner Neumarkt.¹ Er nimmt dabei weder die bereits wenige Verse später (Lev 19,33f) erfolgende ausdrückliche Ausweitung des Gebots auch auf „Fremde“ noch dessen grundsätzliche Universalisierung im Neuen Testament und damit für christliches Verständnis wahr. Dass ihm die Rechtfertigung seiner Position mithilfe religiöser Überlieferung aber „besonders wichtig“ ist, damit steht Berndt im politisch aktiven rechtspopulistischen Spektrum nicht allein.

¹ Transkription vom Filmmitschnitt der Kundgebung unter <https://www.youtube.com/watch?v=sMrifr1G2aw>, 42:05'-43:39' (Abruf der in diesem Beitrag angegebenen Internetseiten: 12.2.2018). Es war bereits der dritte Auftritt Berndts bei einer PEGIDA-Kundgebung. Für den gezielten Hinweis auf diesen Mitschnitt danke ich Friedrich Kramer.

Sowohl in ihrem Grundsatzprogramm (GP)² aus dem Jahr 2016 als auch im Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017 (WP)³ nimmt die deutsche Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) für ihre politische Ausrichtung sehr umfassend eine ethisch-kulturelle Verwurzelung in christlicher Tradition für sich in Anspruch. Bereits in der Präambel des Grundsatzprogramms wird diese Auffassung vermittelt, wenn dort von „unsere[r] abendländische[n] christliche[n] Kultur“ die Rede ist, die es „dauerhaft [zu] erhalten“ gelte (GP, 6).

Näher ausgeführt wird das damit Gemeinte in einem Unterabschnitt zum Problemkomplex „Kultur, Sprache und Identität“, der den Begriff „deutsche Leitkultur“ in Abgrenzung zu einer „Ideologie des Multikulturalismus“ (GP, 47) erläutert. Diese Leitkultur speise sich „im Wesentlichen aus drei Quellen [...]“: erstens der religiösen Überlieferung des Christentums, zweitens der wissenschaftlich-humanistischen Tradition, deren antike Wurzeln in Renaissance und Aufklärung erneuert wurden, und drittens dem römischen Recht, auf dem unser Rechtsstaat fußt“ (GP, 47). Diese Traditionen lägen „nicht nur unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung zugrunde, sondern prägen auch den alltäglichen Umgang der Menschen miteinander, das Verhältnis der Geschlechter und das Verhalten der Eltern gegenüber ihren Kindern“ (GP, 47). Es geht demnach um die grundlegende, orientierende Prägung eines Ethos⁴, und zwar sowohl im Blick auf das Gemeinwesen als auch auf Gruppen und individuell.

Im Wahlprogramm 2017 wird diese Aussage bestätigt und ethisch profiliert; auch hier steht der Bezug auf die christliche Tradition an erster Stelle, wenn es heißt: Die „deutsche[] Leitkultur [...] fußt auf den Werten des Christentums, der Antike, des Humanismus und der Aufklärung“ (WP, 63). Die durch Sprache, Bräuche und Traditionen, Geistes- und Kulturgeschichte näher definierte „deutsche Leitkultur“, für die die AfD eintritt, beschreibt sie so als konstitutiv geprägt sowohl von einer das Ethos praktisch formierenden „Überlieferung des Christentums“ (GP, 47) als auch von die Ethik⁵ bestimmenden „Werten des Christentums“ (WP, 63). Nur folgerichtig ist es demnach, wenn in der Präambel des Grundsatzprogramms resümierend von einer deutschen, abendländischen, „christliche[n] Kultur“ die Rede ist, die es dauerhaft zu erhalten gelte.⁶ Da die AfD und die als Bürgerbewegung, in Dresden inzwischen auch als eingetragener Verein agierende PEGIDA derzeit die am deutlichsten wahrnehmbaren gesellschaftlichen Formationen von Rechtspopulismus in Deutschland darstellen, sollen hier die

² https://alternativefuer.de/wp-content/uploads/sites/7/2016/05/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf.

³ https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/08/AfD_Wahlprogramm_2017_A5-hoch.pdf.

⁴ Ethos: verstanden als bleibende, intuitive Wertorientierung und Verhaltensdisposition eines Einzelnen oder einer Gemeinschaft (z. B. ärztliches Ethos).

⁵ Ethik: verstanden als prüfende Reflexion auf geltende Wert- und Verhaltensorientierungen (d. h. auf Moral).

⁶ Vgl. zu dieser Analyse auch die beiden Sammelbände: Stefan Orth/Volker Resing (Hg.): AfD, Pegida und Co. Angriff auf die Religion?, Freiburg i. Br. 2017; Wolfgang Thielmann (Hg.): Alternative für Christen? Die AfD und ihr gespaltenes Verhältnis zur Religion, Neukirchen-Vluyn 2017.

beiden zitierten direkten Bezugnahmen als exemplarisch für Selbstverständnis und Positionierung innerhalb jenes Spektrums gesellschaftspolitischer Kräfte in Deutschland gewertet werden. Ganz offensichtlich spielt ja in vielen Äußerungen und öffentlichen Akten rechtspopulistischer Gruppen die Inanspruchnahme von Christlichkeit eine große Rolle, oft als Identitätsmarker für die Herausstellung eines grundlegenden Kontrasts zu einem wenig differenzierenden Feindbild „des“ Islam.

Es greift jedoch zu kurz, rechtspopulistisches Selbstverständnis in jedem Fall auf diese Konzeptionalisierung und Funktionalisierung christlicher Identität im Gegenüber zum Islam zu reduzieren. Schon die angeführten Zitate weisen deutlich darüber hinaus. Hier wird vielmehr eine christliche Identität propagiert, die eine subjektive, emotionale und kulturelle Beheimatung der zustimmend Beteiligten nicht nur verspricht und inszeniert, sondern die von der Überzeugung getragen ist, „die religiöse Überlieferung des Christentums“ (GP, 47) nicht etwa selektiv oder gar umdeutend, sondern umfassend und authentisch in der kulturellen und ethischen Ausrichtung ihrer Politik zur Geltung zu bringen. Der sachliche Bezug auf christlich geprägtes Ethos und christlich geprägte Ethik ist daher ernst zu nehmen und biblisch-theologisch zu prüfen.

1 Das Doppelgebot der Gottes- und der Nächstenliebe

Den Kern des von der christlichen Botschaft geprägten Ethos sowie seiner Reflexion in der von dieser Botschaft inspirierten Ethik bildet das aus zwei alttestamentlichen Zitaten kombinierte Doppelgebot der Gottes- und der Nächstenliebe. In ihm konkretisiert sich richtungsweisend das biblisch fundierte Menschenbild. Es ist grundlegend individualethisch orientiert, auch wenn es Auswirkungen für Auffassungen von Recht und Gerechtigkeit zeitigt. Das Gebot der Gottesliebe wird in Dtn 6,5 als Grundpraxis der Gottesbeziehung eingeprägt, das der Nächstenliebe in Lev 19,18 als Konsequenz daraus zur Heiligung des nachbarlichen Zusammenlebens innerhalb des Bundesvolkes beziehungsweise (so Lev 19,33f) im Siedlungsbereich des Bundesvolkes. Das Gebot der Nächstenliebe zielt dabei nicht auf die Mitglieder des eigenen „Hausstands“, der eigene Familie. Diese sind maßgeblicher Teil der eigenen Identität; die Liebe zu ihnen ist gewissermaßen Bestandteil der Selbstliebe, wie sie in Lev 19 vorausgesetzt wird. Sowohl das Gebot der Gottes- wie auch das der Nächstenliebe werden im antiken Judentum weiterbedacht.⁷ Den synoptischen Evangelien zufolge führt Jesus dann beide anlässlich der Frage nach dem höchsten Gebot zusammen:

⁷ Vgl. dazu Thomas Söding: Nächstenliebe. Gottes Gebot als Verheißung und Anspruch, Freiburg i. Br. 2015, 82 – 96.

„Du sollst den Herrn, deinen Gott, lieben mit deinem ganzen Herzen und mit deiner ganzen Seele und mit all deiner Kraft und mit deinem ganzen Verstand, und deinen Nächsten [griech. *ton plēsion sou*] wie dich selbst“ (Lk 10,27).⁸

Dass dieses doppelte Liebesgebot das gesamte biblische Zeugnis des Glaubens an Jesus Christus bestimmt, lässt sich an fast allen neutestamentlichen Schriften belegen.⁹ Seine zentrale Stellung für den christlichen Glauben und dessen Praxis verdankt das Doppelgebot der Liebe Jesus Christus selbst. Denn zum einen verkörpert er die Gottesliebe – sowohl im Sinne der Liebe Gottes zur Welt und zu den Menschen als auch im Sinne der Liebe von Menschen zu Gott. Und Jesus Christus zeigt zum anderen durch seine Verkündigung, sein Leben und Sterben umfassend, was Nächstenliebe bedeutet. Der im griechischen Urtext für beide Arten von Liebe verwendete Begriff *agápē* geht über andere griechische Begriffe zur Bezeichnung von „Liebe“ hinaus, die ebenfalls im biblischen Gebrauch sind: Freundschaft (*filía*), Hingerissenheit (*éros*), Zuneigung (*storgē*). *Agápē* steht nicht im Kontrast dazu, sondern kann diese Spielarten der Liebe integrieren.¹⁰ Ihre biblische Grund- und christliche Hauptbedeutung jedoch ist eine eigene. Als Liebe Gottes zu seinen Geschöpfen ist *agápē* verstanden als lebensspendende und -erhaltende Bejahung der Schöpfung durch Gott, als seine schöpferische Lebenskraft. Sie erfüllt als „Lebensatem“ das Geschöpf (vgl. Gen 2,7), lässt Luft zum Atmen und Raum zur eigenen Entfaltung, findet ihren Ausdruck in freundlicher Fürsorge für das Leben jedes Geschöpfes und verwirklicht sich in Jesus Christus als leidenschaftlicher Einsatz für Versöhnung und Neubeginn.

Menschliche *agápē* ist von dieser göttlichen Liebe abgeleitet: Sie wird durch sie erst möglich, und sie ist verstanden als Antwort auf sie in Gottes- und Nächstenliebe der Gläubigen. Die Gottesliebe wird dabei von Jesus der Nächstenliebe vorgeordnet. „Weil es nur einen einzigen Gott und Herrn gibt, ist er über alles und mit allem zu lieben.“¹¹ Die Einheit und Einzigkeit Gottes begründet und motiviert die ganzheitliche Ausrichtung auf ihn: Wenn der Mensch letztlich ihm allein alles verdankt, dann ist die angemessene Antwort darauf umfassende Dankbarkeit ihm gegenüber und vertrauensvolle Einstimmung

⁸ Zit. nach der Übersetzung der Zürcher Bibel (Bibelstellenübersetzungen ansonsten im Folgenden meist nach der 2017 revidierten Lutherübersetzung). Die Parallelstellen in den anderen beiden Evangelien: Mt 22,37.39 und Mk 12,30f. Die von jüdischen Gelehrten (H. Cohen, L. Baeck, M. Buber) favorisierte Übersetzung der Begründung für das Gebot der Nächstenliebe in Lev 19,18 („Liebe deinen Nächsten [hebr. *re'a*], *er ist wie du*“) ist nur vom Hebräischen her möglich (*kamōkha*); bereits die Septuaginta übersetzt Lev 19,18 in der vom NT zitierten Weise ins Griechische: *hōs seautōn*.

⁹ Ausnahmen bilden der Hebräerbrief und die Johannesoffenbarung, s. Söding: Nächstenliebe (s. Fußnote 7), 342.

¹⁰ Dies gilt es festzuhalten gegenüber theologischen Versuchen, besonders etwa *agápē* und *eros* als regelrechte Gegensatzbegriffe zu etablieren, wie es in der Moderne Anders Nygren in seinem Werk „Eros und Agape“ unternommen hat.

¹¹ Söding: Nächstenliebe (s. Fußnote 7), 112.

in seinen Willen. Indem er sich so ergreifen und bestimmen lässt vom Geist der Liebe Gottes, wird das ganze Wesen des Menschen auf Gott hin ausgerichtet: aus vollem Herzen, von ganzer Seele und mit aller Kraft (Lk 10,27). Jesus fügt hinzu: von ganzem „Verstand“ (*diánoia*), denn diese Liebe „ist nicht irrational, sondern vernünftig“¹². Wichtigste Konsequenz dieser vom Glauben bestimmten Gottesliebe ist die Nächstenliebe. Sie ergibt sich aus der Gottesliebe insofern, als der glaubende Mensch erkennt, dass Gottes Liebe vorbehaltlos allen seinen Geschöpfen und daher auch allen Menschen gilt. Die Antwort der Gottesliebe auf die Teilhabe an der Liebe Gottes bringt also die menschliche Entsprechung zu dieser göttlichen Liebe für die Mitmenschen mit sich, und zwar ebenfalls ohne Vorbehalte. Sie ist „Einstimmung in die Liebe Gottes“¹³. In der Bibel kann Nächstenliebe daher als „Echtheitsbeweis der Gottesliebe“¹⁴ verstanden werden. Sie hat ihren Grund in der Gottesliebe, ihren Maßstab findet sie in der Selbstliebe: *Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst*. Nächstenliebe lässt sich so definieren als die gottgewirkte Kraft vorbehaltloser Zuwendung zum Mitmenschen nach dem Maß der Selbstsorge.

Anders als die Liebe zu Gott als dem einen und einzigen hat die Nächstenliebe damit viele mögliche Adressaten, und zwar ausdrücklich auch über die eigenen religiösen Grenzen und die Grenzen der Volkszugehörigkeit hinaus. Das zeigt nicht nur die von Jesus mit dem Samaritergleichnis (Lk 10) beantwortete Frage, wer der Nächste sei. Es erklärt auch, warum Nächstenliebe, anders als die Gottesliebe, nicht als dauerhafte, Geist und Gefühl umfassende Ausrichtung auf ein bestimmtes Gegenüber geboten ist. Wem die Liebe gilt, wird durch die Situation bestimmt, in welcher der Zuwendung benötigende Mensch gleichzeitig anwesend ist mit demjenigen, der ihm seine Zuwendung zuteilwerden lassen kann. Entscheidend wird damit für die Nächstenliebe nicht einfach ein bestimmter emotionaler Impuls, den man erfährt, sondern eine grundlegende innere Offenheit, Empfänglichkeit und Wachheit, eine Disposition, eben ein Ethos, mit dem man im Leben unterwegs ist und das in entsprechenden Situationen spontane, intuitive Handlungsimpulse freisetzt.¹⁵ Mit anderen Worten: Nicht ein Gefühl der Liebe, sondern ein Geist der Liebe ist das, was *agápē* als Nächstenliebe ausmacht.¹⁶ Dieser Geist verwirklicht sich jeweils konkret in vorbehaltloser Zuwendung dem anwesenden trost-, hilfs- oder unterstützungsbedürftigen Mitmenschen gegenüber.

¹² Ebd., 116.

¹³ Ebd., 125.

¹⁴ Ebd., 213.

¹⁵ Im Samaritergleichnis Lk 10 ist in V. 33 von „sich erbarmen“, „Mitleid empfinden“ die Rede (griech. *esplagchnísthē*, Luther übersetzt: „es jammerte ihn“).

¹⁶ Vgl. dazu Johannes Fischer: *Theologische Ethik. Grundwissen und Orientierung*, Stuttgart u. a. 2002, 127f.

2 Die Universalität des Liebesgebots

Nächstenliebe, so wie sie neutestamentlich als eine aktuelle, konkrete Nahbeziehung bestimmt wird, kennt gerade wegen der Situationsabhängigkeit ihrer Aktivierung und ihrer Herkunft von der Liebe Gottes zu den Menschen grundsätzlich keine Grenze – sie ist universal zu denken. Einer äußersten Konzentration auf die Liebe zum einen und einzigen Gott entspricht die ebenso radikale Universalität der Liebe zum Mitmenschen. Kann einem doch jeder Mensch zum Nächsten werden, wenn er in den Nahbereich des eigenen „Sichtfeldes“ gelangt: „Die Nächstenliebe ist eine Ethik auf Sichtweite.“¹⁷ Dabei gilt es auch, „die eigenen Sichtblockaden zu überwinden, um auch diejenigen als Nächste zu sehen, die nicht im Gesichtsfeld gestanden haben, weil sie aus moralischen, kulturellen, sozialen oder politischen Gründen außerhalb der eigenen Horizonte stehen“¹⁸. Dies ist nicht an allen einschlägigen biblischen Stellen im Fokus, und es gibt auch ausdrückliche Einschränkungen.¹⁹ Bereits das Alte Testament jedoch unterstreicht die grundsätzliche Unbegrenztheit der Nächstenliebe, indem es Fremdenliebe und sogar Feindesliebe einfordert. Damit zielt das biblische Zeugnis auf die Überwindung von Bedrohungswahrnehmungen und Diskriminierung:

„Und wenn ein Fremder [hebr. *ger*] bei dir lebt in eurem Land, sollt ihr ihn nicht bedrängen. Wie ein Einheimischer [hebr. *‘äzrach*] soll euch der Fremde gelten, der bei euch lebt. Und du sollst ihn lieben wie dich selbst, denn ihr seid selbst Fremde gewesen im Land Ägypten. Ich bin der HERR, euer Gott“ (Lev 19,33f).

In dieser Weisung geht es nicht um den besuchsweisen Aufenthalt eines Menschen, für den das Gastrecht gilt.

„[V]ielmehr steht der Nachbar mit Migrationshintergrund vor Augen, der Arbeitskollege mit anderer Hautfarbe; der Mitbewohner, der eine andere Herkunft hat.“²⁰

Auch in diesem Zusammenhang wird die Selbstliebe zum Maßstab für die Liebe zum Fremden gemacht: Das Gebot wird begründet mit dem Hinweis auf die eigene Erfahrung des Volkes Israel als Fremde in Ägypten. So wie sie dort als Fremde hätten behandelt werden wollen, sollen sie „ihre“ Fremden behandeln – ein Satz, der an die Goldene Regel denken lässt und eine Anleitung dazu bietet, wie sich in einem „inneren Dialog“

¹⁷ Thomas Söding: Wie weit reicht die Nächstenliebe? Das biblische Konzept in der Diskussion über den Altruismus, in: *EvTh* 77/4 (2017), 262.

¹⁸ Söding: Nächstenliebe (s. Fußnote 7), 368f.

¹⁹ Etwa für gesetzliche Einzelbestimmungen wie in Dtn 15,2f zum Umgang mit Darlehen.

²⁰ Söding: Nächstenliebe (s. Fußnote 7), 69.

die Perspektive des anderen einnehmen lässt, um zu einer ausgewogenen Lageeinschätzung und angemessenen Handlungsweise Fremden gegenüber zu gelangen.²¹

Auch das Gebot der Feindesliebe ist im Alten Testament grundgelegt.²² Doch aufgrund der Programmatik, mit der es in Bergpredigt (Mt 5,38-48) und Feldrede (Lk 6,26-37) von Jesus als „Spitzensatz“²³ seiner Ethik vorgetragen wird, sowie der neutestamentlichen Gesamtinterpretation des Lebens und Sterbens Jesu wegen ist Feindesliebe untrennbar mit der christlichen Glaubensüberzeugung verbunden. So wie diese Botschaft davon lebt, dass die Feindschaft, die Jesus entgegenschlägt und ihn schließlich ans Kreuz bringt, eine von ihm bewusst und freiwillig ertragene und überwundene ist, so wichtig ist es zu sehen, dass mit der von ihm gebotenen Feindesliebe nichts weniger gemeint ist als Unterwürfigkeit und Aufgabe von Selbstachtung. Vielmehr kann auch der Feind zum Nächsten und damit zum Hilfsbedürftigen werden, wenn er in den eigenen Nahbereich eindringt. „Feindesliebe ist konsequente Nächstenliebe. Auch der Feind ist ein „Du“²⁴, „den Gott nicht für das Böse bestimmt hat, das er tut, sondern für das Gute, das er tun sollte“²⁵. Ihn dazu zu bewegen, ist die Intention der Feindesliebe – mit subversiven Praktiken als „Alternative zur Vergeltung“²⁶, wie Jesus es vorgelebt hat. Sein Vorbild ist damit für Gläubige nicht nur eine Schule der Reflexion und Interpretation, sondern auch der Intuition für die unmittelbare Wahrnehmung des anderen in einer die Feindschaft überwindenden Perspektive.²⁷

So ist der Nächstenliebe nicht nur grundsätzlich-theologisch – durch die liebende Zuwendung Gottes zu allen seinen Geschöpfen – keinerlei prinzipielle Grenze gesetzt,

²¹ Mt 7,12, par. Lk 6,31. Vgl. zum Begriff eines „inneren Dialogs“ die von J. Williams und M. Bachtin inspirierte, in Kultur- und Sozialwissenschaften rezipierte Theorie des dialogischen Selbst des niederländischen Sozialpsychologen H. Hermans. Sie fasst das menschliche Selbst als eine Vielzahl von Ich-Positionen auf, zwischen denen das Selbst einen Dialog herstellen sowie situationsbezogen hin und her wechseln kann (s. Hubert J. M. Hermans/Thorsten Gieser [Hg.]: Handbook of Dialogical Self Theory, Cambridge 2012).

²² Das verdeutlicht bereits der unmittelbare Kontext, in dem das Gebot der Nächstenliebe Lev 19,18 steht: „(17) Du sollst deinen Bruder nicht hassen in deinem Herzen, sondern du sollst deinen Nächsten zurechtweisen, damit du nicht seinetwegen Schuld auf dich ladest. (18) Du sollst dich nicht rächen noch Zorn bewahren gegen die Kinder deines Volks. Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst; ich bin der HERR.“ Von tätiger Feindesliebe (und Tierschutz) handelt Ex 23,4f: „(4) Wenn du dem Rind oder Esel deines Feindes begegnest, die sich verirrt haben, so sollst du sie ihm wieder zuführen. (5) Wenn du den Esel deines Widersachers unter seiner Last liegen siehst, so lass ihn ja nicht im Stich, sondern hilf mit ihm zusammen dem Tiere auf.“

²³ Söding: Nächstenliebe (s. Fußnote 7), 186.

²⁴ Ebd., 188.

²⁵ Ebd., 186f.

²⁶ Ebd., 187.

²⁷ Mit „Intuition“ bezeichne ich dabei grundsätzlich das Verstehen eines Sachverhaltes nicht als Ergebnis eines Nachdenkens (diskursiv), sondern als schlagartiges Erfassen. Der Begriff hat im philosophischen Gebrauch eine lange, bewegte Geschichte; vgl. Theo Kobusch: Art. Intuition, in: HWPPh 4, 525 – 540; Joel Pust: Art. Intuition, in: Stanford Encyclopedia of Philosophy, <https://plato.stanford.edu/entries/intuition>.

sondern auch sachlich-relational – durch ausdrücklichen Einschluss von Fremden und Feinden.

3 Die Problematik der Universalität des Liebesgebots

Das Gebot der Nächstenliebe gilt zeitlich universal für jeden jeweils aktuellen Zeitpunkt im individuellen Leben. Es gilt räumlich universal für jeden hilfsbedürftigen Menschen im Nahbereich des jeweiligen Sichtfeldes. Ist dies realistisch oder vielleicht doch eine Überforderung menschlicher Beziehungsgestaltung? Eine Überforderung jedenfalls scheint immer deutlicher zutage zu treten und immer auswegloser zu wirken, je weiter räumliche und zeitliche Entfernungen medial und kognitiv zusammenschmelzen und sich im Gegenzug unsere Sichtfelder mit ihren Wahrnehmungshorizonten ausweiten. Damit werden Nahbereiche, in denen Nächstenliebe zu praktizieren wäre, faktisch und medial neu definiert. So vermögen Nachrichtenbilder leidender Menschen auch aus entfernten Erdteilen den Geist der Nächstenliebe – etwa als Spendenbereitschaft – zu aktivieren, bis hin zu persönlichem Beziehungsaufbau in direkten Patenschaften. Hier ergeben sich neue, medial vermittelte räumliche Nahbereiche. Aber auch neue zeitliche Nahbereiche werden definiert: Der eigene Umgang mit Umweltressourcen wirkt sich plausiblen Berechnungen zufolge direkt auf die Lebensbedingungen der Kinder- und Enkelgeneration aus. Mein Handeln kann mich also faktisch zum Nächsten von Menschen in der Zukunft machen. Nicht nur sachlich (Fremde, Feinde), sondern auch räumlich oder zeitlich weit entfernt Lebende werden so faktisch zu „fernen Nächsten“²⁸.

Sofern die Informationsaufnahme nicht bewusst insgesamt – oder gar gezielt nach bestimmten Kriterien – eingeschränkt wird, drohen daher mit hoher Wahrscheinlichkeit Dilemma-Situationen im Sinne einer Konkurrenz der Hilfsbedürftigkeit: Ich kann nicht allen helfen – wem helfe ich, wem nicht? Die Folge sind unter Umständen Erschöpfungszustände – oder es kommt zu einer Abstumpfung des Geistes der Nächstenliebe. Dies geschieht zum Beispiel, wenn rechtspopulistisches Denken die durch konkurrierende Hilfsbedürftigkeit entstehende moralische Belastung auflöst, indem es bestimmten Hilfeempfängern gruppenbezogen Undankbarkeit und kulturimperiale Absichten vorwirft,²⁹

²⁸ Auf diese Dimension hat schon früh besonders aufmerksam gemacht Hans Jonas: „Die Einhegung der Nähe und Gleichzeitigkeit ist dahin, fortgeschwemmt von der räumlichen Ausbreitung und Zeitlänge der Kausalreihen, welche die technische Praxis, auch wenn für Nahzwecke unternommen, in Gang setzt“ (Das Prinzip Verantwortung, Frankfurt a. M. 1989, 27).

²⁹ Dafür werden gern von Ausländern begangene Straftaten herangezogen, oft verbunden mit Hinweisen auf von ihnen empfangene Sozialleistungen.

Rangordnungen der Hilfswürdigkeit nach Herkunft und Anlass der Hilfsbedürftigkeit erstellt und zudem die Hilfsbedürftigkeit der alteingesessenen Bevölkerung betont.³⁰ Dabei gerät konkretes zwischenmenschliches Verhalten völlig aus dem Fokus. Es wird ersetzt durch Fragen nach kollektiver kultureller Identität und gesellschaftlicher Gerechtigkeit – und damit in sozialpolitische Kategorien überführt. So wichtig auch diese Kategorien sind:³¹ Sie ersetzen nicht die Frage nach der Nächstenliebe, sondern bilden zunächst nur den Kontext, in dem nach christlichem Verständnis Nächstenliebe jeweils konkret und unabhängig von Fragen nach sozialem Status, kultureller, ethnischer, nationaler Herkunft oder krimineller Vorgeschichte geboten ist. Der erwähnten Überforderung ist in christlicher Perspektive durch eine solche Umdeutung des Liebesgebots also nicht beizukommen.

Wenn diese Problemanzeige einer vielfach beobachtbaren forcierten Selektivität individueller Informationsaufnahme und -verarbeitung zutrifft, sollte zu deren Bearbeitung neben Kritik auch ein Versuch ihrer verstehenden Beschreibung gewagt werden: etwa als Spielart eines modernen „ethisch-moralischen Selbstschutzes“, um mit einer durch globale, aktuelle Information drohenden Entgrenzung des ethischen Nahbereiches überhaupt umgehen zu können. Das wäre dann eine besondere Konsequenz sogenannter „Glokalisierung“³².

Der zu ihrer Bewältigung von Rechtspopulisten aktivierte ethisch-moralische Selbstschutz zielt darauf, mithilfe fester Regeln eine „Neuordnung des Nahbereichs“ zu erreichen, die der unterstellten gruppenbezogenen Undankbarkeit der „Fremden“, einer gestaffelten Hilfswürdigkeit und der angenommenen eigenen kulturellen Identität und Hilfsbedürftigkeit entspricht. Diese „Neuordnung“ ist jedoch nicht nur christlich-ethisch nicht zu rechtfertigen. Sie ist auch sehr fragil. Nicht erst die Begegnung mit „Fremden“, sondern schon die Konfrontation mit bloßen Nachrichten, die das Eindringen von solcherart subjektiv und gruppenspezifisch Nachgeordneten und Ausgegrenzten in den eigenen Nahbereich ankündigen, kann nämlich als nicht zu bewältigende Gefährdung wahrgenommen werden.

³⁰ Vgl. z. B. die in der Sächsischen Zeitung im Januar und Februar 2018 vorgestellte repräsentative Umfrage zur Stimmung im Freistaat Sachsen als Teil der Serie „Tu was, Sachsen!“, <http://www.sz-online.de/sachsen/jetzt-sollen-leser-antworten-3865218.html>. Sie macht ein starkes Anerkennungsdefizit und Benachteiligungsgefühl Ostdeutscher gegenüber Westdeutschland bei der großen Mehrheit der Befragten aus.

³¹ Wichtig auch trotz der damit meist einhergehenden Stereotypisierung („die“ Ausländer, „die“ Muslime usw.).

³² Ein vor allem in den Kulturwissenschaften gebräuchliches Kunstwort, das „Globalisierung“ und „Lokalisierung“ miteinander verbindet. Es macht auf die durchschlagenden regionalen und lokalen Auswirkungen der Globalisierung aufmerksam, die aber keine globale kulturelle Homogenisierung zur Folge hat. Es entstehen vielmehr neue Kulturräume und Austauschprozesse, die auch neue ethische Klärungsprozesse erforderlich machen. Vgl. einführend Heinz Antor: Weiterentwicklung der anglophonen postkolonialen Theorie, in: Dirk Göttsche u. a. (Hg.): Handbuch Postkolonialismus und Literatur, Stuttgart 2017, 26 – 37, bes. 33.

Das zeigt etwa der vergleichsweise hohe Grad an Fremdenfeindlichkeit in Regionen Deutschlands mit vergleichsweise geringem Ausländeranteil:³³ Die eigentlich erwartbare Intuition der Hilfsbereitschaft (wie im Samaritergleichnis) wird durch entsprechende Nachrichten angesichts fehlender adäquater Handlungsmuster überlagert mit der für Überforderung typischen Reaktion von Angst, Bedrohungsgefühl und Abwehr. Werden in dieser Situation keine intuitiv zufriedenstellenden Lösungen zur Korrektur des fragilen Konstrukts der „Neuordnung im Nahbereich“ angeboten, erhalten diejenigen Stimmen leicht weiteren Zulauf und weiteres Gehör, welche die als bedrohlich erlebte Lage einfach rückgängig machen wollen und für diese „Neuordnung des Nahbereichs“ kollektive Rechtfertigungen anbieten, mit denen sich die dafür vorgenommenen Hierarchisierungen und Ausgrenzungen verteidigen lassen. Das wiederum hat in der Regel nicht nur eine Verarmung kultureller Identität zur Folge,³⁴ sondern auch eine „Verrohung der sittlichen Intuition“³⁵ als Gleichgültigkeit, Furcht oder gar Hass. Will man diese verhindern, dann reicht es nicht aus, die universal orientierte Nächstenliebe biblisch-theologisch fundiert immer neu einzufordern. Man muss vielmehr das genannte Überforderungsgefühl mit seinen Folgen ernst nehmen und nach Möglichkeiten suchen, ihm abzuhelpfen. Im Folgenden wird dazu ein Vorschlag gemacht.

4 Die Universalität lebbar machen: Schutz der Intuition und getrostes Handeln

Intuitionen spielen bei der ethischen Urteilsbildung und als individuelle Auslöser von Handlungsimpulsen eine wichtige Rolle. Sie können aus verschiedensten Gründen fehlgehen und bedürfen daher immer wieder der vergleichenden Ergänzung und reflektierenden Prüfung sowohl durch ethische Leitgedanken und Prinzipien als auch durch „Faktenchecks“. Dadurch lassen sich Vorstellungen, die auf Intuitionen einwirken, auf ihren Sachgehalt prüfen. Allein dem „Bauchgefühl“ zu vertrauen, reicht nicht. Dieses

³³ Vgl. z. B. die statistischen Angaben zum Ausländeranteil in kreisfreien Städten und Landkreisen im Jahresbericht 2016 des sächsischen Ausländerbeauftragten (http://sab.landtag.sachsen.de/dokumente/sab/SAB_JB_WEB_2016-Statistikteil_Inhaltsverzeichnis.pdf, 144ff) im Vergleich mit den entsprechenden regionalen Ergebnissen der Bundestagswahl 2017 (<https://www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahlen/2017/ergebnisse/bund-99/land-14.html>).

³⁴ Kultur lebt vom Kulturkontakt und bewahrt ihre Identität in der konstruktiven Verarbeitung interkultureller Begegnung auf lokaler, regionaler und globaler Ebene.

³⁵ Fischer: Theologische Ethik (s. Fußnote 16), 247. „Sittlich“ bzw. „Sittlichkeit“ wird mit Fischer hier verstanden als „umfassende[] Bezeichnung derjenigen Orientierungen [...], mit denen es die Ethik zu tun hat“ (ebd., 45).

Gefühl kann aber immerhin ein zuverlässiger Signalgeber für die Notwendigkeit von Reflexion sein. Indem so Intuition und Reflexion in einen „inneren Dialog“ kommen, sich wechselseitig beeinflussen und korrigieren, lässt sich ein sogenanntes „reflektives Gleichgewicht“ anzielen, ein „Überlegungsgleichgewicht“ also „zwischen Prinzipien und Intuitionen“³⁶ sowie den zwischen ihnen vermittelnden Bildern und Vorstellungen. Ein solcher „innerer Dialog“ zur Prüfung der Sachbezogenheit von Intuitionen ist unverzichtbar: Er vermag die sittlichen Intuitionen vor der genannten Gefahr ihrer „Verrohung“ aufgrund von Verzerrungen und Überlastungen zu schützen. Man könnte dies als „Intuitionshygiene“ bezeichnen. Sie hilft dabei, die Sensibilität von einstellungs- und handlungsrelevanten Intuitionen in der Wahrnehmung des Nächsten zu erhalten und Wahrnehmungsverfälschungen zu identifizieren.

Wenn auf diese Weise die Sensibilität der sittlichen Intuition erhalten bleibt, scheint die genannte Überforderung jedoch zunächst unausweichlich – und die Lebbarkeit einer Universalität der Nächstenliebe stark erschwert. Die Vielzahl der wahrgenommenen Situationen, die eine individuelle Zuwendung im Sinne der Nächstenliebe herausfordern, bleibt erdrückend. Ebenso belastend kann die persönliche Hilflosigkeit gegenüber strukturell und institutionell verfestigten Notlagen von Mitmenschen wirken, denen nicht spontan, sondern nur durch dauerhafte und ihre Lebensverhältnisse ändernde Zuwendung geholfen werden kann. Wenn in solchen Konstellationen das Gemeinwesen oder spezielle Hilfsorganisationen tätig werden, lässt sich zu Recht von einer Institutionalisierung der Nächstenliebe oder von „Strukturen geordneter Liebestätigkeit“³⁷ sprechen. Neben weltweit tätigen Hilfswerken und rechtlich geordneter Hilfe zählt dazu auch die Professionalisierung kirchlich-diakonischer Zuwendung, wie dies mit der Spezialsorge oder in diakonischen Einrichtungen gleichsam als Stellvertreterdienst geschieht. Die dadurch gewährte individuelle Entlastung steht jedoch ihrerseits erneut in der Gefahr, einer Verrohung der Intuition Vorschub zu leisten: Wenn etwa jemand an bettelnden Obdachlosen mit dem Gedanken vorübergeht, dass es ja Obdachlosenunterkünfte gebe – verweigert dieser Mensch nicht die diesem Nächsten eigentlich von ihm geschuldete *agápē*?

Die hier neben der Chance sichtbar werdende Gefahr institutionalisierter Nächstenliebe führt offenbar erneut zurück auf das Problem der Überforderung. Der christliche Glaube bietet jedoch eine umfassende Lösung des Dilemmas an, und die Prinzipien dieser Lösung finden in christlichen Werten ihren dauerhaften Niederschlag: Auch wenn Liebe nicht als spontanes Gefühl, sondern im Sinne der *agápē* als Konsequenz

³⁶ Ebd., 243, in Anlehnung an den Begriff des „reflective equilibrium“ des politischen Philosophen John Rawls.

³⁷ Theodor Strohm: Art. Liebestätigkeit, in: RGG⁴, Tübingen 2002, 365. Dazu gehören auch die religiöse Motivation zur Glaubensmission und die dadurch gebildeten Missionsgesellschaften.

des Glaubens in der „Ausrichtung von Affekt und Verstand“³⁸, also als Geist der Liebe verstanden wird – sie lässt sich nicht befehlen, denn sie verwirklicht und ereignet sich spontan. Sie ist damit eine „Glaubensfrucht“, die aus dem Glauben „erwächst“. Warum wird sie dann eigens geboten? Weil damit die dem rechten Gottesverhältnis entsprechende, umfassende Ausrichtung des menschlichen Lebens markiert wird, die es immer wieder neu zu verwirklichen gilt. Gottes- und Nächstenliebe sind auch für Gläubige keine „Selbstläufer“. Das Liebesgebot hat damit teil an der in theologischer Symbolisierung als Dialektik von „Gesetz“ und „Evangelium“ beschriebenen Spannung: als Anspruch und Zuspruch des göttlichen Gebotes, das in jüdisch-christlicher Tradition nicht eine irgendwie das Verhalten regulierende Vorschrift benennt, sondern eine die Wahrnehmung orientierende „Inschrift“ des Herzens, der Seele, der Kraft und des Verstandes.³⁹ Sie verwirklicht sich einerseits als gläubige Zustimmung zu diesem Gebot, die oft genug vor seinem Anspruch resignieren muss, andererseits als getroste Praxis, die im Vertrauen auf Gottes Zuspruch als von Furcht befreites Handeln in dieser Orientierung lebt. Der einzelne Mensch in seinem jeweils konkreten Kontext bleibt damit der primäre Adressat dieses Gebotes.

Davon abgeleitet kann, wie erwähnt, das Gebot der Nächstenliebe seine lebensprägende Kraft auch in gesellschaftlichen Ordnungen, zivilgesellschaftlichen Institutionen und in politischer Praxis entfalten.⁴⁰ Auch sie haben in ihren Versuchen, Liebe und Gerechtigkeit in einen Ausgleich zu bringen, auf ihre Weise teil an Erfolg und Versagen dem Anspruch des Liebesgebots gegenüber. Grundlegend bleibt jedoch für die Akteure auch hier: Das Bewusstsein, immer auch Nächstenliebe schuldig zu bleiben, muss weder zur „Verrohung der Intuition“ noch zu einer „Neuordnung des Nahbereichs“ führen: Wer in Jesus Christus Gott als der Welt und ihm als Menschen in Liebe Zugewandten und Wirkenden erkennt, der kann getrost seinerseits das ihm in sensibler Intuition jeweils Mögliche an vorbehaltloser Zuwendung – auch im medial erweiterten Nahbereich – leisten, ohne zu leugnen, dass er viel schuldig bleibt. Es ist also die Anwendung der rechtfertigungstheologischen Einsicht, die den Geist der Nächstenliebe in Menschen stärkt: dass Menschen immer Sünder bleiben und trotzdem in zeitlicher, räumlicher und sachlicher Universalität zuversichtlich handeln können, wenn sie sich Gott anvertrauen. Die christlichen Werte, die sich daraus bilden, sind diejenigen, die konkret zugewandtes, aufmerksames, getrostes Handeln angesichts immer hinter den eigenen Anforderungen zurückbleibender Taten dennoch gutheißen.

³⁸ So die Definition von „Geist“ nach Fischer: Theologische Ethik (s. Fußnote 16), 153.

³⁹ Vgl. Prov 3,1-3; 7,1-3.

⁴⁰ Vgl. dazu die folgende prägnante Formulierung im EKD-Papier „... und ihr habt mich aufgenommen.“ Zehn Überzeugungen zu Flucht und Integration aus evangelischer Sicht, Hannover 2017: „Für Christinnen und Christen ist Nächstenliebe das höchste Gebot. [...] Diese unbedingte Überzeugung lässt sich nicht direkt in Politik übertragen. Doch sie ist aus christlicher Sicht zentraler Maßstab und Orientierungspunkt“ (6).

Wenn also, wie eingangs zitiert, auch Rechtspopulistinnen und -populisten beanspruchen, sich auf diese christlichen Werte zu beziehen, so muss ihnen deutlich sein: Nicht angstgesteuerte, selbstgerechte oder in Aggression umschlagende Distanzierung, sondern die getroste Zuversicht und der universale Anspruch der Nächstenliebe sind das Markenzeichen „der religiösen Überlieferung des Christentums“ und „seiner Werte“. Denn:

„Furcht ist nicht in der Liebe, sondern die völlige Liebe treibt die Furcht aus“
(1. Joh 4,18).

Johannes Berthold

„Gott schuf den Menschen zu seinem Bilde ...“

Soziale und politische Konsequenzen eines alten Bekenntnisses

Das Orakel zu Delphi – wichtigste Kultstätte der hellenistischen Welt – begrüßte seine Besucher mit der Inschrift „Erkenne dich selbst“. Die seither gegebenen Antworten sind Dokumente eines bis heute nicht abgeschlossenen Ringens.

Schon der griechische Dichter Sophokles (496 – 406 v. Chr.) lässt Größe und Elend des Menschen ahnen: „Ungeheuer ist viel. Doch nichts ungeheurer als der Mensch“ (Antigone). Staunend schreibt Aurelius Augustin (356 – 430 n. Chr.) in seinen „Bekenntnissen“: „Ich bin mir selbst zur Frage geworden. Welch schauerliches Geheimnis, mein Gott, welch tiefe, uferlose Fülle! Und das ist die Seele, und das bin ich selbst? Was bin ich also, mein Gott? Was bin ich für ein Wesen? Ein Leben, so mannigfach und vielgestalt und völlig unermesslich!“ Der Philosoph Martin Heidegger (1889 – 1976) resümiert: „Keine Zeit hat so viel und so Mannigfaltiges vom Menschen gewusst wie die heutige. [...] Aber auch keine Zeit wusste weniger, was der Mensch sei, als die heutige.“¹ Und Richard David Precht fragt keck in seinem Buchtitel: „Wer bin ich und wenn ja, wie viele?“

So bleibt der Mensch eine Gleichung mit vielen Unbekannten. Auch der jüdisch-christliche Glaube beansprucht nicht, das Geheimnis des Menschen aufzulösen; vielmehr vertieft er es, wenn er durch den Begriff der Gottebenbildlichkeit das Geheimnis des Menschen mit dem noch größeren Geheimnis Gottes verbindet. Von der schier unermesslichen Wirkungsgeschichte dieses Begriffes sollen uns hier nur seine ethischen Implikationen beschäftigen, insbesondere im Blick auf unser soziales und politisches Zusammenleben.

1 Gottebenbildlichkeit des Menschen als Götterkritik

Die Rede von der Gottebenbildlichkeit des Menschen überrascht innerhalb des Alten Testaments. Denn im Gegensatz zu allen antiken Religionen mit ihren zahllosen Götterbildern war den Israeliten die Darstellung ihres Gottes streng verwehrt. Das Verbot

¹ Martin Heidegger: Kant und das Problem der Metaphysik, Frankfurt a. M. 21951, 189.

„Du sollst dir kein Bildnis machen“ (vgl. Ex 20,4, aber auch Dt 27,15) gehört geradezu zu den religiösen Grundgeboten des Alten Testaments.

Worum ging es? Sollte durch das Bilderverbot einer Vermischung mit fremden Kulturen gewehrt werden? Oder ging es – tiefer – darum, die Größe und Unbegreiflichkeit Gottes vor menschlicher Ingriffnahme zu schützen? Oder – noch grundsätzlicher – um die Unterscheidung zwischen Gott und Welt, Schöpfer und Geschöpf, deren Vermischung in den heidnischen Kulturen tragische Konsequenzen hatte? Denn die dort übliche Identifikation der Götter mit den widerstreitenden Kräften der Natur trug deren ständigen Kampf immer auch in das Zusammenleben der Menschen hinein, deren Kriege nun nichts anderes als ein Spiegelbild des Götterhimmels waren.

Deutlich ablesbar war dies an der Gestalt des Baal, des kanaanäischen Wetter- und Fruchtbarkeitsgottes, dessen Aggressivität und sexuelle Potenz im Bild des kraftstrotzenden Stieres religiös verehrt wurde. Ähnliches erlebten die gefangenen Israeliten in Babylon, dessen Hauptgott Marduk ebenfalls als „verwüstender Stier, Gewaltiger, dein Name ist über die Länder“ besungen wurde.² Im Namen dieses kraftstrotzenden Stieres hatte König Nebukadnezar mit unvorstellbarer Grausamkeit die ganze damalige Welt unterworfen; denn immer verwandelt sich der Mensch in das hinein, was er anbetet.

Überall, wo auch heute die Kräfte der Natur wie „Blut und Boden“, „Rasse“ oder „Klasse“ religiös oder ideologisch überhöht werden, findet sich jenes (neu)heidnische Denken wieder, das regelmäßig in die menschliche Geschichte Kampftheorien einträgt. Immer geht es dabei auch um die Verehrung biologischer Mächte und militärischer Selbstdurchsetzung. Es ist die Physiognomie der Stiergötter, und sie hat bis heute nichts von ihrer Faszination eingebüßt; wer sich den Blick dafür schärfen lässt, wird sie überall erkennen. Die Leidenschaft, mit der Gott die Bilder dieser Götter abwehrt, ist nichts anderes als seine Leidenschaft für den Menschen.

Interessant aber ist, dass in Gen 1,26ff für die Gottebenbildlichkeit des Menschen genau jene Begriffe verwendet werden („Bild“ und „Gleichnis“), die dem kultischen Abbild Marduks galten. Das war nichts anderes als eine kühne „Enteignung“ des tyrannischen Stiergottes, der die Welt zur Arena und das Leben zum Kampf gemacht hatte. Zugleich war es Ausdruck des Widerstandes gegen das durch diese Götter legitimierte Herrschaftssystem der Babylonier.

² Morris Jastrow: Die Religion Babyloniens und Assyriens, Gießen 1912, 53.

2 Gottebenbildlichkeit des Menschen als Bildungsprogramm

Das Bekenntnis zur Gottebenbildlichkeit des Menschen geht in solcher Abwehr natürlich nicht auf. Die radikale Verneinung der kultischen Götterbilder war vielmehr ein „Platzhalter“ (Hanna-Barbara Gerl-Falkovitz) für die ebenso radikale Bejahung des Gottesbildes – des Menschen! Wie aber ist dieser Begriff zu verstehen?

Auf alle Fälle geht es nicht darum, den Menschen an die Stelle Gottes zu setzen. Die beiden in Gen 1,26ff verwendeten Worte „Bild“ und „Gleichnis“ schließen eine solche Identifikation aus. Das eine spricht von der unvergleichlichen Nähe des Menschen zu Gott, das andere von der Distanz, die Gott allein Gott und den Menschen Mensch sein lässt. Gottebenbildlichkeit des Menschen meint vielmehr, dass der Mensch in seinem Menschsein an Gott als sein „Urbild“ gewiesen ist, nach dem er geschaffen ist. Im Anschauen dieses Urbildes soll der Mensch „gebildet“ werden. In diesem Sinne bezeichnet Gottebenbildlichkeit eine Art „Bildungsprogramm“, das den Menschen in seine schöpfungsmäßige Bestimmung einführt.

Es ist gerade dieses „Urbild“, das dem Bilderverbot im Dekalog vorausgeht und an dem sich Gott und die Götter scheiden: „Ich bin der JAHWE, dein Gott, der ich dich aus Ägyptenland, aus der Knechtschaft, geführt habe. Du sollst keine anderen Götter haben neben mir. Du sollst dir kein Bildnis noch irgendein Gleichnis machen, weder von dem, was oben im Himmel, noch von dem, was unten auf Erden, noch von dem, was im Wasser unter der Erde ist“ (Ex 20, 2ff).

Dieser Gott, der Sklaven aus dem Staube erhebt und ihnen ihre Würde zurückgibt, ist keine Manifestation mächtiger Naturgewalten noch offenbart er sich in den Bildern kraftstrotzender Tiere. Es ist geradezu ein Kontrastprogramm, wenn er zu Mose aus dem Dornbusch spricht – dem niedrigsten aller Bäume. In der jüdischen Tradition versinnbildlicht der Dornbusch Israels Not und zugleich Gottes Mitleid: „Der Heilige, gelobt sei er, erniedrigte sich und sprach aus der Mitte des Dornbuschs. Warum aus dem Dornbusch und nicht aus der Mitte eines großen Baumes, etwa einer Dattelpalme? Der Heilige, gelobt sei er, sagte: Ich bin bei ihm in der Not. Sie befinden sich in der Unterjochung, ich bin desgleichen im Dornbusch, an einem engen Ort.“

Es sei hier nur angemerkt, dass auch die Selbstoffenbarung Gottes in Jesus Christus dem Geiste nach aus dem „Dornbusch“ heraus geschah. Denn sie offenbart dasselbe Wesen – seine Liebe, sein Erbarmen, sein Herz gerade auch für die Erniedrigten dieser Welt. Wenn also das „Urbild“ das geoffenbarte Wesen Gottes, sein Charakter ist, dann wird klar, dass es „nicht etwas am Menschen [ist], das ihn zu einem Bild Gottes macht – sei es die körperliche Gestalt, der aufrechte Gang, die Geistnatur, die Ansprechbarkeit, die Zweigeschlechtlichkeit oder der Herrschaftsauftrag“, meint Wilfried Härle. Bild Gottes bedeute vielmehr die „gelebte Veranschaulichung, eine Darstellung, ja eine Verwirklichungsform des Wesens Gottes“. Und weiter schlussfolgert er aus dem Ge-

sagten, „dass der Mensch die Gottebenbildlichkeit nicht hat wie eine Eigenschaft oder einen Teil seines Wesens, sondern dass sie die dem Menschen zugesagte, zuge dachte und zugemutete Bestimmung zur Liebe ist, die freilich als solche unverbrüchlich für ihn gilt. Und weil sie unverbrüchlich gilt, darum besteht im Blick auf jeden Menschen die Hoffnung, dass sie sich ihm (wieder) erschließen und er sie (wieder) finden kann.“³ Die Bestimmung zur Liebe macht den Begriff der Gottebenbildlichkeit zu einem Beziehungswort, das sowohl das Verhältnis zu Gott als auch zum Mitmenschen prägen soll. Ähnlich sagt es Bernd Janowski: „Der Mensch [...] bleibt nur Mensch, wenn er diesen Zusammenhang von Gottes- und Nächstenliebe als für sein Leben bestimmend sein lässt.“⁴

Ausgeschlossen sind hier alle „Kampftheorien“, die statt der Liebe den Hass lehren. Ausgeschlossen sind Ideologien, deren Wahrnehmung von Feindbildern geprägt ist, die die Realität verzerren und die Geschichte der Menschheit zum Kriegsgebiet erklären. Mit der Bestimmung zur Liebe sind sofort zwei weitere Bestimmungen mitgegeben. Zum einen kann Liebe sich nur in *Freiheit* verwirklichen. Wirkliche Liebe kann nicht erzwungen werden. Emil Brunner meinte, Gott habe den Menschen so frei gemacht, „dass sogar sein Zwingen unsere Liebe nicht erzwingen könnte“. Und deshalb will Gott „uns gegenüber allmächtig sein, dass er unser Herz gewinnt durch seine Herablassung im Sohn, im Kreuz des Sohnes. Keine andere Allmacht Gottes kann unser Herz erobern und öffnen.“⁵

Ausgeschlossen sind hier alle religiösen und ideologischen Versuche, das Denken und das Gewissen der Menschen zu beherrschen – sei es mit sanfter Verführung oder mit hartem Diktat, sei es durch freiwillige Unterwerfung oder mit Gewalt. Ausgeschlossen sind auch „Führerprinzipien“, die absoluten Gehorsam fordern und damit die Würde des Einzelnen auflösen und ihn zur Masse degradieren. Die Stärke einer Gesellschaft liegt hingegen darin, dass sie die Persönlichkeit des Einzelnen fördert, ihm Freiheit und Verantwortung zutraut – und zumutet.

Zum anderen setzt Liebe auch *Recht*. Im Recht nimmt die Nächstenliebe konkrete Gestalt an. Im Recht akzeptiert der Mensch, dass seine Freiheit an der Freiheit des anderen seine Grenze findet. Es verwehrt dem Menschen, sein Glück dort zu suchen, wo er das Glück des anderen zerstören würde. Es benennt, was Gut und Böse ist und was den anderen schützt oder ihm schadet.

Ausgeschlossen ist dabei, dass die Macht das Recht setzt – und notfalls auch beugt. Ausgeschlossen ist auch die Selbstbestimmung dessen, was gut und böse ist – die „eigenmächtige Okkupation ... des Ethischen ... Der Mensch soll Gottes Gebot über gut

³ Wilfried Härle: Dogmatik, Berlin 2000, 434.

⁴ Bernd Janowski: Konstellative Anthropologie, in: ders. (Hg.): Der ganze Mensch. Zur Anthropologie der Antike und ihren europäischen Nachgeschichten, Berlin 2012, 109 – 127, 121.

⁵ Emil Brunner: Dogmatik I, Zürich 1953, 272.

und böse entsprechen, nicht selbstherrlich über gut und böse befinden, sein wollend wie Gott (Gen 3,5). Er soll es sich gesagt sein lassen (Mi 6,8).“⁶

In all dem wird deutlich, dass die Grundbestimmung des Menschen zur Liebe aus ihrem innersten Wesen heraus zu einer Gesellschaft drängt, deren Grundpfeiler Freiheit und Recht sind. Damit wird eine kritische Instanz eingeführt, an der sich Politik ebenso messen lassen muss wie Wirtschaft und Bildung, ja eine Gesellschaft in ihrem sozialen Zusammenleben insgesamt. Auch Herrschaftsansprüche und Parteiprogramme müssen sich daran messen lassen, ob sie die Liebe verletzen, das Recht beugen oder die Freiheit beschränken.

3 Gottebenbildlichkeit des Menschen als Grundlage der Demokratie

Das Bekenntnis zur Gottebenbildlichkeit des Menschen hat ihre nachhaltigste Wirkung darin entfaltet, dass sie uns anleitet, in jedem Menschen das Antlitz Gottes zu sehen und damit auch seine Würde, seinen Wert, ja sein Geheimnis. Die göttliche „Abstammung“, die in altorientalischen Königshäusern als Privileg lediglich der herrschenden Dynastie vorbehalten war und zur Legitimation ihrer eigenen Herrschaft dienen musste, wird nun im Schöpfungsbericht „demokratisiert“.

Die Gottebenbildlichkeit wird zuerst ausgesagt im Blick auf Mann und Frau. Souverän und lapidar heißt es: „Und Gott schuf den Menschen zu seinem Bilde, zum Bilde Gottes schuf er ihn; und schuf sie als Mann und Frau“ (Gen 1,27). Man halte sich das Unerhörte dieses Satzes in der damaligen Zeit vor Augen! Doch steht die Aussage nur exemplarisch für alle Menschen. Sie verbindet alle in einer tiefen Solidarität, die in jedem Menschen den Bruder und die Schwester sehen lässt.

Genau in diesem Sinne hatte der Lutherische Weltbund 1977 in Daressalam im Blick auf die Apartheid in Südafrika sogar den status confessionis ausgerufen – zu Recht. Willem Visser’t Hooft bezeichnete diese Erklärung als „das Kühnste, das eine internationale Kirchenorganisation bisher je gesagt hat. Denn keine hat bisher je gewagt, über eine Situation den Bekenntnisstand auszurufen, was weit radikaler als zum Beispiel das Anti-Rassismus-Programm ist.“⁷ Und als Nelson Mandela nach 27 Jahren bitterer Gefangenschaft auf Robben Island der erste schwarze Präsident Südafrikas wurde, verkündete er, dass er lieber farbenblind sein wolle als die Welt in Schwarz und Weiß einzuteilen. Das Land begann sich zu versöhnen. Ehemalige Wärter wuschen ihren Häftlingen die

⁶ Hans-Georg Fritzsche: Leittexte der Bibel, Berlin 1981, 32.

⁷ Ulrich Duchrow: Konflikt um die Ökumene, München 1980, 232.

Füße. Die Gottebenbildlichkeit gab gedemütigten Menschen ihre Würde zurück. So ist die Erinnerung an die gemeinsame Gottebenbildlichkeit immer auch der Entwurf eines geheilten Zusammenlebens.

Ausgeschlossen ist deshalb jede Diskriminierung von Menschen z. B. aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Religion, ihrer Rasse oder ihrer sozialen Zugehörigkeit. Ausgeschlossen ist auch jede Überhöhung nationaler Identität, die sich – oft unter Benutzung alter Bedrohungslügen – bis hin zum Nationalismus steigern kann, der sich bekanntlich weniger „aus der Liebe zum eigenen Volk als aus dem Hass gegen die anderen“ (P. Bartololy) speist. Der christliche Glaube löst nationale Identität nicht auf, aber er relativiert sie. Das Nationale hat für ihn nur eine begrenzte Legitimation. Vielmehr verbindet er Menschen über Länder und Grenzen hinweg in einer neuen Identität. Solche Relativierung nationaler Größe gibt den Blick frei auf die Gemeinsamkeit des Menschseins, bei der nicht Jude noch Grieche, nicht Knecht noch Freier, nicht Mann noch Weib gilt, „denn ihr seid allzumal einer in Christus Jesus“ (Gal 3,28).

Schließlich stellt die Gottebenbildlichkeit als demokratischer Begriff jeden Menschen nicht nur unter eine gleiche Würde, sondern auch in eine gleiche Verantwortung. Damit wurde auch weltliche Herrschaft angreifbar, sogar die Herrschaft eines Helden wie David, des innigst geliebten Königs Israels, des strahlenden Kriegshelden und unvergesslichen Psalmendichters. Denn nicht er, sondern Gott war oberster Gesetzgeber; vor ihm mussten sich alle gleichermaßen verantworten. Ihm, keinem irdischen Herrn, schwor Israel die Treue. Und so geschah, was in anderen orientalischen Königshäusern undenkbar war, weil kein gewöhnlicher Sterblicher, sondern ein Halbgott auf dem Thron saß: Der Prophet Nathan kommt zu David und zieht ihn wegen seiner Affäre mit Bathseba zur Rechenschaft. Mit der Gleichheit aller Menschen wird hier der Gedanke der Demokratie grundgelegt, deren innerstes Geheimnis nicht nur in freien Wahlen, Gewaltenteilung oder freier Rede besteht, sondern in der Fähigkeit, sich selbst immer wieder und schonungslos infrage stellen und verwandeln zu lassen. Solche aus dem jüdisch-christlichen Erbe gewachsene Bereitschaft zur Selbstkritik und damit auch zur Korrektur ist die wesentliche Dynamik jeder freiheitlichen Demokratie.

4 Schluss

Die sozialen, gesellschaftlichen, kulturellen und auch politischen Dimensionen der biblischen Anthropologie lassen nicht zu, unseren Glauben zu privatisieren. Doch wie können wir sein kritisches und heilendes Potenzial einer pluralen und säkularen Gesellschaft vermitteln? Wie können wir die Grundlagen des biblischen Menschenbildes und die damit gegebenen Zielvorstellungen gelingenden Lebens weitergeben?

Wir können nur daran erinnern, dass die ethische Substanz unserer demokratischen Verfassung sich solcher beschriebenen religiösen Ursprungserfahrungen verdankt. Sie ist nicht in der Natur des Menschen begründet; das letzte und auch schon das begonnene Jahrhundert kommen an dieser Einsicht nicht mehr vorbei. Menschenwürde, Freiheit, Gleichheit, Recht und Gerechtigkeit – sie alle wurzeln in der biblischen Gotteserfahrung und in dem Adel des Menschen, nach dem Ebenbild dieses Gottes geschaffen zu sein. Solche Erinnerung können wir als Kirche nicht mehr mit großer, gar von außen gestützter Autorität wachhalten. Doch geschieht sie überall dort, wo in dieser Gesellschaft das Wort Gottes verkündet und gelebt wird. Kirchliche Verkündigung wird deshalb gesellschaftlich wirksam, wenn sie die Gewissen derer schärft, die sie erreicht. Liegt die Stärke unserer Gesellschaft in der Herausbildung der Persönlichkeit des Einzelnen, dann gehört dazu auch, ihn auf seine Verantwortung vor Gott und vor den Menschen hin anzusprechen. In solcher Verantwortung wird das Urteilsvermögen geschärft, das Ethos geformt und die immer wieder nötige Unterscheidung der Geister eingeübt, die uns hilft, in unübersichtlichen Zeiten Orientierung zu finden.

Harald Lamprecht

Zu grob gerastert

Warum mehr Streitkultur helfen könnte, die gesellschaftliche Spaltung zu überwinden

In der Debatte um Flüchtlingspolitik, Nationalismus, Zuwanderung und Fremdenfeindlichkeit ist in vielen Ebenen der Gesellschaft eine gefährliche Tendenz zur Schwarz-Weiß-Zeichnung zu beobachten. Dies erschwert eine sachbezogene und angemessene Auseinandersetzung erheblich, weil sie ein gegenseitiges permanentes Missverstehen zunächst provoziert und in der Folge zementiert. Das offensichtliche Bedürfnis zur Lagerbildung reduziert die Vielzahl möglicher Aspekte und Einstellungen auf eine duale Ja-Nein-Entscheidung mit weitreichenden Konsequenzen. Diverse andere Indikatoren politischer Einstellungen, theologischer Positionen und gesellschaftlicher Zuordnungen verblassen hinter der einen, offenbar alles bestimmenden Frage: Soll die Bundesrepublik Deutschland weitere Flüchtlinge aufnehmen? Wer sich dafür ausspricht, dass geflohene Menschen Anspruch auf Asyl und eine menschenwürdige Behandlung haben, sieht sich auch als möglicherweise bislang treuer CDU-Wähler plötzlich als „linksgrün“ klassifiziert und in eine Reihe mit Autos anzündenden Autonomen gestellt. Umgekehrt passiert es ebenso, dass auch Sympathisanten der Grünen sich plötzlich als „rechts“ abgestempelt wiederfinden können, wenn sie z. B. eine erhöhte Kriminalitätsneigung entwurzelter migrantischer Jugendlicher diskutieren. Aus der Angst heraus, nicht jeweils auf der anderen Seite vom Pferd zu fallen, wird jedes Detail, das als Tendenz in die „falsche“ Richtung gewertet wird, mit dem Ganzen gleichgesetzt, im eigenen Bereich tabuisiert und im „gegnerischen“ Bereich energisch bekämpft. Daraus folgen unvermeidlich gegenseitige (und zum Teil durchaus zutreffende) Vorwürfe, die anderen würden die eigentlichen Probleme nicht sehen wollen: die Gefahren einer „Islamisierung“, die Verrohung durch schleichenden und offenen Rassismus, kulturelle Entfremdung und Heimatverlust, die Aufgabe der Menschenwürde.

1 Gewaltige Gemeinsamkeiten

Für eine sachbezogene Auseinandersetzung, die Pauschalisierungen und falsche Zuschreibungen vermeidet, ist es unerlässlich, das jeweilige Raster der Zuordnung nicht

zu grob zu wählen. Im Gegenteil – es lohnt sich in der Regel, auch innerhalb der Kategorien nach Binnendifferenzierungen zu suchen. Was ist damit konkret gemeint? Nehmen wir als Beispiel Herrn F. und Frau K. Beide wohnen in relativer Nachbarschaft und haben sich früher gemeinsam in ihrem Wohngebiet bei Nachbarschaftsfesten engagiert. Eigentlich haben sie viel gemeinsam. Aber die „Flüchtlingsfrage“ hat sie in einer Weise entzweit, dass sie keine Basis mehr für ein gemeinsames Miteinander finden, sondern sich feindlich gegenüberstehen und im jeweils anderen „Lager“ verorten. Dabei liegt der Unterschied ihrer Auffassungen in einer Nuance. Beide sind der Meinung, dass Geflüchteten, deren Haus zerbombt wurde, geholfen werden muss. Beide wissen, dass Deutschland nicht alle Armen und Unterprivilegierten der Welt aufnehmen kann. Beide kennen die Schrecken des Nationalsozialismus und haben keine Sympathien für braune Stiefelnazis, Kameradschaften und rechtsextreme Parteien. Beide schätzen das Privateigentum, sind bürgerlich situiert und halten nicht viel von Anarchie. Beide sind im Grunde für Religionsfreiheit und verabscheuen die Gräueltaten des Islamischen Staates. Beide waren vorher nicht besonders politisch engagiert, aber genießen die Freiheiten der demokratischen Grundordnung in Deutschland. Beide sind dafür, dass es zwischen Männern und Frauen einigermaßen gerecht zugehen soll, leben in „normalen“ Familien (verheiratet, heterosexuelle Beziehung mit eigenen Kindern), haben aber auch homosexuell empfindende Menschen in ihrer Verwandtschaft oder ihrem Bekanntenkreis, mit denen sie unverkrampften Umgang pflegen. Lediglich zu der Frage, ob es richtig war, dass 2015 die Grenzen zu Österreich geöffnet wurden, sagt Herr F. ja und Frau K. nein.

2 Zuschreibungen

Dieser eine Unterschied hat sich in den gesellschaftlichen Debatten der letzten Monate zum einzigen Kriterium hochgeschaukelt, an dem nahezu alles bemessen und von dem zu viel abgeleitet wird, denn daran entscheidet sich Freund oder Feind. Es ist, als seien sämtliche anderen möglichen Betrachtungskategorien entschwunden und die vielfältigen Rasterungen und Graustufen der Beurteilung einem Schwarz-Weiß-Schema gewichen. Dies treibt eigentlich nahe beieinanderliegende Positionen auseinander an die gegenüberliegenden Enden des Spektrums und hinterlässt in der Mitte einen schwer überwindlichen Graben.

Daraus folgt, dass Herr F. in der Perspektive von Frau K. ein „Gutmensch“ ist, der den Sinn für die Realität verloren hat, der keine Angst davor hat, dass islamistische Terroristen nach Deutschland kommen, der keine Heimatliebe verspürt und den Ausverkauf kultureller Traditionen befördert, der Ehe und Familie abschaffen und durch irgendwelchen „Gender-Gaga“ ersetzen will und Massenvergewaltigungen durch Migrantenbanden in

Köln gutheißt. Umgekehrt ist Frau K. in der Perspektive von Herrn F. jetzt „rechts“. Das impliziert, dass sie die Ungleichbehandlung von Menschen fördert. Indem sie dies mit Merkmalen der ethnischen Herkunft begründet, ist sie ein Rassist. Weil sie sich gegen den Zuzug von Migranten ausspricht, vertritt sie Positionen, die auch die NPD auf ihren Wahlplakaten hatte. Wer Positionen von offensichtlichen Nazis vertritt, ist dann selbst auch irgendwie Nazi.

3 Die Folgen

Beide fühlen sich von diesen Zuschreibungen nicht korrekt behandelt und wehren sich gegen die darin enthaltenen Übertreibungen. Dennoch entfalten diese ihre Wirkung, und beide bewegen sich tatsächlich in dieser Richtung auseinander.

Herr F. bekommt über einen Flüchtlingstreff, den er mal besucht hat, um sich ein Bild zu machen, Kontakte zu Menschen in der antirassistischen Bildungsarbeit. Deren Argumente überzeugen ihn. Er trifft Leute, die sich in der Queer-Szene für Minderheiten einsetzen, die sich nicht einfach zweigeschlechtlich als Mann oder Frau zuordnen wollen oder können. Er lernt Menschen kennen, die sich schon lange gegen Rechts-extremismus engagieren, liest Studien, wie weit Einstellungen zu „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ (GMF) schon in der Mitte der Bevölkerung angekommen sind, und erkennt, wie sehr er selbst früher auch für Etabliertenvorrechte gestritten hat. Den „schwarzen Block“ findet er immer noch schlecht. Aber er kennt jetzt Menschen von der Antifa und findet, dass sie in manchem schon recht haben. Herr F. achtet jetzt mehr auf seine Sprache, redet nicht mehr von „Asylanten“ und überlegt, ob er Frau K. korrekter als Rassist*In statt als Rassist beschreiben müsste.

Frau K. lernt auch neue Freunde kennen. Auf ihrem Facebook-Account trudeln täglich Meldungen über Gräueltaten von Flüchtlingen ein. Vor ihrem Haus hat die Identitäre Bewegung einen Sticker mit dem Motto „Heimatverliebt“ an die Laterne geklebt. Das passt auch für sie, findet sie. Auf einer Veranstaltung hat sie eine Rede von Götz Kubitschek gehört. Das war in ihren Ohren nicht alles verkehrt. Asylbewerberheime anzuzünden, findet sie immer noch vollkommen inakzeptabel. Aber davon, dass es einen Unterschied zwischen dem Eigenen und dem Fremden geben muss, ist sie überzeugt. Sie überlegt, der Einprozent-Bewegung mal eine Spende zukommen zu lassen, die haben sich doch auch um Wahlbeobachtung gekümmert und so unsere Demokratie verteidigt.

4 Das Raster verfeinern

Gibt es eine Chance, dass Frau K. und Herr F. wieder zueinanderfinden? Kann der Riss in der Gesellschaft wieder zuwachsen? Können sie beim nächsten Wohngebietsfest lachend miteinander im Gespräch sein, ohne diese Themen alle völlig auszuklamern? Es wäre sehr nötig. Die Verankerung in den demokratischen Grundwerten unserer Gesellschaft, der Gerechtigkeit, der Menschenwürde, kann eine Hilfe dabei sein, wenn es gelingt, sich dieser Gemeinsamkeiten neu bewusst zu werden. Die Kritik am Islam speist sich nicht aus einer generellen Ablehnung der Religionsfreiheit, sondern aus durchaus berechtigter Sorge vor gewalttätigen Randgruppen. Das Engagement für Genderfragen folgt nicht dem Ziel der Zerstörung der Familie, sondern dem Wunsch nach Gerechtigkeit zwischen Männern und Frauen. Heimatliebe ist schön, und zu ihr gehört, dass auch Zugezogene sich hier wohlfühlen sollen und mit Anstand und Respekt behandelt werden.

Das direkte Gespräch ist die Voraussetzung dafür, unpassende Pauschalzuschreibungen zu überwinden und sich genauer wahrzunehmen. Eine Hilfe dabei kann es sein, zunächst einmal das Raster der gegenseitigen Zuordnungen zu verfeinern. Wenn es nicht mehr nur aus den Blöcken „Gutmensch“ und „Nazi“ besteht, ist ein Anfang gemacht. Auf der einen Seite ließen sich z. B. Rechtsextreme, Neue Rechte, Rechtspopulisten und die Kategorie der „besorgten Bürger“ unterscheiden. Auf der anderen Seite ist es noch bunter. Da tummeln sich nicht nur die verschiedenen demokratischen Parteien mit ihren unterschiedlichen Programmatiken von SPD bis Linke und im Grunde sogar die CDU. Dazu kommen kirchliche Gruppen, Gewerkschaften, Vereine, Antifa und Autonome. Es ist banal, auf diese Unterschiede hinzuweisen, wäre es nicht so absurd, dass diese innere Vielfalt zusammenklumpt in einer Auseinandersetzung, die auf innere Einigkeit durch starke Feindbilder setzt und dadurch kein Interesse an Unterscheidungen, sondern nur an Vergrößerungen hat. Freund oder Feind sind eben Kategorien, die weniger Detailkenntnis in der Zuordnung erfordern. Dass die Grenzen auch ganz anders laufen können – je nach Thema und Zuordnung – erscheint da schon als erhebliche Leistung der Zivilisation. Eine solche Verfeinerung des Zuordnungsrasters darf auch nicht lediglich horizontal erfolgen. Das Leben spielt sich nicht auf einer Achse zwischen links und rechts ab. Es gibt viele andere Dimensionen, die sich nicht eindeutig in solch einer Skala abbilden lassen. Wie z. B. Themen wie Kapitalismuskritik, Frieden in der Ukraine, Widerstand gegen staatliche Überwachung, Zinssystem und Grundeinkommen etc. zeigen, finden sich dafür im „linken“ wie im „rechten“ Lager engagierte Fürsprecher.

5 Harmonie und Streitkultur

Eine nicht unwesentliche Mitursache für die gegenwärtigen gesellschaftlichen Probleme ist ein weit verbreiteter Verlust an Streitkultur. Es ist zunehmend unüblich und daher ungeübt, Meinungsdivergenzen im offenen argumentativen Gespräch anzugehen. Das Sich-Einlassen auf Argumente des anderen und die Verteidigung der eigenen Position mit nachvollziehbaren Gründen ist anstrengend – keine Frage. Auch die Unterscheidung zwischen der Person und ihrer Position ist eine Zivilisationsleistung. Politiker sind darin geübt und können mitunter auch nach einer erbitterten Debatte mit Kollegen von der anderen Fraktion nach Feierabend ein Bier trinken. Vielen Bürgern fällt das schwer. Viel einfacher – und damit leider häufiger – ist die Ausgrenzung und Tabuisierung der missliebigen Position. Die eigene Überzeugung, im Besitz der Wahrheit und auf dem Weg des Guten zu sein, wird dann nicht infrage gestellt. Das Gefühl der moralischen Überlegenheit kann immun machen für die Erkenntnis der Unzulänglichkeit einer solchen Situation. Weil Menschen in den allermeisten Fällen im Grunde harmoniebedürftig sind, streben sie danach, sich mit Gleichgesinnten zu umgeben, und meiden die Gesellschaft von Menschen mit gegenläufigen Auffassungen. Im gesunden Normalfall gelingt das nur in begrenztem Maß, weil man in Arbeitswelt, Kirchengemeinde, Nachbarschaft und Verwandtschaft auch immer mit anderen Menschen und deren anderen Auffassungen konfrontiert wird und sich damit auseinandersetzen muss. Wo sich aber (wie in der gegenwärtigen Situation) diese Lebensräume plötzlich säuberlich sortieren und in all diesen Bereichen nur noch mit denen intensiverer Kontakt gepflegt wird, die „auf der eigenen Seite“ stehen, und der Begegnung und Diskussion mit anderen aus dem Weg gegangen wird, fehlen wesentliche Korrekturlemente, und es kann eine „Versektung“ von Positionen und Denkweisen erfolgen. Diese Untugend ist in den letzten Jahren auch in den ehemals streitgeübten „linken“ Szenen immer mehr üblich geworden: Man scheut die Auseinandersetzung und die Diskussion und umgibt sich am liebsten mit Seinesgleichen, um emotionalen Stress zu vermeiden.

Der Begriff der „Generation Snowflake“¹ bezieht dieses Verhalten auf eine bestimmte überbehütete Alterskohorte der um 1990 Geborenen, das Problem besteht aber auch weit darüber hinaus. Es werden an Universitäten (!) „Trigger Warnings“ vor möglicherweise verstörenden Inhalten eingeklagt, es werden „Safe Spaces“ gefordert, zu denen nur Gleichgesinnte Zutritt haben und in denen kein Widerspruch erlaubt ist. Das sind gefährliche Entwicklungen. Das Ideal eines offenen, diskursiven Austausches von auch kontroversen Argumenten, in gegenseitiger Achtung der Person und ohne Denkverbote, ist gegenwärtig nur noch in Nischen zu finden. Es ist aber für das Funktionieren der Demokratie unerlässlich. Unser Grundgesetz baut darauf auf, die Rechtsprechung des

¹ Vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Generation_Snowflake (Abruf: 6.9.2018).

Bundesverfassungsgerichts hat immer wieder diesen offenen, aktiven, friedlichen Meinungsstreit als essenziell für die Demokratie verteidigt. Das Versammlungsrecht, die Meinungsfreiheit etc. haben den Sinn, solche Auseinandersetzungen zu ermöglichen. Sie sind nötig, damit wir miteinander reden und uns nicht bekriegen. Das demokratische Instrumentarium rechnet damit, dass Menschen verschiedene Meinungen haben, und gibt Möglichkeiten, sie zum Gemeinwohl fruchtbar zu machen. Es gilt, diese Möglichkeiten zu nutzen.

Dokumentation

Auszüge aus Wahlprogrammen der AfD

Aus dem Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag 2017

5.10 Staatsbürgerschaft durch Abstammung. Beendigung der doppelten Staatsbürgerschaft

Das Geburtsortsprinzip (Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit allein durch Geburt in Deutschland, auch wenn kein Elternteil Deutscher ist) wollen wir wieder aus dem Gesetz streichen und zum Abstammungsprinzip, wie es bis zum Jahr 2000 galt, zurückkehren.

Die doppelte Staatsbürgerschaft soll auf wohlbegründete Sonderfälle beschränkt werden.

Die Zugehörigkeit zu ausländischen Terrororganisationen führt zum Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit.

6 Der Islam im Konflikt mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung

Der Islam gehört nicht zu Deutschland. In der Ausbreitung des Islam und der Präsenz von über 5 Millionen Muslimen, deren Zahl ständig wächst, sieht die AfD eine große Gefahr für unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere Werteordnung. Altkanzler Schmidt hat in seiner politischen Bilanz diesen Umstand richtig erkannt und bereits 2008 formuliert: „Wer die Zahlen der Muslime in Deutschland erhöhen will, nimmt eine zunehmende Gefährdung unseres inneren Friedens in Kauf.“

Ein Islam, der unsere Rechtsordnung nicht respektiert oder sogar bekämpft und einen Herrschaftsanspruch als alleingültige Religion erhebt, ist mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung Deutschlands nicht vereinbar.

Viele Muslime leben rechtstreu (und integriert) und sind geschätzte Mitglieder unserer Gesellschaft. Die AfD will jedoch verhindern, dass sich abgeschottete islamische Parallelgesellschaften weiter ausbreiten, in welchen muslimische „Friedensrichter“ Rechtsvorschriften der Scharia anwenden und das staatliche Monopol der Strafverfolgung und Rechtsprechung unterlaufen.

Die AfD erkennt uneingeschränkt die Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit an. Sie fordert jedoch, der Religionsausübung (gemäß Art. 140 GG i.V.m. Art. 136 Abs. 1 Weimarer Reichsverfassung) Schranken zu setzen durch staatliche Gesetze, die Menschenrechte und unsere Werte. Staatliches Recht steht im säkularen Staat über religiösen Geboten und Traditionen. Islamkritik, auch religiöse Satire (und Karikaturen), sind im Rahmen der allgemeinen Gesetze rechtmäßig. Sie sind Ausfluss des Grundrechts der freien Meinungsäußerung und der Kunstfreiheit.

Einer Diffamierung rationaler Religionskritik als „Islamophobie“ oder „Rassismus“ tritt die AfD entgegen. Wir fordern jedermann dazu auf, solche Polemik durch intellektuellen Diskurs zu ersetzen.

Verfassungsfeindlichen Vereinen, die nach Art. 9 Abs. 2 Grundgesetz zu verbieten sind, ist der Bau und Betrieb von Moscheen wegen der konkreten Gefahr zu untersagen, dass Imame dort Lehren verbreiten, die zu einer gegen unsere Rechtsordnung gerichteten politisch-religiösen Radikalisierung von Muslimen beitragen.

Wir wollen verhindern, dass sich Muslime bis zum gewaltbereiten Salafismus und Terror radikalieren. Auch die Finanzierung des Baus und Betriebs von Moscheen durch islamische Staaten oder ausländische Geldgeber bzw. deren Mittelsmänner soll unterbunden werden.

Islamische Staaten wollen durch den Bau und Betrieb von Moscheen den Islam in Deutschland verbreiten und ihre Macht vergrößern. Sie führen und unterstützen einen Kulturkrieg. So ist die Abhängigkeit der rund 900 Ditib-Moscheen und ihrer Imame vom staatlichen „Amt für Religiöse Angelegenheiten“ der Türkei (Diyamet) nicht hinnehmbar. Über die Ditib übt die autoritäre Türkei starken Einfluss auf viele in Deutschland lebende Bürger türkischer Herkunft aus. Sie behindert dadurch deren Anpassung an unsere Gesellschaft und gefährdet die Loyalität zu unserem Staat.

Das Minarett lehnt die AfD als islamisches Herrschaftszeichen ebenso ab wie den Muezzin-Ruf, nach dem es außer dem islamischen Allah keinen Gott gibt. Es handelt sich hierbei um religiösen Imperialismus.

Minarett und Muezzin-Ruf stehen im Widerspruch zu einem toleranten Nebeneinander der Religionen, das die christlichen Kirchen, jüdischen Gemeinden und andere religiöse Gemeinschaften in der Moderne praktizieren.

Imame müssen sich vorbehaltlos zu unserem Grundgesetz bekennen. Die Predigten in Moscheen in Deutschland sollen in deutscher Sprache gehalten werden. Imame, die gegen das Grundgesetz agitieren, erhalten ein Predigtverbot und werden bei Vorliegen der rechtlichen Voraussetzungen abgeschoben.

Die islamtheologischen Lehrstühle an deutschen Universitäten sind abzuschaffen und die Stellen der bekenntnisneutralen Islamwissenschaft zu übertragen.

Die AfD lehnt es ab, islamischen Organisationen den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zu verleihen, weil sie die rechtlichen Voraussetzungen – eine ausreichende Repräsentanz, die Gewähr der Dauer und die Achtung des freiheitlichen Staatskirchenrechts – nicht erfüllen. Die Anerkennung der Religionsfreiheit, der weltanschaulichen Neutralität des Staates und der Gleichwertigkeit der Religionen, welche das Staatskirchenrecht verlangt, sind dem Islam fremd.

Die AfD fordert ein allgemeines Verbot der Vollverschleierung in der Öffentlichkeit und im öffentlichen Dienst.

Burka und Niqab errichten durch die Gesichtsverhüllung eine Barriere zwischen der Trägerin und ihrer Umwelt und erschweren damit das Zusammenleben in der Gesellschaft. Ein Verbot ist nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte von 2014 auch rechtmäßig.

Im öffentlichen Dienst soll kein Kopftuch getragen werden, in Bildungseinrichtungen weder von Lehrerinnen noch von Schülerinnen in Anlehnung an das französische Modell.

Der im Grundgesetz garantierten Gleichberechtigung von Frauen und Männern sowie der freien Entfaltung der Persönlichkeit widerspricht das Kopftuch als religiös-politisches Zeichen der Unterordnung von Muslimas unter den Mann. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2015, nach dem ein generelles Kopftuchverbot für muslimische Lehrerinnen verfassungswidrig sei, betrachtet die AfD als ein Hindernis für eine erfolgreiche Integrationspolitik.

Die AfD verlangt, eine standesamtliche Eheschließung vor jeder religiösen Trauung rechtlich wieder für verbindlich zu erklären. Religiöse Trauungen können diese staatsrechtliche Voraussetzung zur Anerkennung einer Ehe nicht ersetzen.

Das Verbot der religiösen Voraustrauung, etwa durch Imame, soll wieder in Kraft gesetzt und die Streichung der §§ 67 und 67a im Personenstandsgesetz von 2009 rückgängig gemacht werden. Nur so können wir der Imam-Ehe entgegenwirken, die unter Umgehung der standesamtlichen Trauung und oftmals unter Zwang die Polygamie, Kinderehe und Verwandtenehe ermöglicht. Im Ausland geschlossene Ehen gemäß dem Familienrecht der Scharia, die gegen unsere Gesetze und unsere Moralvorstellungen verstoßen, sollen in Deutschland rechtlich nicht anerkannt werden.

Aus dem Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Landtagswahl in Bayern 2018

1.5 Trennung von Staat und Religion

Die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses nach Artikel 4 GG ist unverletzlich. Bekenntnislose Bürger jedoch, die gegenwärtig noch vor den Katholiken die größte Bevölkerungsgruppe darstellen, dürfen nicht über ihre Steuern zur Finanzierung von Bekenntnisgemeinschaften herangezogen werden. Die Landesregierung Bayerns unterstützt indes seit Jahrzehnten den kirchlichen Lobbyismus zum Nachteil der bekenntnislosen bzw. andersgläubigen Steuerzahler. So finanziert der Freistaat vor allem Ausbildung, Besoldung und Versorgung von Geistlichen der Amtskirchen, obwohl laut Grundgesetz ein sogenanntes Ablösungsgebot für diese Staatsleistungen besteht. Mit der „Änderung des Gesetzes über die Bezüge der Erzbischöfe, Bischöfe und Mitglieder der Domkapitel sowie über die Zuschüsse zum Personalaufwand des Landeskirchenrates“ hat Bayern Ende 2012 die Leistungen an Geistliche beider Konfessionen auch noch großzügig neu geregelt.

Diese staatliche Dotation der Geistlichen ist damit Ausdruck und Zeugnis ihrer engen Verbindung mit der Regierung. Dieser Umstand befremdet, zumal sich die Kirchenmitglieder an der Basis gleichzeitig über die wachsende Distanz der Kirche zu ihren Anhängern beklagen, welche zunehmend selbst eigenverantwortlich mitgestalten wollen. Dieser Umstand wird unterstrichen durch die stark rückläufigen Mitgliedszahlen in den Kirchengemeinschaften.

So gehörten 2016 bereits 36,2 Prozent der Bevölkerung gar keiner Religionsgemeinschaft mehr an. Einen stetigen Zuwachs an Mitgliedern verzeichnet allerdings die Glaubensgemeinschaft der Muslime in Deutschland. In diesem Zusammenhang ist auch der zunehmende Einfluss der türkischen Religionsbehörde (Diyanet) zu sehen, der in Bayern vor allem Ditiib-Moscheevereine beeinflusst, welche gegenwärtig auch durch Mittel von Ländern und Kommunen mitfinanziert werden. Die AfD will keine staatliche Förderung von Religionsgemeinschaften, sondern eine konsequente Trennung von Staat und Religion in Bayern. Dem Verfassungsauftrag zur Ablösung der auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften ist endlich nachzukommen (vgl. die Verfassung des Deutschen Reichs von 1919 Artikel 38, welcher nach Artikel 140 GG weiterhin Gültigkeit beansprucht)!

Dafür muss das „Gesetz zur Ausführung konkordats- und staatskirchenvertraglicher Verpflichtungen Bayerns (AGKStV)“ abgelöst werden durch ein Gesetz, welches stattdessen staatliche Zuwendungen allein zur Pflege sakraler Baudenkmäler als Bestandteil der Kulturgeschichte im Freistaat im bisherigen finanziellen Rahmen zusichert. Bei

der staatlichen Finanzierung von Kindertagesstätten, Schulen und Krankenhäusern in privater Trägerschaft sollen zudem keine seelsorgerischen Leistungen übernommen werden. Die Kostenübernahme der Gehälter führender Mitarbeiter der Kirche, inklusive der Kardinäle und Bischöfe, sowie die teilweise Bereitstellung kostenlosen Wohnraums für diesen Personenkreis lehnt die AfD ab. Die Grundlage dieser Leistungen, die Staatskirchenverträge zwischen der Bayerischen Staatsregierung und der röm.-kath. sowie der evang.-luth. Kirche in Bayern, sind daher unverzüglich zu kündigen.

Eine Fortsetzung der finanziellen staatlichen Unterstützung an die Amtskirchen ist weder zeitgemäß noch sachgerecht, zumal es sich bei den Kirchen um eine besondere Lobbygruppe handelt, die sich dadurch von anderen unterscheidet, dass sie auf finanzielle staatliche Hilfe zurückgreifen kann. Diese staatliche Unterstützung ist dem deutschen und insbesondere bayerischen Steuerzahler nicht länger zumutbar.

Kirchenasyl ist zu unterbinden und die für die eventuelle Gewährung von Kirchenasyl Verantwortlichen sind konsequent strafrechtlich zu verfolgen.

Darüber hinaus ist die personelle und finanzielle Ausstattung von Religionsgemeinschaften durch muslimische Staaten wie Saudi-Arabien, Kuwait, Katar und auch die Türkei zu unterbinden.

AfD-Austritt: „Da war das Maß voll“

Maria Fiedler im Gespräch mit Anette Schultner¹

Die Chefin der „Christen in der AfD“, Anette Schultner, verlässt die Partei. Ein Interview über Höcke-Fixierung, fehlende Stoppzeichen und die Folgen einer NPD-Spende.

Sie waren bislang Chefin der „Christen in der AfD“ und haben immer wieder gesagt, dass christlich und in der AfD sein für Sie kein Widerspruch ist. Jetzt sind Sie ausgetreten. Warum?

In der Familienpolitik hat die AfD Positionen besetzt, die ich als Christin für sehr wichtig halte und die so von den anderen bisherigen bundesweiten Parteien nicht artikuliert wurden. Zum Beispiel beim Lebensrecht für Ungeborene, beim klaren Bekenntnis für die traditionelle Familie, gegen Ehe für alle und gegen Gendermainstreaming. Mein Ziel war es, in der AfD am Aufbau einer konservativen Volkspartei mit deutlich erkennbar christlichem Stempel mitzuwirken. Teilweise funktionierte das ja auch, zum Beispiel in der familienpolitischen Programmatik.

... aber?

In der Repräsentationsaufgabe als Vorsitzende der „Christen in der AfD“ hatte ich ab einem bestimmten Punkt immer weniger das Empfinden, dass ich mit meiner klar konservativen, aber gemäßigten Haltung die Leute, die zu repräsentieren meine Aufgabe war, tatsächlich ausreichend repräsentieren konnte. Eine ganze Reihe von ihnen sicher ja, aber zu viele eben auch nicht. Und ich bin nicht bereit, eine Feigenblatffunktion zu erfüllen. Es spiegelte sich letztlich in unserer Bundesvereinigung aber auch nur ein Problem, das seine Wurzeln in der AfD selbst hat.

Wann war der Punkt, an dem Ihnen klar wurde: Es geht nicht mehr?

Im August [2017] erfuhr ich, dass ein Vorstandskollege bei den „Christen in der AfD“ früher der NPD gespendet hatte. Durch andere Ereignisse war ich zu diesem Zeitpunkt ohnehin schon recht weit beim Gedanken des Gehens. Es hat mich dann aber nochmal sehr befremdet, wie die Spende von Parteikollegen verharmlost wurde. Nachdem

¹ Quelle: Maria Fiedler, Der Tagesspiegel, 17.10.2017.

ich in einer schriftlichen Erklärung klargemacht habe, dass ich diese Spende für völlig inakzeptabel halte, bekam ich eine Reihe Mails und Telefonate.

Mit welchem Inhalt?

Da warf mir einer zum Beispiel vor, meine Haltung sei verzerrt, denn die NPD habe diesem Land lange nicht so sehr geschadet wie die CDU. Aus einem unserer Regionalverbände kam dann noch eine solidarische Unterschriftenliste für den Spender, in der es aber keinerlei kritische Einordnung zum Vorgang oder zur NPD gab. Da war das Maß voll und für mich klar: Ich vertrete nicht das und will es nicht vertreten, was offenbar mancher bisheriger Mitstreiter vertritt.

Welches Problem hat die AfD?

Es sind nicht die – immer noch eine Minderheit bildenden – Radikalen und ihre Äußerungen, sondern dass der Mittelbau der Partei nicht genug Bereitschaft hat, vehement ein Stoppschild zu setzen und zu sagen: „Das geht so nicht, das werden wir auf keinen Fall in unserer Partei akzeptieren.“

Warum fehlt es an dieser Bereitschaft?

Das hat aus meiner Sicht zwei Gründe. Einerseits gibt es in der AfD zum Teil eine Wagenburg-Mentalität. Je mehr linke Pressevertreter die Partei mit einer unfairen und einseitigen Berichterstattung attackieren, desto mehr schweißt das die AfD zusammen. Auch manche ganz feinen Leute verfallen so in blinde Solidarität. Dazu kommt: Weil der „Flügel“ von Björn Höcke an Macht gewinnt, trauen sich viele nicht, sich deutlich gegen ihn und seine Mitstreiter zu positionieren. Wer noch etwas werden will in der AfD, möchte sich das nicht verbauen.

Sie haben sich aber in der Partei mehrfach deutlich für einen Ausschluss von Höcke positioniert.

Ja. Mir wurde auch öfter gesagt, dass ich so nicht mehrheitsfähig bin. Und auf zwei Parteitagungen allein in diesem Jahr habe ich die Konsequenzen zu spüren bekommen: bei der Aufstellung der Landesliste für den Landtag in Niedersachsen und einige Monate vorher bei der Wahl des Bundestagsdirektkandidaten in meinem Kreisverband. In beiden Fällen bin ich bei der Fragemöglichkeit nach der Kandidatenvorstellung arrangiert gefragt worden, wie ich zu Björn Höcke und dem Ausschlussverfahren gegen ihn stehe. Bei der Listenaufstellung wies der Fragesteller sogar darauf hin, dass meine Antwort jetzt wahrscheinlich kriegsentscheidend dafür sei, ob ich gewählt werde oder nicht.

Aber ich habe da keine Bereitschaft, mich zu verbiegen – mein Ergebnis war dementprechend schlecht.

Ist das Niedersachsen-spezifisch?

Nein. Von den Landesverbänden gibt es höchstens noch ein Drittel, wo man noch eine Chance auf Mehrheiten hat, wenn man sich gegen Herrn Höcke positioniert. Aber verstehen Sie mich nicht falsch: Es gibt überall gute Leute, die noch weiterkämpfen. Ich respektiere es völlig, dass einige noch Hoffnung haben. Aber ich glaube, es gibt keine Chance mehr, die AfD zu einer realpolitisch wirkenden, bürgerlich-konservativen Volkspartei zu machen. Ich habe die abgeschlossenen niedersächsischen Landtagswahlen mit meinem Schritt abgewartet, unter anderem weil es meine Motivation eindeutiger zeigt. Aber jetzt kann ich nicht länger bleiben.

Ist die AfD für Sie gescheitert?

Wenn der Maßstab ist, eine bürgerlich-konservative Volkspartei zu werden, dann ja. Die AfD ist über den „Point of no return“ hinaus.

Viele mittlerweile ausgetretene AfDler, die zum eher gemäßigten Lager zählten, haben über Mobbing berichtet. Ist es auch Ihnen so gegangen?

Es gab von Leuten aus dem „Flügel“-Umfeld gegen mich eine regelrechte Kampagne, die sich auf meine gemäßigte Haltung bezog.

Können Sie sich vorstellen, sich künftig in Frauke Petrys neuem Projekt, dem Bürgerforum „Blaue Wende“ oder der „Blauen Partei“, zu engagieren?

Ich finde das Projekt von Frauke Petry spannend und werde mich einbringen. Das ist nicht der Grund für meinen Austritt. Aber es freut mich, dass es mit der „Blauen Wende“ die Möglichkeit geben wird, an einem politischen Projekt mitzuwirken, in dem verschiedene konservative Gruppierungen in einen Austausch kommen, neue Ideen entwickeln, Synergien schaffen. Ich würde da beispielsweise gerne über Lebensrecht in allen Entwicklungsphasen sowie Spätabtreibung diskutieren, aber auch über weltweite Christenverfolgung informieren wollen. Das sind Themen, die mir unter den Nägeln brennen.

Wird es weitere Austritte aus der AfD auf Funktionärebene geben?

Ja, davon gehe ich aus. Es gibt schon einige mehr, die so denken wie ich.

Anette Schultner, die lange Jahre als Dozentin für Deutsch und Biologie in der Jugendstrafvollzugsanstalt in Hameln gearbeitet hat, repräsentierte den eher bürgerlichen Flügel in der AfD. Schultner stammt aus einem konservativ-evangelischen Haus. Sie trat früh in die Junge Union ein, engagierte sich in der CDU, doch dann entfremdete sie sich von der Partei, trat 2013 aus und wenige Tage später in die AfD ein. Die 44-Jährige war Bundesvorsitzende der „Christen in der AfD“. Ihr Auftritt beim Evangelischen Kirchentag 2017 war umstritten.

Grundpositionen der AfD und die katholische Soziallehre

Zusammenfassung einer sozialetischen Expertise¹

Einleitung

Die folgenden Thesen fassen zentrale Ergebnisse einer Studie zur Programmatik der Partei „Alternative für Deutschland“ zusammen; sie basiert vor allem auf der Analyse des Grundsatzprogramms, des Wahlprogramms für die Bundestagswahl 2017 sowie auf der Untersuchung ausgewählter Reden von Parteifunktionären und der Facebook-Nutzung der AfD. Die leitende Frage der Untersuchung ist: Wie verhalten sich grundlegende Positionen und politische Zielsetzungen der Partei zu den Positionen der katholischen Soziallehre? Ziel der Untersuchung ist es, Orientierungen für eine christlich fundierte Urteilsbildung und Hilfestellungen für den Umgang mit inhaltlichen und kommunikativen Herausforderungen anzubieten, denen Christinnen und Christen in der Auseinandersetzung mit den Positionen und dem Politikstil der AfD begegnen.

Die AfD definiert ihre Programmatik über Feindbilder und Krisen ...

Die AfD ist als Partei aus einer Krise entstanden (der „Eurokrise“). Nach wie vor bilden Aspekte des Zeitgeschehens, die sie als krisenhaft wahrnimmt, die Dreh- und Angelpunkte ihres Programms. Islam, politische Eliten, Europa und Gender werden als diffuse Feindbilder entworfen und zu einer existenziellen Bedrohung Deutschlands überhöht. Innerhalb der einzelnen Feindbilder wird nicht differenziert (z. B. wird Islam nicht vom Islamismus abgegrenzt; die „Altparteien“ werden als „Meinungskartell“ dargestellt).

¹ Studie auf Bitten und Anregung der Bevollmächtigten der katholischen Bischöfe gegenüber den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Autorinnen und Autoren: Marianne Heimbach-Steins (verantwortl.), Alexander Filipović (verantwortl.), Josef Becker, Maren Behrens, Theresa Wasserer. Beteiligte Institutionen: 1. Institut für Christliche Sozialwissenschaften (Prof. Dr. Marianne Heimbach-Steins), Westfälische Wilhelms-Universität Münster; 2. zem::dg – Zentrum für Ethik der Medien und der digitalen Gesellschaft (Prof. Dr. Alexander Filipović), Hochschule für Philosophie München. Die vollständige Studie ist abrufbar unter: <https://www.uni-muenster.de/FB2/ics/publikationen/AP8.html>. Datum der Erstveröffentlichung: 7.6.2017.

... und verweigert die Auseinandersetzung mit großen Zukunftsfragen,

Gesellschaftliche und weltpolitische Herausforderungen wie die Globalisierung, der Klimawandel oder die Veränderung sozialer Realitäten im Bereich der Familie werden entweder geleugnet oder ihnen wird durch das leere Versprechen, zu einer angeblich besseren Vergangenheit zurückzukehren, begegnet. Die AfD hat kein positives Verständnis von Verantwortung, Gerechtigkeit und Solidarität in einer global vernetzten Welt.

...ohne zukunftstaugliche politische Lösungen anzubieten.

Bestimmte Einzelforderungen der AfD lassen sich auch in politischen Programmen anderer Parteien finden oder stammen ursprünglich aus diesen. Sie werden jedoch in einen programmatischen Gesamtrahmen gestellt, der im Vergleich zu anderen Parteien, vor allem aber im Vergleich zu einem christlichen Menschen-, Gesellschafts- und Geschichtsverständnis rückwärtsgewandt und hoffnungsarm ist. Das Weltbild der AfD ist zutiefst pessimistisch.

Die AfD möchte eine „deutsche Identität“ sichern, ohne konkret zu sagen, was ihr an Deutschland eigentlich wichtig ist.

Die AfD verschreibt sich in ihrem Programm der Pflege deutscher Kultur, Identität und Sprache. Aber die allgemeinen Verweise auf abendländische Werte und Traditionen lassen im Unklaren, was genau sie bewahren möchte und weshalb. Auch in den kulturpolitischen Positionen der AfD wird eine vermeintlich bessere Vergangenheit beschworen, während eine ganzheitliche Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte zurückgewiesen wird. Die Stilisierung einer bestimmten ethnischen oder ethno-nationalen Zugehörigkeit als Wert an sich ist der katholischen Soziallehre mit ihren Orientierungen an der Würde jedes Menschen als Geschöpf, am (universalen) Gemeinwohl, an Solidarität und Gerechtigkeit fremd.

Die AfD steht für eine zutiefst unchristliche, ethno-nationale Bevölkerungspolitik.

Die AfD tritt zwar für die Unterstützung eines traditionellen Familienbildes und für den Schutz des ungeborenen Lebens ein. Diese Anliegen werden jedoch einem vorrangig bevölkerungspolitischen Interesse zugeordnet: Deutsche sollen zur Familiengründung angeregt, deutsche Familien und Kinder sollen gefördert werden, während in der Asyl-, Einwanderungs- und Integrationspolitik völlige Abschottung gefordert wird. Eine solche

bevölkerungspolitische Verzweckung der Familie widerspricht (trotz mancher ähnlich klingender Einzelaussagen) sowohl dem katholischen Familienverständnis als auch dem Eintreten für einen umfassenden Lebensschutz.

Die AfD steht im Spannungsverhältnis mit der Religionsfreiheit.

Die AfD bekennt sich zwar zur Glaubens- und Bekenntnisfreiheit, bestreitet jedoch die Religionsausübungsfreiheit. Diese will sie für muslimische Mitbürgerinnen und Mitbürger stark einschränken. Mit ihrer religionspolitischen Position steht sie in erheblicher Spannung zum Grundrecht auf Religionsfreiheit. Diese selektive Auffassung ist mit der modernen katholischen Lehre über die Religionsfreiheit als Recht der Person – unabhängig vom konkreten Bekenntnis – nicht vereinbar.

Die AfD beruft sich auf die Soziale Marktwirtschaft, steht aber in ihren wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen nicht klar dafür ein.

Die AfD hat sich die ursprünglich christdemokratische Rede von der sozialen Marktwirtschaft und das Versprechen vom „Wohlstand für alle“ angeeignet, ohne entsprechende Inhalte klar zu vertreten oder darzulegen, wie ihre Versprechen eingelöst werden sollen. Ihre Einzelpositionen zu wirtschafts- und sozialpolitischen Themen sind ein unübersichtliches Gemisch aus marktliberalen und protektionistischen Forderungen. Dem Eintreten der katholischen Soziallehre für eine auf den Grundsätzen der Solidarität und der Subsidiarität gegründete Gesellschaftsordnung entsprechen weder marktliberale noch protektionistische Positionen.

Die AfD nutzt populistische Kommunikationsstrategien.

Die AfD nutzt einen populistischen Politik-Stil, der das Profil der Partei in eigener Weise unterstützt. Zwar sind nicht alle Formen des Populismus per se abzulehnen, ein antidemokratischer Populismus jedoch schon: Er ist charakterisiert durch einen antipluralistischen Anti-Elitarismus und eine bloß symbolische Repräsentation des „wahren Volkes“. Für beides gibt es Belege im AfD-Populismus. Kriterien, mit denen populistische Redeweisen identifiziert werden können, sind etwa strategische Tabubrüche und verschwörungstheoretische Einordnungen. Vertreterinnen und Vertreter der AfD nutzen solche populistischen Kommunikationsstrategien. Am häufigsten sind dies eine Bestimmung von Identität durch Exklusion, ein Anti-Elitarismus, Strategien des Tabubruchs und der Widerstand gegen eine als „Meinungsdiktatur“ interpretierte Political Correctness.

Die AfD nutzt intensiv die Sozialen Medien als Teil ihrer populistischen Strategie.

Die AfD nutzt die so genannten Social Media (vor allem Facebook) sehr intensiv und erzielt deutlich mehr Resonanz auf diesen Plattformen als andere Parteien. Zudem lassen sich für die AfD im Gegensatz zu anderen Parteien Echokammereffekte nachweisen: AfD-Sympathisanten auf Facebook bilden eine homogene, nur innerhalb „rechter“ Gruppierungen vernetzte Gemeinschaft. Echokammern und Filterblasen haben gesellschaftlich gesehen eine antidiskursive Wirkung. Praktische Konsequenz für Internetnutzer ist medienethisch gesehen daher, eigene Einschließungen in Filterblasen zu vermeiden.

Die AfD behauptet für sich einen Alleinvertretungsanspruch für den „Mut zur Wahrheit“.

Die AfD beansprucht, als einzige politische Kraft den „Mut zur Wahrheit“ zu haben. Diesem Anspruch können und müssen Christinnen und Christen entgegenreten. Um Wahrheit muss gerungen werden. Wahrheit ist ohne die Achtung der Freiheit auch der Anderen, ohne den Einsatz für Frieden und Gerechtigkeit nicht glaubwürdig zu vertreten. Die Suche nach Wahrheit steht für Christinnen und Christen im Zeichen des Vorläufigen und der begrenzten menschlichen Einsichtsfähigkeit. Sie werden notwendige Auseinandersetzungen um Geltungs- und Wahrheitsansprüche im Geist des Respekts, nicht im Schema von Freund und Feind führen.

„Kirchen als Akteure für Gerechtigkeit und gegen Populismus“

Ergebnisse einer internationalen Konferenz¹

[...]

Vom 2. bis 4. Mai 2018 haben sich mehr als 65 Menschen aus 25 Ländern weltweit im Dietrich-Bonhoeffer-Haus in Berlin zusammengefunden, um sich über das Thema „Kirchen als Akteurinnen für Gerechtigkeit und gegen Populismus“ auszutauschen. Eröffnet wurde die Konferenz mit Eingangsstatements der Organisatoren der Veranstaltung: der Evangelischen Akademie zu Berlin, des Lutherischen Weltbunds, von Brot für die Welt und der Schwedischen Kirche. In den Eröffnungsansprachen wurden aktuelle Trends und Entwicklungen benannt, die auf eine weltweite Krise der Demokratie hindeuten. Die Daten zeigen, dass der Raum für eine sinnvolle Teilhabe aller an politischen Prozessen und an gemeinsamen Meinungsbildungsprozessen zu Themen von öffentlichem Interesse schrumpft. Der Handlungsspielraum für zivilgesellschaftliche Akteure wird kleiner – auch für Kirchen und religiöse Akteure, da es für sie schwieriger geworden ist, sich aktiv am kritischen sozialen und politischen Diskurs zu beteiligen. Im interdisziplinären Dialog zwischen Expertinnen und Experten aus Theologie, Ethik, Kirchenleitung sowie Sozial- und Politikwissenschaften versuchte die Konferenz, die Rolle der Theologie in der Öffentlichkeit hervorzuheben und zu reformieren, und die Kirchen in ihren Handlungsmöglichkeiten und ihrem Handlungswillen zu stärken, in der Gesellschaft integrative, gerechte und sichere Räume für die Teilhabe aller zu schaffen. Diese Zusammenfassung legt einige unserer wichtigsten Ergebnisse dar.

„Populismus“ und ausgrenzende Politik verstehen

Die Grundursachen dafür, dass der demokratische Raum in verschiedenen Kontexten schrumpft, liegen in verschiedenen politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Kräften. Zu Beginn der Konferenz erörterten die Teilnehmenden, dass der Begriff „Populismus“ verwendet wird, um eine große Bandbreite an vorgeblich anti-elitären, anti-establishment, reaktionären und ausgrenzenden Bewegungen zu beschreiben. Solche Bewegungen entstehen in sehr unterschiedlichen historischen und kulturellen Kontexten

¹ Quelle: <https://www.eaberlin.de/nachlese/chronologisch-nach-jahren/2018/churches-as-agents-for-justice-and-against-populism-ergebnisse-und-anstoesse/summary-deutsch.pdf>.

und verwenden Begrifflichkeiten daher sehr unterschiedlich, sie haben unterschiedliche Ziele und Ansätze, die in ihrer jeweiligen Komplexität verstanden werden müssen. Ausgrenzender Populismus kann als ein Symptom der Krise der Demokratie und der ungerechten Wirtschaftssysteme, aber auch als ein Faktor verstanden werden, der zu dieser Krise beiträgt. Insbesondere, aber nicht ausschließlich in Europa und in den USA sind ethnisch-nationalistische populistische Bewegungen eine Gefahr für das Funktionieren demokratischer Grundprinzipien in der Gesellschaft, und diese Entwicklungen drohen nun Folgen auch in anderen Teilen der Welt zu haben.

Ausgrenzende populistische Bewegungen benutzen demokratische Prozesse, um wesentliche Voraussetzungen und Werte, auf denen die Demokratie beruht, zu unterwandern und kaputt zu machen. Darunter: eine Haltung der Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit, Verantwortungsbewusstsein, gegenseitiger Respekt, Kompromissbereitschaft usw. Wo Hassrede, *fake news* und oberflächliche Propagandamethoden in den Mittelpunkt des politischen Diskurses rücken, ist der Raum für eine fundierte und ernsthafte demokratische Debatte stark eingeschränkt. Die Konferenz wollte Gemeinsamkeiten des ausgrenzenden populistischen Diskurses herausarbeiten, die den öffentlichen Raum beschneiden und die Menschen ihres Rechts der Teilhabe an demokratischen Prozessen und ihres Rechts auf Zugang zu gerechten Lebensbedingungen berauben.

Ausgrenzende populistische Bewegungen nehmen oft Bezug auf Sorgen angesichts der ungerechten Verteilung von Macht, Wohlstand oder gesellschaftlicher Repräsentation und politischer Teilhabe. Sie behaupten, der Stimme „des Volkes“ Gehör zu verschaffen, und verlangen nach „der Souveränität des Volkes“ anstelle der politischen Macht der so genannten „intellektuellen“ oder wirtschaftlichen „Elite“, weshalb im nordamerikanischen und europäischen Kontext von „Populismus“ gesprochen wird. Wenn diese Elemente verbunden werden mit nativistischen Ideologien, können ethnisch-nationalistische Formen des Populismus schnell den öffentlichen Diskurs okkupieren. Nativismus beschreibt „das Volk“ auf ausgrenzende Art und Weise und stellt „die Einheimischen“ über alle anderen. Die Teilnehmenden der Konferenz kamen zu dem Schluss, dass diese dem ausgrenzenden Populismus zugrunde liegenden Dynamiken nicht auf den europäischen und den nordamerikanischen Kontext beschränkt sind, sondern auch in anderen Kontexten der Welt zu finden seien (z. B. die Hindutva-Ideologie in Indien). Ethnisch-nationalistischer Populismus will den Begriff des „Volkes“ in einer binären Logik durch klare Abgrenzung und Distanzierung des „eigenen“ von „den Anderen“ definieren. Dabei machen die Angehörigen der Mehrheits- oder der vorherrschenden Kultur die kulturell, sprachlich, religiös, sexuell, rassisch oder geschlechtlich „Anderen“ zum Sündenbock für soziale oder wirtschaftliche Ängste und Ungleichheiten. Durch die Verbreitung eines Klimas des „Postfaktischen“, in dem den Medien und anderen kritischen Stimmen misstraut wird, werden die Grundlagen des gesellschaftlichen Zusammenhalts ausgehöhlt und die Macht wird in patriarchalen, autoritären Systemen verdichtet.

Der ethnisch-nationalistische populistische Diskurs ist verankert in der tief sitzenden Angst vor Mehrdeutigkeit und vor der Komplexität von Vielfalt. Aber der Wunsch, Mehrdeutigkeiten durch Vorstellungen von kultureller, religiöser, rassistischer oder nationaler Reinheit beseitigen zu wollen, führt zu ausgrenzenden Formen der Identitätspolitik, die einzelnen Personen die Zugehörigkeit „zum Volk“ verweigert und ihr Recht auf volle gesellschaftliche Teilhabe einschränkt. Ausgrenzung verkleinert den öffentlichen Raum und beschränkt den Zugang dazu – und ist Grund für die oben angesprochene Krise.

Kirchen als Akteurinnen für Gerechtigkeit

Mit dem Ziel, einen öffentlichen Raum für zivilgesellschaftlichen Diskurs zu schaffen, wurde die Konferenz mit einem öffentlichen Abendforum zur Rolle der Kirche in Zeiten des Populismus eröffnet. Der EKD-Ratsvorsitzende, Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, rief die Kirchen auf, die nihilistisch-populistischen Botschaften in Deutschland mit der alternativen Botschaft der Hoffnung zu beantworten, die in der frohen Botschaft von Gottes Liebe wurzelt, die in Jesus Christus offenbart wurde. Erzbischöfin Antje Jackelén von der Schwedischen Kirche hob hervor, dass die Kirche, selbst wenn sie auch von dem populistischen Diskurs beeinflusst werden kann, über die kurzsichtige und reaktive Politik in der Gesellschaft hinausblicken und unbeirrt zeigen müsse, welche Visionen sie habe. Sie betonte, welche große Bedeutung es habe, eine Kirche zu sein, die Teil einer weltweiten Kirchengemeinschaft ist und die die Grenzen der ethnischen und nationalen Zugehörigkeit überschreitet.

Eine Erkenntnis der Konferenz war, dass die Kirche stets selbstkritisch sein muss. Die Kirche muss sich immer wieder fragen, ob sie sich von der Gesellschaft unterscheidet oder ob wir die patriarchalen, autoritären, diskriminierenden oder ausgrenzenden Strukturen möglicherweise auch widerspiegeln. Schaffen Kirchen Räume, die die volle Teilhabe aller Menschen fördern? Wir wurden im Laufe der Konferenz an Zeiten in unserer Geschichte erinnert, in denen Kirchen dies nicht hätten bejahen können. Kirchen haben Frauen und insbesondere Frauen mit dunkler Hautfarbe die volle Teilhabe verweigert; Kirchen haben Fremde nicht immer willkommen geheißen und den Bedürftigen ihre Hilfe und ihren Beistand verweigert; Kirchen haben ihre Feinde und ihre Nachbarn nicht geliebt. Christinnen und Christen jeder Generation müssen sich von Neuem auf die grundlegenden Wesensmerkmale der Kirche und die verschiedenen epistemologischen Quellen des Glaubens und des Wissens besinnen. Dort finden wir die theologischen und spirituellen Ressourcen, die die öffentliche Theologie formen und neu gestalten und die uns motivieren, den Auftrag in der Zivilgesellschaft, zu dem wir als das Priestertum aller Gläubigen berufen sind, wahrzunehmen.

Viele unserer Diskussionen offenbarten, wie schwierig es sein kann, in von Unge-
rechtigkeit geprägten Räumen zu agieren, in denen politische Verfolgung, der Einfluss
der Medien und der religiöse Fundamentalismus die Kirche in ihren Möglichkeiten
behindern, diese integrative und alle einschließende Botschaft zu verbreiten. Rassis-
mus, Sexismus und Fremdenfeindlichkeit machen es schwierig, gewissenhaft und treu
Zeugnis abzulegen für radikale Inklusion, die das populistische Schwarz-Weiß-Denken
überwindet. Trotzdem haben wir uns auch daran erinnert, dass wir aufgerufen sind, Salz
der Erde zu sein, dass die Welt Freiheit und Würde aller Menschen schmecken lässt und
sinnstiftende Teilhabe aller an demokratischen Prozessen bekräftigt. Das spirituelle und
theologische Erbe der Kirche liefert alle notwendigen Instrumente und das notwendige
Werkzeug, um dem Wunsch entgegenwirken zu können, kreative Mehrdeutigkeit mit
einfachem Schwarz-Weiß-Denken zu überwinden. Die Kirche versteht Vielfalt als Ge-
schenk und Komplexität als Schönheit. Die Kirche ist ein Volk, das aus einer Vielzahl und
Vielfalt von Geschlechtern, Rassen, Sprachen, Ethnien und Kulturen in Mehrheiten- wie
Minderheitenkontexten in aller Welt besteht.

Teil der Kirche zu sein ist nicht abhängig von der Reinheit irgendeiner Gesellschaft,
Kultur, Ethnie oder irgendeines politischen Systems. Vielmehr ist es das integrative, alle
einschließende Wesen von Gottes Liebe, die allen verschiedenen und mit unterschied-
lichen Begabungen ausgestatteten Menschen dieser Welt Gerechtigkeit erfahren lässt,
die diese Gemeinschaft definiert und die Menschen zu uneingeschränkter Solidarität mit
jedem anderen Lebewesen beruft. Eine Folge dieser Berufung ist es, dass die Linie der
Abgrenzung bzw. der Zugehörigkeit immer wieder neu gezogen werden muss, um all
jene Menschen mit in neue, gerechte Beziehungen einzuschließen, die an den Rand der
Gesellschaft gedrängt werden. Die Kirche ist eine Gemeinschaft, die Zeugnis ablegt für
eine lebensbejahende Art und Weise, Gemeinschaften zu schaffen, deren Komplexität
immer größer wird und die allen Menschen volle Teilhabe angedeihen lassen.

Fazit

Die Konferenzteilnehmenden riefen Kirchen und theologische Einrichtungen dazu auf:

- Bildung und geistliche Ausbildung als ein Mittel zu fördern, mit dem unsere Gemein-
schaften kontinuierlich in gewaltfreie Räume verwandelt werden können, in denen
eine vollumfängliche, gerechte und sichere Teilhabe aller sichergestellt ist;
- anzuerkennen, dass es mit Blick auf Populismus innerhalb der Kirche unterschied-
liche und bisweilen widersprüchliche Sichtweisen und Standpunkte geben kann,
und Räume zu schaffen, in denen wir uns im offenen und aufrichtigen Dialog über
diese Sichtweisen und Standpunkte austauschen können, um zu einer vertieften
Meinungsbildung zu kommen;

- Räume zu schaffen, in denen unsere Nachbarn den transformativen Charakter der ökumenischen und interreligiösen Begegnung erleben können und Vertrauen in „den Anderen“ wachsen kann;
- Netzwerke mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren aufzubauen und Partnerschaften mit Verbündeten aus der Zivilgesellschaft zu schließen, die ähnliche Werte haben und sich für ähnliche Anliegen engagieren;
- sich mit kritischem Blick daran zu erinnern, wo sich Kirche und Theologie in Bezug auf ethnisch-nationalistische populistische Agenden mitschuldig gemacht haben und auf die Notwendigkeit zu verweisen, dafür Buße zu tun;
- die Grundursachen für Ungerechtigkeiten zu studieren, ihre Rolle als Akteure für Gerechtigkeit wieder für sich zu beanspruchen und prophetisches Zeugnis abzulegen gegen unterdrückerische, ausgrenzende Systeme und Strukturen;
- Erzählungen und Worte der Hoffnung, der Nichtausgrenzung und der Würde zu verbreiten und jene Botschaften neu zu formulieren, die die öffentliche Theologie prägen;
- die Bedeutung von Gerechtigkeit, Befreiung und Freiheit neu auszuhandeln und Demokratie in ihren verschiedenen Kontexten neu zu entdecken.

Die Konferenzteilnehmenden haben anerkannt, dass die Kirche zwar nicht immer demokratisch gehandelt hat oder ihre Stellung in der Gesellschaft für die Befreiung aller genutzt hat, dass die Kirche aber danach strebt, immer wieder dazuzulernen, wie sie sich besser im öffentlichen Raum engagieren kann. Jede Generation muss Demokratie neu aushandeln und Kirchen sollten sich zwar nicht mit einem bestimmten politischen System oder einer bestimmten politischen Partei verbünden, so doch aber ihre Kapazitäten ausbauen, sich im zivilgesellschaftlichen Raum zu engagieren, und öffentlich die prophetische Botschaft der Hoffnung verkünden. [...]

Die Teilnehmenden an der Konferenz kamen aus: Argentinien, Bethlehem, Brasilien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Großbritannien, Haiti, Hongkong, Indien, Italien, Lesotho, Myanmar, Norwegen, Österreich, Polen, Ruanda, Schweden, Schweiz, Simbabwe, Südafrika, Tschechische Republik, Ungarn, USA.

Die Autoren

Dr. iur. Liane Bednarz, Juristin und Publizistin in den Bereichen Politik und Feuilleton.

Prof. Johannes Berthold, Pfarrer i. R. der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens, bis September 2018 Vorsitzender des Landesverbandes Landeskirchlicher Gemeinschaften Sachsen.

Dr. theol. Reinhard Hempelmann, Pfarrer, Leiter der EZW, zuständig für Grundsatzfragen, Strömungen des säkularen und religiösen Zeitgeistes, Evangelikalismus und pfingstlich-charismatisches Christentum.

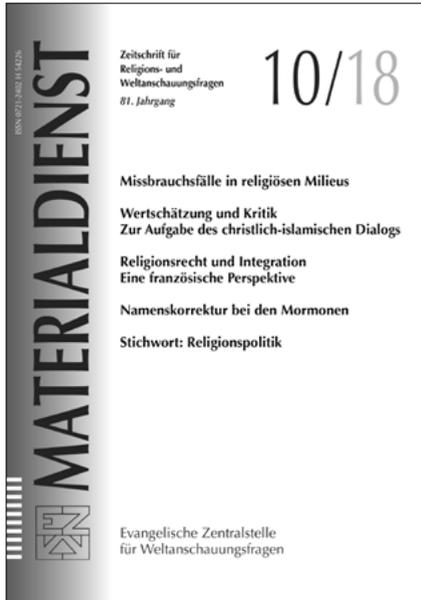
Prof. Dr. theol. Ulrich H. J. Körtner, Vorstand des Instituts für Systematische Theologie und Religionswissenschaft an der Evang.-Theol. Fakultät der Universität Wien, Vorsitzender des Kuratoriums der EZW.

Dr. theol. Harald Lamprecht, Beauftragter für Weltanschauungs- und Sektenfragen der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens.

Prof. Dr. phil. Armin Nassehi, Professor für Soziologie an der Universität München.

Prof. Dr. phil. Gert Pickel, Soziologe und Politikwissenschaftler, Professor für Religions- und Kirchensoziologie an der Theologischen Fakultät der Universität Leipzig.

Dr. theol. Eckhard Zemmrich, Pfarrer, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Theologischen Fakultät (Religionswissenschaft und Interkulturelle Theologie) der Humboldt-Universität zu Berlin.



Wir bieten Ihnen wahlweise:

- die unverbindliche Zusendung von zwei kostenlosen Probeexemplaren
- ein unverbindliches Probe-Abonnement: vier Hefte für 6,- Euro
- das reguläre Abonnement für 36,- Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

Bitte Postkarte, Fax oder E-Mail an:

Evangelische Zentralstelle
für Weltanschauungsfragen (EZW)
Auguststraße 80, 10117 Berlin
Fax: 030-28395212
E-Mail: info@ezw-berlin.de
Internet: www.ezw-berlin.de

Materialdienst der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen (EZW)

Zeitschrift für Religions- und Weltanschauungsfragen

Neue religiöse Bewegungen, nicht-christliche Religionen und christliche Sondergemeinschaften bzw. „Sekten“ sind Teil unserer religiösen Landschaft. Esoterische Angebote und Verheißungen des Psychomarktes, Okkultes und Spirituelles stoßen auf immer größeres öffentliches Interesse. Dies fordert aus christlicher Sicht zum Dialog und zur Unterscheidung heraus. Seit Jahrzehnten ist die EZW die zentrale Auskunft-, Informations- und Dokumentationsstelle der Evangelischen Kirche in Deutschland zu Religions- und Weltanschauungsfragen.

Nutzen Sie unser Wissen und unsere Erfahrungen.

Im *Materialdienst* der EZW finden an Religionsfragen Interessierte, insbesondere Theologen/innen und Lehrer/innen, zuverlässige Beurteilungshilfen. Kompetente Autoren/innen liefern Ihnen laufend aktuelle Informationen und Analysen.

Der *Materialdienst* erscheint monatlich in einem Umfang von 40 Seiten. Zusätzlich erscheint ein Registerheft.



Reinhard Hempelmann / Martin Hochholzer / Johannes Sinabell (Hg.)
Heute glauben in Europa. Zwischen Religionsdistanz und Religionsfanatismus
EZW-Texte 247, Berlin 2017, 140 Seiten

Der EZW-Text dokumentiert Vorträge, Berichte und Analysen, die im Zusammenhang einer internationalen ökumenischen Fachtagung der kirchlichen Weltanschauungsbeauftragten 2016 in St. Pölten (Österreich) entstanden sind. Sie beschäftigten sich mit der in die Weite gehenden Frage, was „Heute glauben in Europa“ heißt. Wie sind die Veränderungen der religiösen Landschaft zu beschreiben? Welche kulturellen und rechtlichen Rahmenbedingungen bestimmen die weltanschaulichen und religiösen Entwicklungen mit? Welche theologischen und kirchlichen Aufgaben ergeben sich daraus? Wie können kirchliche Beauftragte für Weltanschauungsfragen mit dazu beitragen, Fanatismus und Extremismus zu überwinden? Wie können sie mit Menschen, die religiös distanziert und indifferent sind, in ein Gespräch und einen Dialog eintreten?

Aus dem Inhalt

Zur religiös-weltanschaulichen Landschaft in Europa: West- und Osteuropa – ein religionssoziologischer Überblick (Gergely Rosta), Orthodoxie in Osteuropa (Rudolf Prokschi)
Länderberichte: Deutschland (Matthias Pöhlmann), Luxemburg (Paul Goerens), Österreich (Edith Schiemel), Schweiz (Martin Zürcher-Weilenmann)
Plurales Religionsrecht und der Menschenrechtsdiskurs (Brigitte Schinkele)
Religionsfanatismus in Christentum und Islam (Georg Schmid)
Radikalisierung- und Deradikalisierungsprozesse: Salafitische Mileus (Friedmann Eißler), Rechtspopulistische Kontexte (Harald Lamprecht), Wofür Christen auf die Straße gehen (Johannes Sinabell)
Heute glauben in Europa. Plädoyer für eine Toleranz aus Glauben (Ulrich H. J. Körtner)

Die EZW-Texte sind im Abonnement oder im Einzelbezug erhältlich. Wenden Sie sich bei Interesse bitte an die EZW (Auguststr. 80, 10117 Berlin, Tel. 030/28395-211, Fax: -212, Mail: info@ezw-berlin.de). Weitere Informationen und Online-Bestellmöglichkeit unter www.ezw-berlin.de.

IMPRESSUM

Reinhard Hempelmann/Harald Lamprecht (Hg.)
Rechtspopulismus und christlicher Glaube
EZW-Texte 256

Berlin 2018

Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen
Auguststraße 80, 10117 Berlin
Telefon (030) 2 83 95-211, Fax (030) 2 83 95-212
Internet: www.ezw-berlin.de
E-Mail: info@ezw-berlin.de

Gesamtherstellung:
verbum GmbH, verbum-berlin.de

Dieser EZW-Text kann in Studienkreisen, bei Seminaren, Tagungen und dergleichen verwendet werden. Die EZW-Texte können einzeln oder in größerer Menge bei der EZW, Auguststraße 80 in 10117 Berlin, angefordert werden. Ein Verzeichnis lieferbarer Titel mit Online-Bestellmöglichkeit finden Sie auf der Internetseite www.ezw-berlin.de. Es besteht auch die Möglichkeit, die EZW-Texte im Abonnement zu beziehen. Auf Wunsch wird gern ein Prospekt zugesandt.

EZW-Spendenkonto:
Evangelische Bank eG
IBAN DE37 5206 0410 0106 4028 10
BIC GENODEF1EK1

